

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis: 3,00 Mk. monatlich 1,10 Mk.,  
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelhefte Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 abonnement: 1,10 Mark pro Monat.  
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-  
 Verzeichnisse. Unter Kreuzband für  
 Deutschland und Österreich 2 Mark,  
 für das übrige Ausland  
 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

**Die Inserions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonnen-  
 zeile oder deren Raum 40 Pf. für  
 politische und gewerkschaftliche Vereins-  
 und Versammlungs-Anzeigen 25 Pf.  
 „Kleine Anzeigen“, das erste (frei-  
 gebuchte) Wort 10 Pf., jedes weitere  
 Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben  
 zählen für zwei Worte. Inserate für  
 die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
 Festtagen bis 6 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 9. Dezember 1904.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

### Enthüllte Klassenherrschaft.

Aus dem Ruhrgebiet wird uns geschrieben:

Dem letzten in Sieghinghofen tagenden Parteitag der Sozialdemokratie im westfälischen Westfalen legte der Landesvertrauensmann das Ergebnis einer Umfrage über die Gemeindevertretungen im rheinisch-westfälischen Kohlengebiet vor. Aus 86 Orten waren brauchbar ausgefüllte Fragebogen zurückgekommen, aus denen Namen, Berufs- und Parteistellung der Gemeindeglieder ersichtlich. In 29 Gemeindevertretungen sitzen auch Sozialdemokraten.

Es lohnt sich, das Ergebnis dieser gemeindepolitischen Umfrage hier etwas zu betrachten, da sie das bedeutendste deutsche Industriegebiet betrifft mit einer fast beispiellosen Volksvermehrung und weil insbesondere Zustände entzückt sind, die in denkbar krasser Weise den Großkapitalisten auch als Unterjocher der Gemeinden zeigen.

In der Mehrzahl der Gemeindevertretungen schwingen die Zechenbarone und Fabrikbesitzer fast unbeschränkt das Szepter. Zu einer Zeit, wo so viel über „sozialdemokratischen Terrorismus“ gefaselt wird, ist es notwendig zu konstatieren, daß bei den Kommunalwahlen im Ruhrgebiet die Unternehmer ein wahres Schreckensregiment führen. Die fragliche Enquete ergänzend teilten Delegierte auf unserem westfälischen Parteitage mit, daß bei den Gemeindegewahlen die Vertreter der Zechen und Fabriken ein förmliches Überwachungsregiment einrichten, Beamte, obgleich nicht zur dritten Klasse gehörig, gegen die geselligen Anordnungen sich nicht an den Wahltag postieren, um die Abstimmenden zu notieren. Die Wahlleiter, unter dem Einfluß der Unternehmer stehend, zum Teil selbst Unternehmer, dulden diese gefohlene Wirtschaft nicht nur, sondern es sind Fälle verzeichnet, wo die berechtigten Wähler dritter Klasse aus dem Lokal gewiesen sind, wenn sie gegen Ungerechtigkeiten protestierten. Ein anderes beliebtes Mittel ist, die Wahlzeit so beginnen und schon beenden zu lassen, daß es den Arbeitern wenn überhaupt, dann nur mit Lohnverlust möglich ist, ihr Wahlrecht auszuüben. Damit nicht genug. Wo die Terroristen fürchten, von der sozialdemokratischen oder auch nur von einer fortschrittlichen Bürger-Partei überstimmt zu werden, da hält man die Arbeiter fest an Grube und Hütte, gibt keinen Urlaub und droht mit Strafe! Zieht man das öffentliche Wahlverfahren dazu in Betracht, dann braucht man sich über die „Siege“ der nationalliberalen Zechen- und Hüttenpartei bei den Kommunalwahlen nicht zu wundern, es verdient vielmehr Bewunderung die Tatsache, daß die sozialdemokratischen Berg- und Fabrikarbeiter trotz des fürchterlichen Druckes schon in 29 Gemeinden Vertreter durchbrachten.

Die Gruben- und Hüttenherren gehen miteinander und in der schärfsten Rücksichtslosigkeit vor, die ihresgleichen sucht. In vielen Gemeinden befinden sich in der ersten Klasse nur die Vertreter eines Zeches; manchmal sind es auch zwei, drei Zechen oder Hütten, die allein erschlaffig auftreten. Es wird da irgend ein höherer Betriebsbeamter zum Gemeindeglieder ernannt. Auch in der zweiten Klasse liegen die Verhältnisse vielfach ähnlich. Z. B. in Sieghinghofen bei Wanne wählt Zechen „Königsgrube“ allein in der ersten Klasse, Zechen „Plato“ allein in der zweiten Klasse; natürlich ernennen sie ihre Angestellten. Was geschieht nun in der dritten Abteilung? Da zwingen die Unternehmer ihre Arbeiter, den ersten Zechendirektor zu wählen! Effekt: Der Gemeinderat ist nur eine Filiale der Betriebsverwaltung. Oder nehmen wir die Gemeinde Dst. Herbede bei Hattingen. In der ersten Klasse sitzt als einziger ein großer Brauereibesitzer, er ernannt zwei seiner Untergebenen. Die zweite Klasse besetzen zwei Unternehmer und in der dritten Klasse läßt sich der einzige erschlaffige „Wähler“, eben der Brauereibesitzer, als Gemeindeglieder von seinen Untertanen erklären! Ähnlich solche rücksichtslose Ausnutzung der wirtschaftlichen Macht praktiziert man in Unna, Romen, Redlinghausen, Welsenkirchen, Dorimund, Marten, Aplerbeck, Hörde, Sälde, Eving, Dorstfeld, Völgendortmund, Langendreer, Witten, Kettwig, Duisburg, Sterkrade, Ruhrort, Bochum, Essen usw. Überall begnügen sich die Unternehmer nicht mit der ersten oder auch mit der zweiten Klasse, sondern sie wenden alle Mittel der Abdrückung, Einschüchterung und Vergewaltigung an, um auch die dritte Klasse mit Verstoßinteressenten zu besetzen. Aus einigen Orten werden so schamlose Wohlpraktiken der sich „liberal“ oder „national-liberal“ neinenden Unternehmerpartei berichtet, daß man sich fragt, ob denn die sonst so „gesellschaftlich korrekt“ auftretenden Kommerzienräte, Direktoren und ihr „gebildeter“ Anhang kein Gefühl mehr für einen Anstand besitzen! Sie etablieren in den Gemeindevertretungen eine feigenblättrige Klassenherrschaft, oft nicht einmal ein Dutzend „erschläffiger“ Wähler haben sich trotz ihrer ökonomischen Macht die ganze Gemeindeverwaltung unterjocht.

Da ist nun folgerichtig, daß im Ruhrgebiet eine Polizei-willkür gegen alles, was gegen die bestehende Klassenherrschaft opponiert, herrscht, die — das hat die Diskussion in Sieghinghofen bewiesen — in nicht hinter der saarabischen Provinz zurückbleibt. Versammlungsverbote, Versammlungsausschreitungen, Schanksperrn, Einschüchterungen der Saalbesitzer, Herabsetzung der Polizeistunden in Arbeiterkolonien, Drangsalierung der arbeitervreundlichen Lokalbesitzer durch kleinliche Strafmandate, unerhörte Verfahren zwecks Entziehung beziehungsweise Einschränkung der Schankkonzession wissen unsere Parteigenossen zu berichten. Beschlwerden haben oft nur „schneidigeres“ Auftreten zur Folge. Es ist auch schon häufig Arbeitern auf den Werken bedeutet worden, auf dem Werkstage kenne man ganz genau die Zahl und Namen

der Gewerkschaftsmitglieder! Bei der entfalteten intimen Verbindung zwischen Polizeiverwaltung und Werksbesitzer erscheinen solche Mitteilungen durchaus nicht ungläublich. Man kann sich auch leicht vorstellen, daß ein Polizeibeamter sich bemühen kann, durch besonders „schneidiges“ Auftreten das Wohlwollen der kapitalistischen Gemeindebeherrscher zu erwerben. Bei diesen professionellen Scharfmachern und Volksrechtsbekämpfern muß gerade ein solcher Exekutivbeamter lieb und wert sein.

Aber noch eine und gewiß nicht unwichtige Tatsache hat die Umfrage ans Licht gezogen: Die Zentrumspartei ist häufig im Bunde mit diesen „liberalen“ Terroristen! Das Zentrum stellt meistens keine Arbeiter auf, sondern verbindet sich häufig mit dem Unternehmertum zur Terrorisierung der dritten Wählerklasse! Ja, das „volksfreundliche“ Zentrum verhilft sogar bekannten Scharfmachern und Gewerkschaftsfeinden zur Macht in den Gemeinden! So wählt das Zentrum unter anderen folgende Großindustrielle und Gewerkschaftsfeinde mit in die Gemeindegewahlen: Generaldirektor Esserz-Königsborn, Grubendirektor Driesen-Redlinghausen, Direktor Randebrat, Fabrikbesitzer Schmied-Hörde, Fabrikbesitzer Duesberg-Sterkrade. In zahlreichen Gemeinden präsentiert auch das Zentrum den Wählern dritter Klasse als „Vertreter“ Zechendirektoren, Grubenverwalter, Hüttenbesitzer, Hüttenbeamte, Obersteiger, Steiger — aber keine Arbeiter! Es gibt hier Gemeinden, wo das Zentrum die Majorität in der Vertretung besitzt, aber keinen einzigen Arbeiter aufstellt! Wohl aber bekannte Wortführer der Industriellen! So das Zentrum mit nationalliberalen „Kulturkämpfern“ und Unternehmern eine gemeinsame Liste aufstellt — was jetzt immer häufiger geschieht! — da präsentiert die „Vollspartei“ Zentrum beileibe keinen Arbeiter, sondern nur „bessere Katholiken“. So in Hamm, Redlinghausen, Eving, Linen, Bochum, Essen (Altstadt), Herne, Duisburg, Sterkrade, Bruch bei Redlinghausen, Soest. In Steele befindet sich unter 18 Zentrumsleuten im Stadtverordnetenkollegium nur ein Arbeiter.

Draufsteher kann die Verachtung der Arbeitervähler auch durch die „Vollspartei“ Zentrum nicht zum Ausdruck kommen. Lieber geben die ultramontanen Mäher einem großindustriellen Scharfmacher ein Mandat, statt einen Arbeiter damit zu betrauen; lieber schließen die Zentrumsführer ein Kompromiß ab mit „Kulturkämpfern“ der Nationalliberalen, das die Arbeiterkandidaturen ausschließt. Auf diese Weise wirkt das Zentrum als tatkräftige Förderin der rücksichtslosen Klassenherrschaft, es unterstützt und profitiert von der saarabischen Terrorisierung der Arbeiter, es verhindert die Anbahnung einer auf die Bedürfnisse der Arbeiter, der „kleinen Leute“ berechneten kommunalen Sozialpolitik.

In den katholischen Arbeitervereinen, in den christlichen Gewerksvereinen bekämpfen die Zentrumsführer gegen das „liberale gottlose Kapital“, gegen den „Arbeitsfeindlichen Liberalismus“, gegen die „profitstüchtigen Ausbeuter der Arbeit“, und versehen die gutgläubigen Arbeiter in religiöse Begeisterung zum Kampf „gegen Liberalismus und Kapitalismus“. Im zweiten Akt spielen die „besseren Katholiken“ teufelstüchelnd hinter den Kulissen mit dem eben noch grundschlecht gemachten „Liberalismus“ und händeln um die Mandate in der Gemeindevertretung, wobei als von vornherein feststehend gilt, daß der eingeseifte Föhlpel Arbeiter nur als Stimmvieh seine „Pflicht“ zu tun hat.

Nur wenn schon Sozialdemokraten im Gemeinderat sitzen oder ihr Einzug ernstlich beabsichtigt wird, bequemen sich nationalliberale Wertvertreter und Zentrumsführer zur Anerkennung einer „Arbeiterkandidatur“, berechnen als Lohndittel, schweren Herzens ausgeworfen, um dem „Unsturz“ den Wind aus den Segeln zu nehmen. Da werden dann Renommierarbeiter aufgestellt, meistens Leute, die zu einsältig sind, um dem nationalliberal-zentrumlichen Klüngel in die Karten zu schauen. Also auch auf dem Gebiete der Gemeindepolitik sehen wir die Sozialdemokratie am Werke, direkt oder indirekt als sozialpolitische Antreiber. Wo unsere Partei noch nicht gefürchtet wird, ist unter dem Segen des frommen Zentrums eine arbeiterverschwendende Klassenherrschaft ohne Feigenblatt eine Seidel für die unbesitzenden Gemeindeglieder.

Die Umfrage unseres Landes-Vertrauensmannes hat erstaunlich die Klassenherrschaft auch in den sonst wenig beachteten Gemeindegliedern enthüllt. Das Ergebnis war selbst für Genossen verblüffend, die sich mit Recht einer guten Kenntnis der hiesigen Verhältnisse rühmen können. Es sind uns Fingerzeige gegeben, allgemein politische Ansätze ermöglicht worden, die nicht ohne wesentlichen Einfluß auf unsere Operationen bleiben können. Unser Parteitag hat beschlossen, den umfassenden Ansturm auf die blau-schwarzen Gemeinde-Autokraten zu organisieren.

### Der Krieg in Ostasien.

Die russischen Schiffe nähern sich allmählich den indischen Gewässern. Der Zeitpunkt ihres Eintreffens in Ostasien ist nicht mehr allzu fern. Gleichwohl haben die Japaner keine allzu große Ursache, sich vor der baltischen Flotte zu fürchten, denn das Einlaufen in den Hafen von Wladiwostok wird deshalb unmöglich sein, weil der Hafen vereist sein wird. Auch ist nach dem Fortschritt der Belagerungsarmee von Port Arthur anzunehmen, daß vor der Ankunft der baltischen Flotte Port Arthur sich in den Händen der Japaner befinden wird. Die in den Hafen liegenden Kriegsschiffe scheinen schon jetzt durch das Bombardement der Japaner vollständig aktionsunfähig gemacht worden zu sein, auch wird aus Tokio gemeldet, daß man in unterrichteten Kreisen der Meinung sei, daß bis zum 20. d. M. Port Arthur gefallen

sein werde. Die russische Flotte dürfte also bei ihrer Ankunft keinerlei Möglichkeit finden, sich von den Strapazen der Reise zu erholen und die nötigen Vorbereitungen für eine Seeschlacht zu treffen, überhaupt irgendwelche Stützpunkte zu finden, wohingegen die japanischen Schiffe in den Docks auf den Empfang der Russen hinlänglich vorbereitet worden sind. Selbst in russischen Marinekreisen ist man schon der Ansicht, daß der Schlachtwert der japanischen Flotte dem der russischen weitaus überlegen sein dürfte. Zählte auch die russische Flotte einige Panzerkreuzer mehr als die japanische, so hätten die Japaner doch zehn russischen Kreuzern 20 japanische Kreuzer und eine Unzahl von Torpedobooten entgegenzusetzen. Man erwartet also durchaus keine Wendung zum Besseren von der Ankunft der baltischen Flotte.

Aber auch über den Landkrieg urteilt man in Rußland recht skeptisch. In einer Reihe von Aufsätzen, die in der „Rowoje Wremja“ erschienen sind, wird darauf hingewiesen, daß es unmöglich sei, die russische Armee auf mehr als 400 000 Mann in der Mandschurei zu bringen, da über diese Zahl hinaus die Verpflegung unmöglich sei. Japan seinerseits könne aber ebenso gut 400 000 Mann aufstellen, so daß die Lage auf dem Mandschurischen Kriegsschauplatz dieselbe bleiben werde wie bisher. In einem der Artikel heißt es, daß es schließlich unmöglich sein werde, den Krieg bis in die Unendlichkeit auszudehnen, ohne sich von der Stelle zu rühren. So werde er denn damit enden, daß Rußland genötigt werde, den Japanern die Halbinsel Kwangtung mit Port Arthur und Dainju zu überlassen sowie völliges Eigentumsrecht in Korea. Wahrscheinlich würden auch noch Sachalin, Kamtschatka und die Kommandeurinseln schließlich in die Hände der Japaner fallen.

Angeichts dieser traurigen Aussichten trägt man sich in russischen Kreisen scheinend ernstlich mit der Absicht, auch die Schwarze Meerflotte nach Ostasien zu schicken. Bekanntlich aber darf nach dem Pariser Vertrag vom Jahre 1856 die Schwarze Meerflotte die Straße von Konstantinopel nicht passieren. Man ist jedoch in russischen Militärkreisen der Auffassung, daß England schwerlich mit Waffengewalt die Durchfahrt der russischen Flotte verhindern werde. England hat über diesen Fall noch keine offizielle Erklärung abgegeben. Dagegen sollen Deutschland und Frankreich bereits Rußland zu Versuchen gegeben haben, daß sie ihrerseits gegen die Durchfahrt der Schwarzen Meerflotte nichts einzuwenden hätten. Es wäre also gar nicht unmöglich, daß eines schönen Tages Rußland den Pariser Vertrag einfach bräche. Fraglich ist es nur, ob die Schwarze Meerflotte sich tatsächlich in einem derartigen Zustande befindet, daß sie mit Erfolg in Ostasien eingreifen könnte.

### Ueber die Beschicung der Port Arthur-Flotte

gibt das kaiserliche Hauptquartier vom 8. Dezember bekannt: Das Ergebnis der gestrigen Beschicung mit den großkalibrigen Geschützen war ausgezeichnet. Es wurde beobachtet, daß viele Schiffe auf den Schiffen „Berdowjet“, „Bobjeda“ und „Palada“ einschlugen. „Berdowjet“, geriet um 3/4 Uhr in Brand, „Bobjeda“ legte sich nach Steuerbord. Tokio, 8. Dezember. Künftige Mitteilung. Der Kommandant des Schiffsartillerie-Korps berichtet, daß eine Beobachtung vom 203-Meterhöhen am Nachmittag des gestrigen Tages dargetan hat, daß die „Retwian“ augenscheinlich soweit gesunken ist, daß sie auf dem Grund liegt. Die „Bobjeda“ hat sich beträchtlich nach Nordbord übergelegt, der Schiffsrumpf unterhalb der Wasserlinie ist nach Westen hin sichtbar.

Kiel, 8. Dezember. Der russische Eisbrecher „Jermak“ hat heute nach fünfwöchigen Aufenthalt Kiel verlassen und ist angeblich nach Libau in See gegangen. Das Fahrzeug hat im hiesigen Dock Reparaturen vorgenommen und im Hafen Kohlen und Proviant an Bord genommen.

Der Petersburger „Standard“-Korrespondent ist in der Lage, mitzuteilen, daß bei Beginn des ostasiatischen Krieges England sowohl durch direkte Mitteilung sowie indirekt durch französische Vermittlung Rußland wissen ließ, England habe die Absicht, die Verträge anzufrecht zu erhalten, welche die Durchfahrt des russischen Schwarzmeer-Geschwaders durch die Dardanellen verhindern. Der Korrespondent hört, daß diese Erklärung durch eine bindende Klausel des englisch-japanischen Vertrages nötig wurde.

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 8. Dezember.

Die gegenwärtige politische Lage Rußlands und die revolutionären Parteien.

Es wird bekannt gegeben, daß in einer Stadt Westeuropas — aus Vorsicht wird sie nicht genannt — vor einigen Wochen eine Konferenz aus Vertretern der revolutionären und Oppositionsparteien Rußlands abgehalten wurde. Sie war auf Initiative der finnländischen Partei des aktiven Widerstandes einberufen worden. Zur Teilnahme waren eingeladen 18 russische Parteirichtungen; acht davon waren der Einladung gefolgt, und zwar die Partei der russischen Sozialisten-Revolutionäre, die polnische Sozialistenpartei, die sozialdemokratische Partei Litauens, die sozialistisch-revolutionäre Föderation

Georgiens, die armenische revolutionäre Föderation, die polnische nationale Liga, die finnländische Partei des aktiven Widerstandes und die Union des Ostwoboschenje (russische konstitutionelle Demokraten).

Von der Konferenz ist die folgende Resolution angenommen worden:

In Erwägung,

1. daß der Absolutismus sich als ein verhängnisvolles Hindernis darstellt für den Fortschritt und den Wohlstand des russischen Volkes und aller anderen Nationalitäten, die von der Regierung des Zaren bedrückt werden; daß er unter dem gegenwärtigen Zustand der Zivilisation ein absurder und unheilvoller Anachronismus ist,

2. daß der Kampf gegen dieses System mit mehr Kraft und Erfolg geführt würde, wenn eine Uebereinstimmung erzielt worden wäre über die Aktion der verschiedenen russischen und nicht russischen Oppositions- und revolutionären Parteien,

3. daß der gegenwärtige Augenblick besonders günstig ist für eine Verständigung über die Aktion aller dieser Parteien gegen den Absolutismus, der diskreditiert und erschöpft ist durch die schrecklichen Folgen des Krieges, der durch seine abenteuerliche Politik heraufbeschworen worden ist,

haben die Vertreter der Parteien (es folgt die Aufzählung der oben aufgezählten Parteien), die zu einer Konferenz zusammengetreten sind, einstimmig die folgende Resolution angenommen:

Ohne ihre Sonderprogramme und ihre taktischen Methoden aufzugeben, erklären alle diese Parteien für die folgenden Prinzipien und Forderungen einzutreten:

1. Beseitigung des Absolutismus, Zurücknahme aller Maßnahmen, welche gegen die Verfassung Finnlands gerichtet waren.

2. Erhebung des Absolutismus durch ein demokratisches, auf das allgemeine Wahlrecht gegründetes System.

3. Das Recht der verschiedenen Nationalitäten auf freie Entwicklung und Sicherung dieser Freiheit durch die Gesetzgebung. Aufhebung der Unterdrückungsmethoden der Regierung, die gegen verschiedene Nationalitäten gerichtet waren.

Im Namen dieser Prinzipien und dieser Forderungen erklären die auf der Konferenz vertretenen Parteien, daß sie ihre Bestrebungen mit einander in Einklang bringen werden, um den unvermeidlichen Sturz des Absolutismus zu beschleunigen, der für alle diese Parteien ein Hindernis bildet für die spätere Verwirklichung ihrer verschiedenen Ziele.

Unter den Parteien, welche der Konferenz nicht beigewohnt haben, befinden sich die „Sozialdemokratische Arbeiterpartei Russlands“, der „Jüdische Arbeiterbund“ und die „Sozialdemokratische Partei Polens und Litauens“. Wir sind nicht unterrichtet über die Gründe, aus welchen sich diese Parteien der Konferenz ferngehalten haben, sind aber der Meinung, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen der Zusammenschluß aller auf dem ganzen Gebiete Russlands gegen den Absolutismus gerichteten Kräfte dringend geboten ist. Wir nehmen an, daß unsere Bruderparteien von der Beförderung geleitet werden, eine Verständigung mit bürgerlichen radikalen Kreisen möchte durch Konzessionen an ihre Galtbarkeit und Zugänglichkeit erkaufte werden. Jedoch der gegenwärtige Moment in Russland scheint uns gerade am geeignetsten dazu, daß die russische Sozialdemokratie im Verkehr mit allen revolutionären und oppositionellen Elementen als die vorwärtstreibende Kraft auftreten könnte. Daß die bürgerliche Opposition sich ihrer Abhängigkeit von den sozialistischen Parteien bewußt ist, geht schon daraus hervor, daß ihre Hauptforderungen — politische Gleichberechtigung aller Bürger, freies Vereins- und Koalitionsrecht usw. aus den sozialistischen Parteiprogrammen übernommen sind. Durch energisches Vorgehen der sozialistischen Jugend und des Proletariats müssen die russischen bürgerlichen Demokraten immer mehr nach links gedrängt werden, da ihnen sonst die Gefahr droht, zwischen der Reaktion und den radikalen Strömungen aufgerieben und in ihre bisherige völlige politische Bedeutungslosigkeit zurückgeschleudert zu werden.

Um aber in der nächsten Zeit auf dem politischen Kampfplatz eine ausschlaggebende Rolle zu spielen, müssen unsere Bruderparteien zunächst völlig einig untereinander sein. Es entzieht sich unserer Kenntnis, ob es bereits zu einem formellen Zusammenschluß der sozialdemokratischen Parteien mit einander angeht, der ernsthaften gemeinsamen Aufgaben gekommen ist — daß dieser Wunsch in den Reihen dieser Parteien besteht und gehegt wurde, ist uns dagegen bekannt. Offen wir, daß die Nachricht von einer formellen Vereinbarung, von einem Bloc der sozialdemokratischen Parteirichtungen auch nicht lange auf sich warten lassen wird. Die beiden Blocs — der sozialdemokratische, auf dessen baldige Bekanntmachung wir hoffen, und der bereits bekannt gegebene sozialistisch-demokratisch-nationalistische werden zusammen eine Macht darstellen, die bei tatkräftiger und geschickter Ausnutzung der außerordentlich günstigen Situation den Sieg der russischen Freiheit herbeiführen in u. h. —

## Deutsches Reich.

Aus einem Briefe Friedrich Albert Langes.

Der Ruhrstrat-Prozess in Oldenburg erregt die Erinnerung an einen Brief F. A. Langes vom 15. November 1867. Der an Kambli gerichtete Brief ist in der trefflichen Biographie Langes abgedruckt, die Klippen verfaßt hat. Wir haben bei der Gelegenheit diese Biographie wieder durchgeblättert; sie enthält in den abgedruckten Briefen Langes einen Teil des Briefes, das überhaupt aus Langes Feder hervorgegangen ist. Es ist sehr wünschenswert, daß unsere Arbeiterbibliotheken die 1891 erschienene Lebensbeschreibung beachten und anschaffen.

Der Brief Langes enthält diese Ausführung:

„Die alte, mit Ausnahme von England in ganz Europa zurzeit noch herrschende Schule setzt die Würde und Autorität der Behörden und der Besitzenden und Angesehenen aus Rücksicht auf den Bestand der Gesellschaft so hoch, daß der Versuch, ein in solchen Stellungen befindliches Individuum anzutasten, als das schlimmste Vergehen angesehen wird. Ich habe sehr häufig erlebt — in früheren Jahren mit moralischem Entsetzen, später ohne solches —, daß man ein von solchen Personen erwiesenermaßen begangenes Verbrechen mit ruhigem Gesichtsdruck verurteilt, während man den nicht erwiesenen Vorwurf eines Verbrechens mit gärender Wut und loderndem Blut als ein schreckliches Attentat verurteilt, selbst dann, wenn die Verdachtsgründe nicht unerheblich sind. Einzelne Erlebnisse dieser Art haben in mir einen unaussprechlichen Eindruck hinterlassen. Als ich noch in Bonn Privatdozent war, wurde gegen einen, seitdem verstorbenen, Professor der Verdacht eines schweren und gemeinen Verbrechens ruhmbar. Zufällige Verbindung mit einem Zeugen, mit welchem ich intim war, brachte in mir einen solchen Grad von Ueberzeugung von der Begründung der Anschuldigung hervor, wie ich ihn später als Geschworener nie wieder gehabt habe, wo arme Teufel munter ins Gericht geschickt wurden. Der Staatsanwalt jedoch fand die Zeugnisaussagen nicht bestimmt genug und weigerte sich, Klage zu erheben, was er um so leichter durchsetzen konnte, da niemand ein besonderes Interesse bei der Entdeckung des Verbrechens hatte. Um diese Zeit hörte ich von einem angesehenen rheinischen

Juristen in einer sehr respektablen Gesellschaft unangefochten den Grundsatze aussprechen, daß ein Staatsanwalt aus Rücksicht auf die Gesellschaft wohl tue, die Spur eines Verbrechens in höheren Gesellschaftskreisen nur dann zu verfolgen, wenn er wegen zu großer Publizität nicht mehr anders könnte. Das sei gerade der Vorzug der Einrichtung der Staatsanwaltschaft, daß der öffentliche Ankläger auch ein Verbrecher ignorieren könne, wenn ihm dies zur Vermeidung von Aufregung nützlich sähene. Es sei wichtiger, die Autorität von Beamten und Notablen ungeschwächt zu erhalten, als eine Tat ans Licht zu bringen, über die vielleicht schon Gras gewachsen sei. Später habe ich, da mir mein wechselvolles Leben manden Wid in die Verhältnisse der Gesellschaft geitattete, den nicht jeder tun kann, eine ganze Reihe von Fällen erlebt, in welchen Verbrecher, die, wenn sie arm und ohne Einfluß und Verbindungen wären, im Justizhause säßen, unangefochten in der Gesellschaft verkehrten, in Ehrenämter gewählt wurden und eine glänzende Rolle spielten. Ich habe in solchen Fällen immer gefunden, daß auch diejenigen, welche ganz genau um die Sache wußten, sich dem Eindruck der äußeren Respektabilität solcher Personen nicht entziehen konnten. Der konservative Teil der Gesellschaft aber (und die meisten sogenannten Liberalen gehören mit dazu) verhält sich nicht nur tatsächlich so, sondern grundsätzlich auch, wenn man auch diese Grundfälle nicht immer offen ausspricht. Denjenigen Privatmann, der es wagen wollte, einen solchen angesehenen Verbrecher zu entlarven, würden die meisten mit wahrer Gehässigkeit anfeinden. In einer Verleumdungssage würde der Entlarvungsversuch unter zehn Fällen gewiß neunmal mit der Verurteilung des „Verleumders“ enden, wenn derselbe auch nichts als die reine Wahrheit behauptet hat.“

Im Wahlkreise Jerichow ist die Stimmwahl zwischen dem Freisinnigen Wertens und dem Sozialdemokraten Voigt auf Freitag, den 16. Dezember anberaumt.

Nebrigens haben die gestern vom Volkischen Bureau übermittelten Ziffern nicht, wie angegeben wurde, das amtlich festgestellte Resultat enthalten. Dieses lautet vielmehr: Es sind insgesamt abgegeben worden 25 311 gültige Stimmen; davon haben erhalten: Stadtvorwörter Voigt (Soz.) 6902, Lehrer Wertens (fr. Rp.) 6382, Rittergutsbesitzer v. Braunsdörff (L.) 6076, Legationsrat vom Rath (natl.) 3400, Rechtsanwalt Dr. Wohlfaht (Anti.) 2635 Stimmen. —

Die Stimmwahlen in Breslau für das Stadtverordneten-Kollegium haben einen neuen Erfolg freisinniger Selbstmordpolitik gezeitigt. Die Freisinnigen haben entgegen der Parole ihres Wahlkomitees für die liberal-antidemokratische Reaktion gegen die Sozialdemokratie gestimmt und damit drei Mandate der Reaktion ausgeliefert; die Sozialdemokraten haben gegen den freisinnigen Kandidaten gewählt. Es wurden demnach drei offene Reaktionäre und ein Freisinniger gewählt. Die Breslauer Parteigenossen werden sich bei einer nächsten Wahl wohl überlegen, ob es sich noch lohnt, für freisinnige Kandidaten in der Stimmwahl einzutreten oder ob es nicht viel einfacher ist, die „Freisinnigen“ ihrem Schicksal zu überlassen. Es erscheint beinahe als eine Grandsamkeit, diesen freisinnigen Parteileidnam durch immer wiederholte Galvanisierungsversuche am friedlichen Tode zu verhindern. Man lasse ihn sterben und in Frieden ruhen.

## „Beförderung von Auswanderern.“

Vom Reichsgericht wird uns geschrieben:

Die Arbeiter Gustav Kummert in Penzance und Adolf und Rudolf Schulz in Eydlnhnen sind am 20. August von der Strafkammer in St. Louis von der Anklage des Vergehens gegen das Gesetz vom 9. Juni 1897 über das Auswanderungswesen freigesprochen worden. Sie sind russischen Rückwanderern, die aus Amerika zurückkehrten, behäftigt gewesen (durch Beschäftigung russischer Grenzsoldaten usw.) wieder über die Grenze nach Russland zu kommen. Die gewerbmäßige Beförderung von Auswanderern ist ohne Konzession verboten. Das Gericht hat die Angeklagten aber freigesprochen, weil es angenommen hat, daß es sich hier nicht um Auswanderer gehandelt habe, d. h. um Leute, die ihren bisherigen heimathlichen Wohnsitz verlassen. — Auf die Revision des Staatsanwalts hob heute das Reichsgericht die erwähnten freisprechenden Urteile auf und wies die Sache an die Strafkammer zurück. Zur Begründung wurde ausgeführt: Die Annahme, daß die fraglichen Personen nicht Auswanderer, sondern Rückwanderer nach Russland gewesen seien, enthält eine zu enge Auffassung des Begriffes Auswanderung. Das Gesetz schützt den Auswanderer als solchen, gleichviel, ob er Deutscher ist oder nicht. Auf eine erschöpfende Definition des Begriffes Auswanderer hat der Senat verzichtet. Der Regel nach gehört dazu das Verlassen des letzten Wohnsitzes und des Landes, in dem sich der Wohnsitz befindet. Zum vorübergehenden Zwecke ins Ausland zu reisen, genügt nicht; solche Reisenden sind nicht Auswanderer. Im vorliegenden Falle ist es nicht ausgeschlossen, daß die Russen die amerikanische Staatsangehörigkeit schon erlangt hatten oder in Amerika sich längere Zeit aufgehalten haben. Dann wären sie amerikanische Auswanderer durch Deutschland nach Russland. Sind sie aber an der amerikanischen Küste zurückgewiesen worden, so sind sie russische Auswanderer.

Ohne Kenntnis des genauen Wortlauts der Reichsgerichts-Entscheidung ist ihre rechtliche Würdigung unmöglich. Uns will aber scheinen, daß es in erster Linie sich nicht um den Begriff „Auswanderer“ handelt, sondern um das Wesen „gewerbmäßige“ Beförderung der Auswanderung. Leute, welche russischen Flüchtlingen und Rückwanderern gelegentlich bei der Grenzüberschreitung behilflich sind, können nicht als „gewerbmäßige“ Agenten bezeichnet werden, die lonsessionspflichtig wären.

Wichtig aber ist, daß das Reichsgericht ausdrücklich feststellt, daß auch die fremdlandischen Auswanderer durch das Reichsgesetz über das Auswanderungswesen getroffen sind. Damit ist gegeben, daß die Materie durch Reichsgesetz auch in bezug auf die russischen Auswanderer erschöpfend geregelt ist und folglich der preussischen Polizeiverordnung entzogen ist. Daraus folgt aber auch, daß jene Ministerial- und Polizeiverordnungen, auf die sich die Wallnirtschaft beruft, ungesetzlich sind. —

Mit dem Zusammenschluß der Städte Nürnberg und Jülich hatte sich das Gemeindefollegium in Jülich am Dienstag abend zum zweitenmal zu befassen, nachdem der Magistrat es um nochmalige Stellungnahme erlucht hatte. Der liberale Dr. Mayer, der Vorsitzende der 28 Mitglieder, die den Antrag, mit Nürnberg Unterhandlungen anzuknüpfen, unterschrieben hatten, erklärte, die Antragsteller hätten nicht geglaubt, daß sich in Jülich die Stimmen gegen die Einverleibung so auswägen, wie es tatsächlich geschehen ist. Da diese Gegenströmung von Jülich aus auch nach Nürnberg hinübergetragen worden sei, werde der Antrag zurückgezogen. Das Kollegium erklärte sich einstimmig damit einverstanden. Damit ist diese Frage vorläufig von der Tagesordnung verschwunden. —

Nürnberg, 8. Dezember. (Telegramm.) Eine Schühmann-Veranlassung, die gestern abend die Gründung einer Unterstufungskasse vorsehen wollte, wurde wiederum noch vor der Eröffnung durch einen Oberwachmeister für aufgelöst erklärt. Der Enderuser wendet sich beschwerdeführend an das Ministerium. —

## Südwestafrika.

Ueber die Ursache des Witboi-Aufstandes verbreitete bekanntlich der kriegsberichterstattende der Scherpreffe das Märchen, daß der Herero-Aufstand von Hendrik Witboi angezettelt worden sei. Inzwischen sind mehrere andere Briefe in der Presse veröffentlicht worden, wonach umgekehrt Samuel Maharero verurteilt habe, die Witbois für den Aufstand zu gewinnen. Ob diese Briefe echt sind, ist allerdings noch die Frage; von antilcher Stelle sind sie nicht veröffentlicht worden. Nun aber bringt der „Hamburger Korrespondent“ einen Brief, den der Farmer Missionarinspektor an den Bruder des von der Witbois ermordeten Bezirksamtmannes von Burgsdorff gerichtet hat. In dem Briefe heißt es:

„Anteugend sende ich Ihnen Auszüge aus den Briefen unserer Missionäre, soweit dieselben über den Tod Ihres Herrn Bruders

Berichten. Die Briefe sind in großer Eile und zum Teil auch in Aufregung und daher unendlich gefälscht. Offenbar ist Ihr Herr Bruder ein Opfer seiner Pflichttreue und seiner Bestrebungen für die Eingeborenen geworden. Er vertraute der Friedensliebe des Hendrik Witboi und hatte meines Wissens schon einmal vor kurzem diesen vor einem unbefonnenen und verhängnisvollen Schritte zurückgehalten, als die ersten bestimmten Gerüchte von der geplanten Entwaffnung der Witbois zu Hendrik gelangten. Damals hat ihm wohl Ihr Herr Bruder versichert, daß ein solcher Plan nicht bestehe. Nun kamen 18 Witbois aus dem Hererolande nach Kalkfontein, die dem Hendrik berichteten, man habe ihnen gesagt: Erst die Herero, dann kommt Ihr an die Reihe! Daraufhin hat offenbar Hendrik den Krieg erklärt. Ihr Herr Bruder eilte wieder unbewaffnet zu ihm in der Hoffnung, ihn umstimmen zu können; das hat ihm das Leben gekostet. Er wurde ermordet, ohne daß er Hendrik oder daß Hendrik ihn gesehen hat. Offenbar nahm Hendrik an, daß Ihr Herr Bruder von dem Plan der Entwaffnung gewußt habe, und glaubte sich von ihm hintergangen. So kam es zu der schändlichen Ermordung des Mannes, der offenbar mehr als die meisten anderen das Wohl der Witbois auf dem Herzen trug. Es ist ebenso schändlich wie tragisch, daß mit dieser Ermordung der Aufstand der Witbois begann. Die Witbois haben Ihren Bruder und unserem Leutnant Holzgäpel ein Begräbnis zu teil werden lassen; sie müssen in etwas doch ein Bewußtsein gehabt haben, daß sie durch ihre Ermordung zwei treue Freunde ihres Volkes verloren haben.“

Aus diesem Brief geht hervor, daß von einer Anzettelung des Herero-Aufstandes durch Hendrik Witboi gar keine Rede sein kann, ja daß eine Verbindung zwischen den Hereros und Witbois bis unmittelbar vor der Erhebung der Witbois schwerlich bestanden hat. Als wirkliche Ursache des Witboi-Aufstandes wird hier der Umstand bezeichnet, den auch wir sofort als den mutmaßlichen Grund der Erhebung bezeichnet hatten, nämlich die Furcht Hendrik Witbois, daß auch die Hottentottenstämme nach der Niederwerfung des Herero-Aufstandes entwaffnet werden sollten. Daß mit dieser Entwaffnung eine vollständige Unterdrückung der gegenwärtigen Unabhängigkeit der Hottentottenstämme, wahrscheinlich sogar die Verflüssung derselben verbunden sein würde, konnte für Hendrik Witboi keinem Zweifel unterliegen, da, wie wir bereits schon einmal betont haben, die Farmer in Südwestafrika sowohl in der Presse als in ihren Gesprächen gar keine Unklarheit darüber gelassen haben, daß die Eingeborenen nach Beendigung des Krieges zuhörigen der Ansiedler gemacht werden sollten. Unter solchen Umständen blieb Hendrik Witboi gar nichts anderes übrig als die Erhebung.

So bedauerndwert auch die Opfer des Witboi-Aufstandes sind, so ist es doch ganz unangebracht, sich über die Grausamkeit derselben stillschweigend zu erheben. Die Hottentotten sahen sich eben gezwungen, den Vernichtungskrieg gegen ihre weichen Feinde zu führen. Daraus erklärte sich, daß sie alle männlichen Weihen, die ihnen in die Hände fielen, ermordeten. Auch mehrere Frauen sollen ihnen zum Opfer gefallen sein, jedoch bedürfen die Gerüchte darüber erst der Bestätigung. Man erinnere sich ja, wie viel auch über die Ermordung von Frauen durch die Hereros zusammengeschwindelt worden ist, während es sich später herausstellte, daß nur zwei oder drei Frauen überhaupt getötet worden waren. Daß die Witbois auch die Engländer und Boeren ermordeten, erklärt sich daraus, daß sie inzwischen eingesehen hatten, daß die Boeren und Engländer in der Kolonie mit den Deutschen gemeinsame Sache gegen die Eingeborenen machten. So schrecklich diese Mordeaten an und für sich auch sind, so muß man sich doch daran erinnern, daß auch von den alten Deutschen der Krieg gegen die Buren durchaus nicht in humaner Form geführt worden ist. Ja, wenn man daran denkt, welche unsäglichen Verfehlungen noch vor 250 Jahren in 30jährigen Kriege sowohl von protestantischen als auch katholischen Parteien begangen worden sind, und das nach einer mindestens 800jährigen Kultur, so sollte man mit den Beschimpfungen der Eingeborenen in Südwestafrika etwas sparsamer sein. —

## Immer human!

In der Reichstags-Sitzung am Dienstag erklärte Graf Balow nach dem Stenogramm:

„Eins aber möchte ich ausdrücklich sagen, wir sind weder so grausam, noch sind wir so töricht, die einzige Möglichkeit für die Wiederherstellung geordneter Zustände darin zu erblicken, daß die jetzt aus den Wäldern des Sandfeldes hervorströmenden, halbverhungerten und verdursten Hererobanden erbarmungslos niedergeschlachtet werden.“

Also sprach der Reichskanzler am Dienstag. Heute nun lesen wir im Witboi-offiziösen Scherblatt:

Einen Beitrag zur Beurteilung der Frage, wie im übrigen mit gefangenen Eingeborenen in Südwestafrika verfahren wird, enthält die heute hier eingetroffene Nummer der „Deutsch-Südwestafrikanischen Zeitung“. Danach wurden zwei Ende September mit Waffen gefangene Herero kriegsrechtlich abgeurteilt und gehängt. Die unbewaffnet eingebrachten wurden wieder weggeschickt, um zu ihren Leuten zurückzukehren. An verschiedenen Wasserstellen kamen Hereros, Männer, Frauen und Kinder und verhungerten, im deutschen Lager zu bleiben, in der Hoffnung, hier Kost zu erhalten. Sie wurden aber sofort wieder weggeschickt, um die Einschleppung von Krankheiten zu vermeiden.

Man ließ den Eingeborenen also die Alternative, sich entweder hängen zu lassen oder zu verhungern! Das Pulver spart man freilich nach Möglichkeit, darin hat Graf Balow recht! —

## Zentrums-Räder.

Wie aus Südwestafrika berichtet ist, hat General v. Trotha gegenüber den katholischen Missionaren besondere Liebeshuld an den Tag gelegt. So hat er sich in Windhut auf der Straße mit dem katholischen Missionarischer photographieren lassen. Nun ist General v. Trotha selbst katholisch, immerhin mag in dem Verhalten Trothas als auch in dem Entsenden dieses katholischen Generals eine bestimmte politische Absicht gelegen haben, nämlich die, das Zentrum freundschaftlicher für die afrikanische Kolonialpolitik zu stimmen. Wie die „Deutsche Kolonialzeitung“ berichtet, ist auch bereits in Treis a. d. Mosel eine eigene Anstalt zur Ausbildung katholischer Missionare für Deutsch-Südwestafrika in Aussicht genommen worden. —

Wie man sich erinnert, haben die katholischen Missionare in Südwestafrika es verstanden, sich mit den Kolonisten auf bestem Fuß zu stellen als die protestantischen Missionare, sie haben sich dem Kolonialsystem trefflich angepaßt. Darüber, daß sie Vorstellungen gegen die Brutalitäten und Raubereien der Kolonisten bei der Regierung erhoben hätten, ist jedenfalls nichts bekannt geworden. Ebenfalls ist sich die Stimme irgend eines Missionars beim Beginn des Krieges gegen die Ausbreitungen der Kolonisten erhoben, wohl aber haben mehrere Missionare sofort die Fäustel ergriffen, um gemeinsam mit den Mannschaften der Schutztruppe und dem aufgetretenen Landsturm gegen die Hereros ins Feld zu rücken. Dies Verhalten der katholischen Missionare soll also belohnt werden. —

## Genug der Guckerei.

Das „Berliner Tageblatt“ behauptet heute, der „Vorwärts“ sei durch seine Feststellungen im Scherprezess so schwer getroffen worden, daß er die Angelegenheit auf die Moral des Handelsteiles des „Berliner Tageblattes“ verschoben habe. Das ist wieder eine und zwar eine bewusste Unwahrheit. Das „Tageblatt“ weiß sehr wohl, daß nicht wir, sondern es selbst die von uns erwähnten unklarerer Manöver seiner Inferatenpraxis durch Verflechtung auf die Scherprezess-Affäre zu verwirren bemüht war. Das „Berliner Tageblatt“ veröffentlicht die folgende Erklärung des Redakteurs des Handelsteiles:

Der „Vorwärts“ stellt wiederholt die Behauptung auf, daß die Redaktion der Handelszeitung des „Berliner Tageblatts“ sich in ihrer Haltung durch Rücksichten auf den Interatenteil des „Berl. Tageblatts“ habe bestimmen lassen. Obwohl ich erst kürzlich ohne jede Einschränkung dieser Behauptung entgegengetreten bin (Nr. 603 des „Berliner Tageblatts“), hält der „Vorwärts“ an seiner Auffassung fest. Er spricht von festgestellten Tatsachen, obwohl er weiß, daß seine Behauptungen sich lediglich auf die Auslassungen eines kleinen konservativen Finanzorgans stützen. Ich erkläre nunmehr nochmals ausdrücklich, daß der Verlag des „Berliner Tageblatts“ niemals versucht hat, mich zu einer Verquickung meiner redaktionellen Tätigkeit mit dem Interatenteil zu bestimmen. Da der „Vorwärts“ an seine in beleidigendster Form gehaltenen Behauptungen meine Ehre aufs schwerste verletzende Schlussfolgerungen knüpft, so sehe ich mich als leitender und verantwortlicher Redakteur der Handelszeitung des „Berliner Tageblatts“ veranlaßt, gegen den verantwortlichen Redakteur des „Vorwärts“ dieserhalb Strafantrag zu stellen. Arthur Norden.

Außerdem erwähnt das „Berliner Tageblatt“, daß auch Herr Rudolf Hoffe „selbstverständlich“ die Beleidigungssklage gegen uns einleiten werde. Wir finden diese Absicht ausgezeichnet und sehen mit Vergnügen der Aufklärung der Interatenteilpraktiken des „Berliner Tageblatts“ entgegen, die ja auch in der vorstehenden Erklärung gar nicht geleugnet werden; vielmehr behauptet nur Herr Norden, er sei nicht schuld an diesen Dingen.

Im übrigen sind wir es nun satt, dem „Berliner Tageblatt“ und der gestimmungsüberwundenen Presse ihre Orgien der Heulerei weiter zu gestatten. Genosse Singer hat es bisher aus begrifflichen Gründen nicht für notwendig gehalten, auf die klumpen und verlogenen Andeutungen der bürgerlichen Presse zu antworten. Nachdem nun aber einmal das „Berliner Tageblatt“ die Sache in der von ihm beliebigen Weise aufgerührt hat, wollen wir nun das folgende feststellen, um allen unheimlichen Gerüchten entgegenzutreten:

Es ist in der Gerichtsverhandlung gegen Frau Schettler ausdrücklich festgesetzt worden, daß Singer weder zu Organen noch zu „spiritistischen“ oder dergleichen Ausschweifungen irgend welche Beziehungen gehabt hat. Es ist auch in der Hauptverhandlung auf die Zeugenschaft Singers ausdrücklich verzichtet worden.

Es ist gerichtlich festgestellt worden, daß Genosse Singer vor mehreren Jahren einmal zu dem Mädchen in Beziehungen getreten ist. Das ist alles und es bedarf keiner weiteren Auseinandersetzung, daß er damit nichts getan hat, was ihn als unverheirateten Mann in der Achtung herabzusetzen geeignet sein könnte. Für jeden ehrlichen Gegner müßte damit, wie wir meinen, diese Angelegenheit erledigt sein.

Dagegen kann allerdings das „Berliner Tageblatt“ seine moralische Entrüstung auch weiter der Angelegenheit widmen. Jenes Mädchen ist in der Tat das Opfer einer Korruption geworden. Es war ein verheirateter rheinischer Großindustrieller von einem bekannten Namen, der das Mädchen jener Laufbahn zugeführt hat, die es zu einem Ausbeutungsobjekt für Frau Schettler gemacht hat. Es ist ein Großindustrieller, der in verwandtschaftlichen und freundschaftlichen Beziehungen zu einer sehr bekannten Persönlichkeit steht, die der Reichstag auch schon als Kommissar des Bundesrates zu begrüßen die Ehre gehabt hat, einem hohen Beamten, der aus diesem Grunde auch als Zeuge im Schettler-Prozess geladen war.

Auf der Zeugenliste standen im übrigen auch ein Architekt, ein Redakteur, ein Oberst a. D. von einem gerade heute sehr beliebten Adelsnamen usw. usw.

## Husland.

### Schweiz.

#### Polizeikorruption.

Zürich, 7. Dezember. (Fig. Ver.) Der Kanton Zürich hat vor acht Jahren in der Person eines Dr. Nappold einen Polizeihauptmann erhalten, der die bedenklichsten Eigenschaften in sich vereinigt. Vor einiger Zeit wurden aus den Kreisen der ihm unterstellten Polizisten heraus die schlimmsten Enthüllungen über einen von ihm mit der Mannschaft schwunghaft betriebenen Wäschehandel gemacht; dann folgten die Enthüllungen über die Umtriebe und Praktiken der „politischen Polizei“, die ihre unverschämten Schmeicheleien über alle bekannten Sozialdemokraten erstreckte; weiter stellte es sich heraus, daß der Dokortitel des Herrn Polizeihauptmanns eine kritische Prüfung nicht aushält, worauf er darauf verzichtete. In der jüngsten Zeit gab es noch eine skandalöse Gerichtsverhandlung. Auf Veranlassung Nappolds hatte der Polizeikorporal Schneebeli einen umfangreichen Bericht über die angeblich sehr schlechte Vergangenheit des Polizeiwachmeisters Treidler, mit dem der Polizeihauptmann verfeindet war, geschrieben; der Bericht enthielt die ungeheuerlichsten Behauptungen und Beschuldigungen und ihn lieferte Nappold an die Justiz- und Polizeidirektion aus, um sie zum Vorgehen gegen den ihm verhafteten Treidler zu veranlassen. Richter Kluge aber und Schneebeli wurde vom Gericht wegen Verleumdung verurteilt; der moralisch mitverurteilte war Nappold. Darauf wurde Schneebeli aus dem Polizeidienst entlassen, Nappold und Treidler dagegen vom Dienste suspendiert. Ferner hat die Justizdirektion die seinerzeit wegen anderer Verhältnisse veranlaßte Untersuchung gegen Nappold dem Staatsanwalt Merzli, der offenbar nichts finden konnte, abgenommen und dem Untersuchungsrichter Dr. Goldschmidt übertragen. Die Untersuchung gegen Nappold erstreckt sich u. a. auf Anstiftung zu falschem Zeugnis (Meineid) und Fälschung eines amtlichen Berichtes. Der entlassene Schneebeli hat sich infolge seiner Entlassung das Leben genommen, welcher traurige Vorfall das größte Aufsehen erregte.

Unser Züricher Partei-Organ, das „Volkrecht“, übte die verdiente scharfe Kritik an allen diesen Vorgängen und unsere Fraktion im Kantonsrat wollte die Regierung darüber interpellieren. Als aber die Entlassung und Suspendierungen erfolglos, verzichtete sie auf die beabsichtigte Interpellation. Das war ein taktischer Fehler, denn nun interpellierte der Demokrat Dr. Wettstein im Kantonsrat und übte er rüchellose Kritik an den korrupten Zuständen in der Kantonspolizei, die der intriganten und skrupellosen Polizeihauptmann geschaffen hat. Zu Hilfe Direktor Dr. Stössel gab die erwähnten Tatsachen und noch andere Mißstände zu, so die Unterlassung der Protokollierung der den Inhaftierten abgenommenen Gegenstände, Unregelmäßigkeiten in der Führung der sogenannten kleinen Kasse zugunsten der Polizeioffiziere. Unser Genosse Seidel konstatierte, daß das bestehende Polizeisystem, welches dem Hauptmann eine viel zu große Machtvolle gewährt, an der herrschenden Korruption schuld sei und daher hier der Hebel zur Besserung angegriffen werden müsse. Mehrere liberale Redner machten dem Justizdirektor unverantwortliche Käfigfälle Nappold gegenüber zum Vorwurf, denn schon längst hätte Nappold vom Dienste suspendiert werden sollen.

Eine Spezialität Nappolds, an die auch noch Dr. Wettstein erinnerte, ist seine Prozeßlust, der verschiedene Journalisten zum Opfer fielen. Der Mann wollte durch Einschüchterung die Kritik an seinem Treiben verhindern, und er fand auch gefällige Richter für seine Zwecke. Nun hat ihn das verdiente Schicksal doch erreicht. Es bleibt nun abzuwarten, ob man das so arg kompromittierte Polizeisystem ändern wird.

## Frankreich.

### Syveton an Gasvergiftung gestorben.

Aus Paris meldet heute der Telegraph: Der Deputierte Syveton ist in seiner Wohnung infolge Ausströmens von Gas fast erstickt.

Der Deputierte Syveton ist an den Folgen der Gasausströmung heute nachmittag gestorben.

Syveton, der wegen seines Ohrfeigen-Attentates auf André für 30 Sitzungen von der Teilnahme am Parlament ausgeschlossen war, hätte heute zum erstenmal wieder an der Sitzung teilnehmen dürfen.

Morgen sollte der Prozeß vor dem Schwurgericht wegen des bekannten Angriffes auf den Kriegsminister André in der Deputiertenkammer stattfinden. —

## Italien.

### Ueber die Finanzlage

verbreitete sich in der heutigen Sitzung der Deputiertenkammer der Schatzminister Luzzatti. Niemals habe ein Parlament so ernste Finanz- und Wirtschaftsprüfung in kurzer Frist zu erledigen gehabt: Neuordnung des Eisenbahnwesens, Handelsverträge, Oltroireform. Das Rechnungsjahr 1903/04 habe einen Einnahmehüberschuß von 58 1/2 Mill. Lire und nach Abzug von mehr als 12 Millionen für Bahnbauten und nahezu 13 Millionen für Schuldentilgung einen Ueberschuß von fast 34 Millionen ergeben. Trotzdem die moderne Finanzpolitik an dem Zuge krankte, daß zu Mindereinnahmen führende Steuerreformen gleichzeitig mit Mehrausgaben für die Bedürftigen auf Kosten der Steuerzahler durchgeführt würden, sei doch für das gegenwärtige und nächstfolgende Rechnungsjahr ein Aktivüberschuß von mehr als 10 Millionen Lire, ohne Anleiheaufnahme, zu erwarten. Durch die Auseinandersetzung mit den Bahngesellschaften erwachse dem Staat eine Zahlungspflicht von fast einer halben Milliarde, und eine ebenso hohe auf zehn Jahre verteilte Ausgabe werde für Verbesserungen des Bahnkörpers und des Materials erforderlich sein. Die erste Zahlung könne ohne Anleiheaufnahme aus eigenen Mitteln des Staates geleistet werden. Was die Handelsverträge betreffe, so sei es Italien trotz der größten Schwierigkeiten gelungen, mit allen Nationen wirtschaftlichen Frieden zu schließen; man hoffe, dies Werk durch einen neuen Vertrag mit Rußland zu vollenden. Für die große Rentenkonversion solle die Zeit nach Beendigung des Krieges in Ostasien abgewartet werden, inzwischen sollten aber weitere innere Anleihen zur Konversion gelangen. Der Minister erörterte sodann die Frage der Erleichterung des Hypothekarkredits, zu deren Durchführung ein neues Institut geplant sei, und warnte davor, allzu kühne Finanzreformen vor Durchführung der Eisenbahn-Reorganisation, die nur allmählich erfolgen könne, zu unternehmen. Immer aber müsse als Ideal die Herabsetzung der Verbrauchssteuer im Auge behalten werden, und es werde deshalb eine auf 5 Jahre verteilte Verminderung der gemeindlichen Oltroiabgaben vorgeschlagen. Wenn Italien so auf dem Wege durchführbarer Finanzreformen ohne Aufnahme neuer Anleihen fortschreite, werde es, wie früher seine politische, so jetzt seine finanzielle Wiedergeburt erreichen. Luzzatti teilte noch mit, daß Italien sich bemühe, mit Frankreich, Deutschland und der Schweiz einen Staatenverein der an der Seidenweberei interessierten Staaten zu bilden. Diese sollten gleich hohe Zölle erheben und versuchen, von den anderen Ländern die Festsetzung geringerer Zölle zu erlangen. Dieser Plan habe die Zustimmung der Handelsvertragsunterhändler der Schweiz erhalten und werde in wohlwollender Weise von Deutschland und Frankreich begrüßt.

## England.

Ueber Bülow's Etatsrede bringen die „Times“ einen Zeitartikel. Sie erklären, Buehels Auffassung, daß die Reden deutscher Staatsmänner und die Begründungen des Marine-Etats schuld tragen an dem Mißtrauen Englands, sei unbestreitbar und vollkommen wahr. Erstrechtlich sei es, daß Bülow jetzt eine andere Haltung einnehme. Aber seine Honigworte an Interpellatoren und den Reichstag genügten nicht, um die Eindrücke abzuwaschen, die durch jahrelange deutsche Taten und Worte hervorgerufen seien. Antimachiavellistische Phrasen seien bekanntlich ein Teil der machiavellistischen Realpolitik Preußen-Deutschlands. —

## Arbeitslosigkeit.

London, 4. Dezember. Bereits im Herbst waren sich die lokalen Behörden Englands darüber klar, daß wir einem schweren Winter entgegengehen. Seitdem hat die Arbeitslosigkeit an Umfang bedeutend zugenommen und kann trotz aller Hilfsversuche nicht eingedämmt werden. Die Sozialisten und die Gewerkschaften verlangten die Einberufung des Parlaments zu einer außerordentlichen Session, aber die Regierung, ebenso wie die liberale Opposition erklärten außerstande zu sein, diesem Verlangen nachzukommen und verwiesen sie auf die lokalen Behörden. Diese haben zwar in London eine Organisation geschaffen, die die Aufgabe haben soll, Mittel und Wege zu finden, den Arbeitslosen beizuhelfen, allein bis jetzt konnte sie nichts tun, da sie den Grundgedanken der kollektiven Verantwortlichkeit ablehnt. Ein Amerikaner, Mr. Fels, stellte der Lokalregierung eine Form von 1000 Acres zur Verfügung, um eine Ackerbaufolonie für Arbeitslose zu gründen.

Wie schwer die lokalen Armenunterstützungen auf den einzelnen Gemeinden lasten, zeigte der Arbeiterabgeordnete Mr. Crooks, in dessen Gemeinde Poplar (Ost-London) wöchentlich 690 Pfd. Sterling auf Unterstützung arbeitsloser Bürger verausgabt werden. Diese Summe ist für die sogenannte outdoor relief: für die außerhalb der Armenanstalten sich befindenden Armen. Die Gemeindesteuern belaufen sich dort auf 50 Proz. des Reinertrages der Hausmiete.

Sir G. Campbell-Bannerman, der Führer der liberalen Partei, empfing diese Woche eine Deputation von Arbeitslosen in Manchester, die ihn ersuchten, für die Einberufung des Parlaments zu wirken, damit für die Erhaltung der Bürgerrechte der während der Arbeitslosigkeit aus öffentlichen Mitteln unterstützten Armen, schließlich für eine staatliche Hilfsaktion. Der liberale Führer zeigte nur ein teilweises Entgegenkommen. —

## Norwegen.

Kommunalwahl-Erfolge der Sozialdemokratie. In Kristiania haben am Montag die Kommunalwahlen stattgefunden. Die Beteiligung war stärker als je zuvor; von 64 028 Wahlberechtigten gaben 35 147 ihre Stimmen ab, darunter 15 000 Frauen. Wie die am nächsten Tage vorgenommene Auszählung ergab, haben die Konservativen 18 943 Stimmen erhalten, die Sozialdemokraten 9517, die Liberalen 4476, die Totalisten (Abstinzler) 1080 und eine „unpolitische“ Liste 724. Bei der Kommunalwahl von 1901 erhielten die Konservativen 15 000 und die Sozialdemokraten 4500 Stimmen (14 Stadtverordnete). Die Stimmengahl unserer Parteigenossen hat sich also seitdem reichlich verdoppelt und, da das Proportionalstystem für die Vertretung der Mandate maßgebend ist, so wird auch ihre Vertretung im Stadtparlament erheblich vergrößert werden. In den beiden anderen größten Städten Norwegens wurde ebenfalls am Montag gewählt. In Bergen erhielten die Konservativen und Liberalen 4801 Stimmen, die Linken 3067, die Sozialdemokraten 2734, die Totalisten 2082; in Trondhjem die Konservativen 2543, die Sozialdemokraten 2008, die Linken 712, die Totalisten 685 und die Liberalen 376 Stimmen.

Auch diese Zahlen weisen einen starken Fortschritt der sozialdemokratischen Stimmen auf. —

## Kommunales.

### Stadtverordneten-Versammlung.

38. Sitzung vom Donnerstag, den 8. Dezember 1904, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsteher Dr. Langerhans eröffnet die Sitzung gegen 5 1/2 Uhr mit einem Nachruf für den verstorbenen Kollegen Dr. Freudenberg. Alle würden sich dieses lebhaften jungen Arztes erinnern, dessen eifrige Beteiligung an den Arbeiten alle achten müßten, wenn sie auch oft nicht seiner Ansicht sein konnten. In frühen Jahren sei er von einer Keifspi- und Lungenkrankheit dahin gerafft worden, gegen die er vergebens angelämpft und vergebens in Kairo Heilung gesucht habe.

Die Versammlung hört die Ansprache stehend an. Eine Reihe kleinerer Vorlagen ohne erhebliches Interesse wird ohne Diskussion erledigt.

Um 6 Uhr findet eine gemeinschaftliche Sitzung des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung statt bezugs der Vorname der Wahl von acht Mitgliedern und acht Stellvertretern des Steuerausschusses der Gewerbesteuer-Klasse I für den Veranlagungsbezirk Berlin und eines weiteren Mitgliedes und Stellvertreters zum Zweck der Veranlagung der Warenhaussteuer für die Steuerjahre 1905—1907.

Die Vorschläge der gemischten Deputation für diese Wahl werden durch Zuruf akzeptiert.

Von den Stadtv. Antrid und Genossen (Soz.) ist am 17. November folgender Antrag eingebracht worden:

Den Magistrat zu ersuchen, Schritte zu ergreifen, um die Beschränkung des gesetzlich gewährleisteten Rechts der Einwohner auf Benutzung der Straßen und Plätze durch Polizeiorgane für die Zukunft zu hindern, insbesondere der Wiederholung unberechtigter Verhaftungen vorzubeugen, wie solche wiederholt Arbeiter und Arbeiterinnen gegenüber, deren völlige Schuldlosigkeit selbst vom Gericht anerkannt ist, lediglich wegen Benutzung der Straßen und Plätze vorgekommen sind, und die Uebernahme der Sicherheitspolizei durch die Stadt in die Wege zu leiten.

Vorsieber Dr. Langerhans: Ich stelle den Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung und möchte ihn sogleich begründen. Wir wissen, daß viele Jahre in der Stadtverordnetenversammlung immer ein Streit war gegen die Regierung, daß wir glaubten berechtigt zu sein, in unserer Versammlung zu besprechen, was wir für richtig und notwendig hielten. Die Regierung hielt uns dann immer den § 35 der Städteordnung vor: Die Versammlung hat über alle Gemeindeangelegenheiten zu beschließen, soweit dieselben nicht ausschließlich dem Magistrat überwiesen sind. . . . Ueber andere als Gemeindeangelegenheiten dürfen die Stadtverordneten nur dann beraten, wenn solche durch besondere Gesetze oder in einzelnen Fällen durch Aufträge der Aufsichtsbehörden ihnen überwiesen werden. Wir haben aber unseren Standpunkt nicht verlassen, haben in Anträgen und Petitionen verfaßt, unsere Wünsche und Ansichten auszudrücken und haben den Parlamenten unsere Petitionen zugesandt. Das erstmal, wie dagegen remonstriert wurde, schickte der Oberpräsident dem damaligen Vorsitzenden Straßmann den Befehl, die Petition nicht auf die Tagesordnung zu setzen und drohte zugleich mit 300 R. Strafe. Das wurde bekannt und die Versammlung beschloß, diese Petition abzugeben. Später kam eine Gelegenheit bei den Getreidezöllen. Da sahen wir auch ein, daß die ganze Bevölkerung leiden würde nur zum Vorteil einzelner Klassen des Volkes; wir wollten dagegen vorstellig werden, die Petition wurde von mir ziemlich schnell expediert, so daß der Befehl, die Sache nicht zu verhandeln, zu spät kam. Aber es hat doch die Art unserer Wahrung des Petitionsrechts einen gewissen Eindruck gemacht. Die Stettiner Stadtverordneten-Versammlung war gegen die Regierung beim Ober-Verwaltungsgericht klagbar geworden, daß ihr verboten war, gegen die Getreidezölle zu petitionieren, und sie hatte Recht bekommen. Wir bekamen nun den Befehl, daß die Sache wohl eine vitale Angelegenheit von höchster Wichtigkeit für Stettin sei, wo ein großer Getreidemarkt dauernd stattfinde, aber nicht für Berlin, wo das nicht der Fall sei. Diese Auffassung beruhte zwar auf Unkenntnis, aber es war doch immer ein Befehl. Sie sehen, wo vitale Interessen in Frage kommen, können wir beraten. Natürlich können dabei auch politische Argumente zum Vorschein kommen. Wir hielten es also für falsch, daß der Oberpräsident so in unsere Berechtigungen eingriff. Jetzt aber kommt dieser Antrag. Der ist nach meiner Ansicht ein politischer, und wenn er hier zur Verhandlung kommt, wird auch die Debatte eine politische. Der Antragsteller kann sich aus dem Antrag etwas herausuchen und erklären, das ist nicht politisch, das betrifft gerade das Gemeindeleben ganz besonders. Aber wenn der Antrag einmal hier zur Beratung kommt, dann ist es ganz gleich, was die Antragsteller sagen. Ein Antrag mit dem Thema „Streitbrecher und polizeiliche Einwirkung“ kann auch dahin führen, daß gesagt wird, die Gesetze sind schlecht, die Vollstreckungsgesetze sind nicht genügend usw., und endlich müssen Sie gewärtig sein, daß aufmerksam gemacht wird darauf, daß der Kaiser die Straßen bei vielen Gelegenheiten sperren läßt. Kurz, Sie sehen, wir würden in eine politische Verhandlung hineinkommen. Wenn wir den stolzen Gedanken gehabt haben: wir werden allein so klug sein, daß wir unseren Eid auf die Städte-Ordnung halten — dann können wir dem § 35 zufolge diese Angelegenheit hier nicht besprechen. Ich bin der festen Meinung, daß es nicht anders abgeben wird, als wie ich es angedeutet habe. Ich bin nicht in der Lage, wenn einer der Redner etwas sagt, was dem Antragsteller unbecquem ist, ihn zu rektifizieren und auf die Tagesordnung zu verweisen. Darum glaube ich, wir tun nicht gut daran, meinen Antrag zu verwerfen. Es muß uns doch ein stolzes Gefühl sein, uns sagen zu können, wir können die Ordnung unter uns allein aufrecht erhalten. Wir können wohl sagen, daß in wenigen Parlamenten so ordentlich verhandelt wird wie hier. Wollen wir das nun fördern dadurch, daß wir zugeben müssen, wir können nicht dafür sorgen, daß die Städte-Ordnung so gehandhabt wird, wie es gemeint ist? Das ist nicht eine Selbsterhöhung, sondern das Gegenteil. Darum bitte ich Sie, so über diese unangenehmen Dinge hinwegzukommen. Sie wissen, daß wir gern mit Ihnen (zu den Soz.) beraten über alle unsere städtischen Einrichtungen und wie Sie doch recht große Vorteile in der Höherstellung der ärmeren Bewohner gegen früher erreicht haben. Das werden wir weiter erreichen und es ist ja vielleicht ganz zweckmäßig, daß Sie unter uns sind. (Lurruhe und Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Aber wenn Sie uns so fördern in unseren Verhandlungen und wir in unserer Versammlung nicht mehr die Achtung der Welt genießen, dann tun Sie großes Unrecht. (Große Lurruhe bei den Sozialdemokraten; vereinzelter Beifall.)

Stadtv. Stadthagen (Soz.): Der sehr verehrte Herr Vorsitzende würde zu seiner Meinung nicht gekommen sein, wenn er sich gegenwärtig gehalten hätte, daß die sämtlichen Kollegen hier sich an ihren Eid gebunden halten und nichts tun werden, was dem Eid widerspricht. Ich bin von dem Antrage ganz überzeugt. Ich stimme mit dem Vorredner durchaus darin überein, daß der § 35 für uns maßgebend ist. Der Vorsteher meint, unser Antrag verleihe keine Gemeinde-Angelegenheit, § 4 der Städteordnung sagt: Alle Einwohner des Stadtbezirks sind zur Mitbenutzung aller öffentlichen Gemeinde-Anstalten der Stadt berechtigt. Dazu gehören auch die Straßen und Plätze, und nicht bloß nach meiner Spezialansicht; das ist rechtens auch nach Entscheidung des Obertribunals. (Redner verliest den betreffenden Wortlaut, der von den Soziald. mit lebhaftem Hört! hört! aufgenommen wird.) Es kann nicht klarer ausgesprochen werden als hier, daß es eine flagrante Beschränkung der Selbstverwaltung wäre, wenn die Aufsichtsbehörden dazu kommen sollten, zu verhindern, das Recht und die Pflicht der Gemeindebehörden in dieser Beziehung wahrzunehmen. Darüber hat nie ein Zweifel bestanden, daß Straßen und Plätze Gemeinde-Anstalten sind. Durch Gesetz vom 3. März 1882 ist ferner an Berlin gezahlt worden für die Uebernahme der Berliner Straßen und Plätze, soweit sie fiskalisch waren, zur Ablösung der bis dahin ihr zugesprochenen Rente ein Kapital von 11 200 000 Mark, und dafür haben wir die Verpflichtung übernommen, auch diese Straßen in unsere Verwaltung zu übernehmen. Wir würden also den Vertrag nicht erfüllen, wenn wir nicht dafür sorgen, flagrante Verletzungen des Rechtes der Einzelnen auf Benutzung der Straßen zu verhindern. Der Vorsteher wies darauf hin, daß wir die Achtung der Welt genießen sollen; wir genießen sie nicht mehr in dem Augenblick, wo wir mit verschiedenem Maße zu messen versuchen, wo wir es verschieden ansehen, wenn es sich nur um Arbeiter handelt, nachdem die Gerichte erklärt haben, daß die Forderung der rechtmäßigen Benutzung der Straßen eine Rechtsforderung ist. Niemals hat die Aufsichtsbehörde gewagt, gegen dieses Klagerrecht der Stadt einzuschreiten. Ich verweise auf einen

**Ähnlichen Fall aus dem Jahre 1890.** In Dutzenden, ja in Hunderten von Fällen sieht es fast, daß Arbeiter rechtswidrig gehindert worden sind, Straßen und Plätze zu benutzen. (Wirtschaftsfrage.) Das hat das Gericht in 50, in 100 Fällen in höchster Instanz festgestellt, auch daß die Arbeiter ihres Rechts des Streikens beraubt worden sind. Und das soll die Achtung Berlins nicht in Frage kommen? Und wie sieht es damit, daß mit solchen Vorgehen die Voraussetzungen zu einem Aufrührer eventuell geschaffen werden, wo dann nachher die Stadt für den Sachschaden haften muß? Also steht doch eine Gemeinde-Anglegenheit ersten Ranges in Frage; das ergibt § 4 der Städte-Ordnung in Verbindung mit dem Gesetz von 1882, und mit dem Ausführungsgesetz unabweisbar. Halten wir unseren Eid hoch, lehnen wir gerade aus diesem Grunde den Antrag des Vorstehers ab, wenn er es nicht mit Rücksicht auf seinen Eid vorzieht, seinen Antrag zurückzugehen! (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Nach der Geschäftsordnung müßte jetzt die Abstimmung über den Antrag Langerhans erfolgen.

**Stadt. Singer (Soz.)** zur Geschäftsordnung: Ich wollte mir nur erlauben festzustellen, daß nachdem der Vorsteher diesen Antrag auf die Tagesordnung gesetzt hat, er sich nach meiner Meinung des Rechtes begeben hat, jetzt seinen Antrag zu stellen; seine konstitutionellen Bedenken sind gegenwärtig nicht mehr angängig. Außerdem muß ich mein lebhaftes Bedauern darüber aussprechen, daß der Vorsteher jetzt dazu kommt, wochenpräsidierender zu sein als der Oberpräsident. Der Antrag ist wochenlang bekannt; der Oberpräsident hätte das Recht gehabt, die Verhandlung zu verhindern. Das ist nicht geschehen. Ich kann nur mein tiefes Bedauern ausdrücken, daß gerade jetzt unter verehrter Vorsteher dazu kommt, daß die Reaktion sagen kann: Jetzt hat auch der alte Langerhans für uns gesprochen. (Bewegung.) Nachdem ihm nachgewiesen ist, wie er sachtlich im Unrecht ist, wird er hoffentlich seine Hand dazu nicht mehr bieten, und ich hoffe, daß er seinen Antrag zurückzieht.

**Stadt. Preuß (Soz. Fortschr.)**: Obwohl von der Inopportunität des Antrages Antritt durchdrungen, müßte ich doch jetzt gegen den Antrag auf Tagesordnung stimmen. Wenn es des Vorstehers Meinung war, daß wir den Antrag nicht verhandeln dürfen, so konnte er die Verhandlung verhindern. Aber jetzt halte ich das für geschäftsordnungsmäßig durchaus unzulässig und deshalb können auch die Gegner nicht für Uebergang zur Tagesordnung stimmen; sie müssen die Debatte wünschen, um die Inopportunität des Antrages Antritt nachzuweisen.

**Stadt. Rommelen (Fr. Fr.)**: Ich möchte mich diesem Antrag anschließen. (Beifall.) Auch ich bin ein entschiedener Gegner des Antrages Antritt, meine aber, daß es nach der Motivierung des Antrages Langerhans unmöglich ist, für die Tagesordnung zu stimmen. (Bravo!) Die Begründung des Antrages auf Tagesordnung ist in sich selbst widerspruchsvoll gewesen.

**Vorsteher Dr. Langerhans**: Es ist eigenartig, daß Herr Singer es unternimmt, mir derartige Vorwürfe zu machen. Ich habe es für falsch gehalten, den Antrag nicht zu verhandeln, als er eingebracht war; ich werde mich doch sehr in acht nehmen, über einen Antrag Tagesordnung zu beantragen, der Ihnen nicht schon lange bekannt ist. Aber vielleicht habe ich mich überlebt und werde danach handeln.

**Stadt. Cappel (W. L.)**: Kamens meiner Freunde kann auch ich eine Erklärung nicht abgeben, sondern nur persönlich. Der Vorsteher hätte ja doch aus eigener Entschliebung den Antrag nicht auf die Tagesordnung zu setzen brauchen. Er hat jetzt aber ausgeführt, daß wir nicht berechtigt seien, über den Gegenstand zu verhandeln, und er scheint nicht gewillt zu sein, der Bitte Rommelen's nachzugeben. Wir haben alle den tiefsten Respekt vor der Tätigkeit unseres Vorstehers im Dienste der Stadt und der allgemeinen Interessen. Ich möchte nicht, daß hier durch unsere Beschlässe plötzlich eine Situation entsteht, die wir gern vermeiden möchten, und bitte Sie daher, diese ganze Angelegenheit auf acht Tage zu verlagern. (Allgemeine Zustimmung.)

**Stadt. Dese (W. L.)**: Wir sind auch nicht in der Lage, dem überausgehenden Antrag des Vorstehers Folge zu leisten und ich schließe mich dem Antrag Cappel an.

**Stadt. Singer**: Die Antragsteller schließen sich dem Antrage auf Verlagerung an. (Beifall.)

**Stadt. Rommelen** erklärt das gleiche. Die große Mehrheit nimmt darauf den Verlagerungsantrag Cappel an.

**Die Ausarbeitung des Entwurfs für den Ausbau des Kaiser und Kaiserin Friedrich-Kinderkrankenhauses** soll den Architekten Schmieden und Wötze, Nachfolgern der Firma Gröppius u. Schmieden, der Erbauerin des Krankenhauses, übertragen werden; die Beschaffung über die Ausführung wird bis zur Genehmigung des speziellen Entwurfs vorbehalten.

**Stadt. Dr. West (Soz.)** ist mit der Vorlage insoweit nicht einverstanden, als die Forderung des seinerzeit gefassten Versammlungsbeschlusses, schon im Vorjahre 1904 eine Saucate fällig zu machen, nicht erfüllt ist. Ferner fragt Redner, wie es mit der Vorsehung des Kostandes in Beziehung auf Kinderkrankbetten stehe, beziehungsweise ob bald eine Vorlage betreffend den Bau eines Kinder-Krankenhauses gemacht werden wird.

**Stadt. Straßmann**: Für den Bau eines Krankenhauses für Säuglinge und nicht infektiöse Kinder sind in der Anleihe 1 600 000 Mark ausgeworfen. Das Bauprogramm wird ausgearbeitet.

Der Magistratsantrag gelangt darauf zur Annahme.

Mit der Erhöhung der von den Gemeinden Lichtenberg, Vorhagen-Kummelsburg und Strauß für den Anschluß an die Berliner Kanalisation vertraglich zu leistenden Beiträge für jedes Meter der angeschlossenen Grundstücksfront, und zwar des einmaligen Beitrags von 50 auf 70 M. und des laufenden jährlichen Beitrags von 6 auf 8 M. hat sich der niedergesetzte Ausschuss einverstanden erklärt. Die Versammlung stimmt ohne Debatte ebenfalls zu.

Für das laufende Rechnungsjahr werden noch 100 000 M. aus der Anleihe zum Neubau der Grünstraßen-Brücke zur Verfügung gestellt, da deren Bau schneller als erwartet wurde, von staten gegangen ist.

Die Kostenschätzungen für mehrere Ausführungen beim Neubau der III. Jernanstalt in Buch werden auf Antrag Haberland einem Ausschuss überwiesen.

Im Anschluß an eine Revisionsentscheidung des Reichs-Versicherungsamtes beabsichtigt der Magistrat den § 9 des Gemeindebeschlusses von 1901 betreffend die Gewährung von Ruhegeld und Hinterbliebenen-Versicherung an die städtischen Arbeiter wie folgt abzuändern:

Sticht einem Ruhegeld-Empfänger auf Grund des Invaliden-Versicherungs-Gesetzes Invaliden- oder Altersrente zu, so wird das Ruhegeld um den halben Betrag der Rente gekürzt. Beim Zusammenreffen des Ruhegeldes mit sonstigen Leistungen aus Mitteln des Reiches, eines Bundesstaates oder anderer öffentlicher Verbände oder mit Leistungen auf Grund der Unfallversicherungs-Gesetze tritt eine Kürzung des Ruhegeldes ein, wenn und soweit diese Bezüge zusammen mit dem Ruhegeld den Durchschnitts-Arbeitsverdienst übersteigen. Eine vor dem Eintritt in den städtischen Dienst erworbene Unfallrente bleibt hierbei außer Betracht.

Treffen Witwen- oder Waisengelder mit einem der vorstehend angegebenen anderweitigen Bezüge zusammen, so werden sie um den Betrag der letzteren gekürzt.

Ginguh hat Stadt. Ullstein (Soz.-fortschr.) beantragt: 1. den ersten Satz und das Wort „sonstigen“ zu streichen; 2. hinter „Unfallversicherungs-Gesetze“ einzuschalten „oder des Invalidenversicherungs-Gesetzes.“

**Stadt. Schubert (Soz.)**: Wenn der Revisionsbescheid angenehm verläuft, so enthält andererseits der neue § 9 eine absolut nicht billigenwertige Verschlechterung des bisherigen Zustandes. In der Mehrzahl der Fälle wird der Ruhegeldempfänger um etwa 100 M. geschädigt werden, was doch wohl selbst nicht in der Absicht des Magistrats gelegen haben dürfte, sondern vielleicht bloß ein „falscher Jungens-Idiot“ ist. Deshalb und zur völligen Klarstellung dieser sehr verwickelten Materie beantrage ich Ueberweisung an einen Ausschuss.

**Stadt. Ullstein**: Wir haben nichts dagegen, obwohl die Annahme unseres Antrages den Ausschuss überflüssig machen würde. Wir beanstanden ebenso wie der Vorredner namentlich den ersten Satz; der Vorschlag macht den Eindruck, als ob die Sozialpolitik des Magistrats nach dem Prinzip der Echnernacher Springprojektion arbeitete: drei Schritte vorwärts, zwei zurück! (Auf bei den Sozialdemokraten: Jaus zurück!)

Nachdem Stadtrat Ramsau dem Antrag Ullstein widersprochen, wird Ausschussberatung, für die sich auch Stadt. Dinsie erklärt, beschlossen.

Die Vorlage betr. die Verkleinerung des Platzes K. Abt. XIV, zwischen Revaler- und Kopenikusstraße an der Grenze von Vorhagen-Kummelsburg beantragt Stadt. Haberland einem Ausschuss zu überweisen.

**Stadt. Hinge (Soz.)**: Der Platz soll um mehr als die Hälfte verkleinert werden. Der Hinweis, daß inzwischen andere Plätze angelegt sind, nimmt auf den Audolplatz Bezug; dieser liegt aber jenseits der Bahn. Weshalb den Anliegern ein so beträchtliches Geschick in den Schoß geworfen werden soll, ist nicht ersichtlich.

Die Vorlage geht an einen Ausschuss.

Auf den Vorschlag des Stadtverordneten Rommelen, den sich Rosenow anschließt, legt die Versammlung, da die Abhaltung des Städtetages die meisten Fraktionen verhindert hat, am Dienstag ihre üblichen Beratungen abzuhalten, die übrigen wichtigeren Gegenstände, u. a. die neueren Akten zum Schulkonflikt und das neue Steuerbudget, von der Tagesordnung ab.

Schluß nach 1/8 Uhr.

## Aus Industrie und Handel.

**Die rheinische Braunkohlen-Industrie** hat in den letzten Jahren einen solchen Aufschwung genommen, daß sie bereits einen sehr bedeutenden Teil der deutschen Gesamtförderung liefert. Nach dem Bericht des „Vereins für die Interessen der rheinischen Braunkohlen-Industrie“ betrug die Braunkohlenförderung im Oberbergamtsbezirk Bonn (einschließlich der kleinen Betriebe im Westerwald) 1903 6 080 000 Tonnen (im Vorjahre 5 455 000 Tonnen). Der amtlich ermittelte Wert der Förderung betrug 13 136 000 M. (im vergangenen Jahre 11 425 000 M.). Der Einheitspreis zeigt eine kleine Steigerung von 2,09 M. für die Tonne im Vorjahre auf 2,17 M. im Berichtsjahr, wohl in Uebereinstimmung mit dem etwas besseren Durchschnittspreis für Preissetz. Die Förderung im ersten Halbjahr 1904 beträgt 3 216 000 Tonnen oder 445 000 Tonnen mehr als gleichzeitig im Vorjahre; die steigende Bewegung hält also an. Die Arbeiterzahl war trotz der höheren Förderung geringer als im Vorjahre; sie betrug 1903 im Durchschnitt 5315 Mann. Im ersten Quartal 1904 stellte sie sich durchschnittlich auf 5655 (im Vorjahre 5570) und im zweiten Quartal auf 5210 (im Vorjahre 4915) Mann.

**Stahlwerke und Halbzugverbraucher.** Wie die „Kölnische Ztg.“ meldet, waren gestern in Köln Vertreter einer Reihe von Vereinen der weiterverarbeitenden Industrien zu einer Vorgesprächung versammelt. In derselben wurde folgender Beschluß gefaßt: Die Versammlung bringt einstimmig zum Ausdruck, daß die Verhältnisse in der Eisen- und Stahlindustrie sich zugunsten der Erzeuger der Rohstoffe und der Halberzeugnisse und zum Nachteil der weiterverarbeitenden Industrien entwickelt haben. Es soll ein Ausschuss der verschiedenen Gruppen der weiterverarbeitenden Industrien zusammentreten, der die Ursachen dieser Entwicklung feststellen und einer später einzuberufenden Versammlung Vorschläge machen soll, wie weiterer Schädigung der weiterverarbeitenden Industrien in engerem Zusammenschluß vorzubeugen ist.

**Leihkassen-Konkurs.** Der Fall der Leipziger Bank ist fast vergessen, aber noch immer schwebte bisher über die Unternehmungen Gerhard Leihkassens, des Uchbers des Zusammenbruchs, das Konkursverfahren. Jetzt soll, wie die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ berichtet, endlich der Konkurs durch einen Zwangsvergleich beendet werden. Den rund 13 000 000 Mark Konkursforderungen stehen 2 487 000 Mark Mitteln gegenüber. Bevorrechtigte und hypothekarisch gebedte Forderungen sind 1 922 000 M., so daß für die nicht bevorrechtigten Konkursgläubiger 558 135 M. gleich 4,3 Proz. verbleiben. Diese Dividende ist nur erzielbar, wenn die Zwangsversteigerung des Wertes vermieden und die damit verknüpften Kosten erspart, auch der Betrieb nicht unterbrochen wird.

Nach den Enthüllungen, welche die gerichtlichen Verhandlungen gegen den mit Justizhauß befristeten Leihkassen ergeben haben, ist das Resultat für keinen der Beteiligten eine Ueberraschung, ebenso geben diese Verhandlungen den Schlüssel für die außerordentlich lange Dauer des Konkurses. Der Zwangsvergleich geht dahin, daß sich die Gläubiger mit dem oben genannten Prozentsatz ihrer Konkursforderung an der zur Fortführung der Betriebe verbleibenden Aktiengesellschaft und der neuen zur Vertretung der für den Betrieb nicht erforderlichen Ländereien zu gründenden Grundstücks-gesellschaft m. b. H. beteiligen oder die genannte Summe in Bar erheben können.

**Internationaler Schienen- und Trägersverband.** Zwischen den deutschen, englischen, französischen und belgischen Schienenverbänden ist, wie aus London gemeldet wird, eine Verständigung erzielt worden. Nach der Londoner „Iron and Coal Trades Review“ ist gestern in London die Unterzeichnung des Abkommens erfolgt. Ueber die mit den Amerikanern geführten Verhandlungen wird mitgeteilt, daß sie zwar fortgeschritten seien, doch habe hinsichtlich der Bedingungen eine Verständigung noch nicht erreicht werden können.

**Das russische Branntweinmonopol.** Wenn auch manche andere Einnahmequellen des heiligen russischen Reiches in den letzten Jahren trotz allen Hochdrudes nicht reichlicher fließen wollten, ein Trost ist dem russischen Finanzministerium in seiner schwierigen Lage geblieben: der Branntweinverbrauch steigt noch immer und mit ihm die Einnahme aus dem Branntweinmonopol. In den 63 Gouvernements und 8 Gebieten mit einer Bevölkerung von 125 Millionen Menschen, in denen das Monopol besteht, hat im letzten Jahre nach dem kürzlich erschienenen Ausweis der Gesamtsumme wiederum um 6 796 573 Bedro (1 Bedro = 12,8 Liter) zugenommen. Die Gesamteinnahme für das Jahr 1903 stelle sich nämlich auf 549 978 365,46 Rubel. Nach Abzug der Ausgaben ergeben sich als Reingewinn der Krone aus der Branntweinregie 388 319 247,65 Rubel, 41 433 214,06 Rubel mehr als im Vorjahre. Bei Vergleich der Einnahmen mit den Ausgaben ergibt sich, daß die Brutto-Einnahme der Krone sich pro Bedro auf 7,75 Rubel stellte, wovon nach Abzug der Brutto-Ausgaben im Betrage von 2,30 Rubel der Krone von jedem verkauften Bedro ein Reingewinn von 5,55 Rubel verbleibt. Während der Periode 1897 bis 1902 ist der Gewinn pro Bedro verkauften Branntweins ständig gewachsen und stieg von 4,90 Rubel im Jahre 1897 auf 5,49 Rubel im Jahre 1902. Der größte Branntweinkonsum entfällt auf die Gouvernements Moskau, Petersburg, Kiew und Ekaterin, während der geringste Konsum in Dnenez, Giffland, Archangel und Kurland erfolgt.

So erweitert sich der Branntweinlufst als nützliche Einnahmequelle für die Finanzen, trotzdem läßt sich in ihrer edlen Besorgtheit um das Volkwohl die russische Regierung mit größter Energie anlegen sein, das Volk zur Mäßigkeit zu erziehen. Von der Brutto-Einnahme von 541 Millionen Rubel hat sie nämlich nicht weniger als vier ganze Millionen den Mäßigkeits-Kuratoren überwiesen.

**Roosevelt und die Truffs.** Herr Roosevelt hat in seinen Vorschlägen mehrfach ein Einschreiten der Regierung gegen die sogenannten Auswüchse der Truffs angefordert. Jemand etwas Greifbares ist aber bisher nicht dabei herausgekommen, und das ist begreiflich, denn seine Partei kann die Gelder der großen Truffs bei ihren Wahlkämpfen nicht entbehren. Hin und wieder taft allerdings, um es mit dem Kleinhandel und der Kleinindustrie nicht zu verderben, Herr Roosevelt so, als solle etwas gegen die Truffs geschehen. Jetzt soll, wie telegraphisch aus Washington gemeldet wird, wieder mal so getan werden, als sei die Regierung zum Handeln entschlossen. Sie hat eine

Untersuchung der Angelegenheit des Tabaktruffs angeordnet, der aus amerikanischen und kontinentalen Gesellschaften in den Vereinigten Staaten und der British Imperial Company in England besteht. Sollten sich, so heißt es in der Meldung, die Anschuldigungen gegen den Truff bestätigen, würde dieser in Kollapszustand versetzt werden. Die Pfleger beklagen sich, daß das Verfahren des Truffs die Konkurrenz beim Einkauf unterdrücke.

## Verfammlungen.

**Vierter Wahlkreis (Ost).** Am Dienstag veranstaltete der Wahlverein eine Versammlung im Cshium in der Landsberger Allee. Auf der Tagesordnung stand ein Vortrag des Genossen Mollenbuh über das Thema: Die Totengräber der kapitalistischen Gesellschaft. Die ebenso interessanten wie lehrreichen Ausführungen des Vortragenden wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. — Es folgte eine kurze Diskussion, an der sich mehrere Parteigenossen beteiligten, die im allgemeinen mit dem Referenten übereinstimmten. Einer der Redner meinte jedoch, das heutige Proletariat werde wohl noch nicht imstande sein, die Leitung der Produktion zu übernehmen, es bedürfe noch der Vorbildung zu diesem Zweck. Genosse Mollenbuh antwortete darauf, es sei selbstverständlich, daß wir für die Weiterbildung der Arbeiter sorgen, aber er glaube nicht, daß zur Leitung der sozialistischen Produktion eine neue, eigens zu diesem Zweck herangebildete Generation nötig sei. Mit den bereits vorhandenen Mitteln und Kräften werde sich die Umwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Gesellschaft vollziehen. Wir brauchen deshalb nicht zu warten, bis erst eine neue Generation herangebildet ist.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

**Berlin, 8. Dezember.** (W. T. V.) General von Trotha meldet aus Bindhut: Die 4. Ersatzkompanie ist am 2. Dezember in Lüderichsdorf angekommen und sollte bis zum 8. Dezember in drei Staffeln nach dem Innern abziehen.

**München, 8. Dezember.** (W. T. V.) Wie die „Münchener Neuesten Nachrichten“ aus Ky bei Neu-Ulm melden, brach vorgestern in einem Magazin, in dem Benzin und Sprengmaterialien zur Verwendung bei einem Kanalbau aufbewahrt wurden, Feuer aus. Das Magazin wurde durch die Explosion der Sprengstoffe in die Luft gesprengt, wobei 15 Arbeiter, davon 6 schwer, verletzt wurden.

**Der Eisenbahnunfall auf der Strecke Hohenwerda-Kohlfurt.**

**Hohenwerda, 8. Dezember.** (Amtliche Meldung.) Am 6. Dezember nachmittags 8 Uhr fuhr eine leere Lokomotive von der Kreuzungsstation Wahren der Linie Kohlfurt-Hallenberg nach Kuland ab. Etwa zu derselben Zeit fuhr der Güterzug 8558, angeblich ohne Auftrag des Stationsbeamten, von Kuland nach Wahren ab. Beide stießen im Kilometer 99,9 zusammen. Zwei Lokomotivbeamte sind getötet, die anderen beiden schwer verwundet. Zwei Zugbeamte sind leichter verletzt. Das Hauptgleis war bis 7 Uhr morgens unfahrbar. Der Personenverkehr wurde durch Umsteigen an der Unfallstelle aufrecht erhalten.

Die Lokomotiven sind stark beschädigt, drei Wagen zertrümmert und vier Wagen teils beschädigt, teils eingestürzt.

### Evretons Tod.

**Paris, 8. Dezember.** (W. T. V.) Ueber den Tod Evretons wird gemeldet: Evreton hatte sich nach dem Essen in sein Arbeitszimmer zurückgezogen, das durch einen Gashofen geheizt wird. Dort fand ihn um drei Uhr seine Frau bewußlos am Boden liegen. Ein sofort herbeigerufener Arzt stellte vergeblich Wiederbelebungsversuche an. Dem Gerücht von einem Selbstmord Evretons wird von seinen Freunden aufs entschiedenste widersprochen. Evreton hätte heute, da die Frist seiner Ausfällung abgelaufen war, wieder in der Kammer erscheinen sollen; sein Ausbleiben hatte daher schon während der Sitzung seine Parteigenossen bemerkt. Die Nachricht, daß er bewußlos aufgefunden sei, wurde von dem Ministerpräsidenten, der sie vom Polizeipräsidenten telefonisch erhielt, mehreren Deputierten mitgeteilt. (Siehe auch unter Ausland.)

**Paris, 8. Dezember.** (W. T. V.) Deputiertenkammer. Bei der Beratung des Justizbudgets kritisiert Grosjean (Nationalist) die Haltung gewisser Gerichtsbeamten und greift das Rundschreiben des Ministerpräsidenten an die Präsidents bezuglich der republikanischen Vertrauensmänner an. Ministerpräsident Combes erwidert, die Regierung diene gegenwärtig als Zielscheibe für vereinigte Angriffe der Opposition, der Augenblick zu antworten sei aber noch nicht gekommen. Justizminister Vallé gibt eine ähnliche Erklärung ab. (Lebhafte Widerspruch rechts.) Darauf werden mehrere Artikel des Budgets angenommen. Colin (radikal) verlangt, daß die Beamten, welche Angeberdienste geleistet hätten, zur Rechenschaft gezogen werden sollten. Der Justizminister Vallé antwortet, daß er bereits Maßnahmen getroffen und daß er bezüglich jedes besonderen Falles die Gerichtspräsidenten befragt habe. Diefelben hätten geraten, jene Beamten nicht zur Rechenschaft zu ziehen und sie auch nicht abzugeben. Der Minister beschuldigt die Opposition, daß sie beabsichtige, das bestehende Mißbehagen zu einem dauernden zu machen. (Beifall links, Lärm rechts.) Lehgues sagt, man müsse mit den Angeberreien ein Ende machen.

Der Ministerpräsident Combes erklärt, die Angeberreien seien tadelnswert, aber man dürfe sie nicht mit den Auskünften verwechseln, die in gutem Glauben gegeben seien. Sein Rundschreiben bestärke nur das, was unter dem Ministerium Ribot geschehen sei. Er werde dafür Beweise bringen. (Beifall links.) Ribot verlangt, daß diese Beweise noch heute abend beigebracht werden. Combes antwortet bejahend und schließt, indem er sein vollständiges Einvernehmen mit den Ausführungen des Justizministers Vallé ausdrückt. Darauf wird der Antrag Colin mit 276 gegen 274 Stimmen verworfen. Es wird sodann sofortige Besprechung des Rundschreibens des Ministerpräsidenten beantragt. Combes erklärt sich damit einverstanden. Ribot und Lehgues beantragen, die Besprechung auf morgen zu verlagern. Dieser Antrag wird mit 295 gegen 268 Stimmen angenommen und die Sitzung hierauf geschlossen.

**Japans Antwort auf die Einladung zur Friedenskonferenz.**

**Washington, 8. Dezember.** (Meldung des „Newerischen Kur.“) Japan hat die Einladung der Regierung der Vereinigten Staaten zur Teilnahme an einer zweiten Friedenskonferenz im Haag unter der Bedingung angenommen, daß die Verhandlungen der Konferenz den gegenwärtigen Konflikt nicht berühren. Diese Mitteilung wurde dem Staatssekretär Hay heute vom japanischen Geschäftsträger Gioli überreicht.

### Vom skandinavischen Kriegsschauplatz.

**Tokio, 8. Dezember.** (W. T. V.) Eine Meldung des Kommandierenden der gelandeten Schiffsgeschütze von heute nachmittag 2 1/2 Uhr besagt: Heute um 12 1/2 Uhr wurde es getuschelt, daß die „Peredovjet“ gesunken ist; sie befindet sich in der gleichen Lage wie die „Gallata“. Die „Gallata“ beginnt sich nach Badford zu neigen; wir richten ein heftiges Feuer auf sie.

**London, 8. Dezember.** Dem „Newerischen Bureau“ ist folgende Depesche seines Korrespondenten bei der japanischen Armee vor Port Arthur zugegangen: Ich besuchte den 20. Peterhügel, der Abfall des Kampfplatzes ist fürchterlich. Die Japaner haben die vorgeschobenen Werke nach sechsstündigem Kampfe genommen; der Stamm des Hügels ist durch die Beschießung weggerissen. Die Abgänge sind mit Trümmern bedeckt, die Gräben eingeworfen und mit Erde zugefüllt. In einem einzigen 100 Schritt langen Stütz Graben wurden 200 tote und verwundete Russen gefunden. Die Leichen waren durch das in Handgranaten gefüllte Dynamit entsetzlich verunstaltet.

**Petersburg, 8. Dezember.** (W. T. V.) Wie verlautet, ist gestern die Abendung eines dritten Geschwaders beschlossen worden, welches am 8. oder 9. Januar abgehen soll. Die Weiterfahrt des zweiten Geschwaders wird dadurch nicht aufgehalten.

Zu den Gemeindevahlen in der Pfalz.

Genosse Ehrhart ersucht uns um Aufnahme des nachstehenden Artikels, auf den wir aus Rücksicht auf den Raum erst morgen antworten werden:

Der „Vorwärts“ und mit ihm der größere Teil unserer Parteipresse haben das Vorgehen der Pfälzer Genossen bei ihren Gemeindevahlen wiederholt bekräftigt. Ich habe, um Irrtümern vorzubeugen, in der „Kommunalen Praxis“ einen über unsere Verhältnisse informierenden Artikel veröffentlicht, der indes nur eine recht beschränkte Würdigung fand. Das Billigste, was die Genossen eines Ortes, wenn man deren Tätigkeit einer Kritik unterzieht, erwarten können, ist doch, daß man deren Wahlbewegung verfolgt und sich über die Verhältnisse zu orientieren sucht; leider scheint das aber nur wenig geschehen zu sein. Es mag mir deshalb jetzt, nachdem unsere Wahlen so ziemlich beendet, gestattet sein, auf die gegen uns gemachten Einwürfe zurückzukommen. Ich halte mich dazu verpflichtet, da es mir nicht gleichgültig ist, in welchen Auf wir Pfälzer bei den übrigen Genossen gelangen. Man hat uns mit anderen Genossen in den Millerandistenfaden gestopft, hat uns ob der Vielseitigkeit unserer Kompromisse verhöhnt und geglaubt, uns das Klassenbewußtsein schärfen zu müssen. Aber mit Ausnahme unseres Hallenser Organs, das uns die Richtlinien dahin angibt, daß „wenn uns die Gegner schon 11 Mandate gutwillig einräumen, unsere Partei stark genug sei, ganz selbständig vorzugehen, und daß wir so viele Mandate zu erobern suchen müssen, als wir erlangen können“, hat uns keines unter Berücksichtigung unserer Verhältnisse gesagt, was wir tun müssen. Mit allgemeinen Redensarten kann uns nicht gedient sein. Die Pfälzer Genossen haben in ihrem letzten Gemeindevahlkampf nach ihrer alten Taktik, die sich schon seit 16 Jahren bewährt, die schon ebenso lange auf unseren pfälzischen Gantagen in Resolutionsen festgelegt und veröffentlicht wurde, die seither von keinem unserer Organe auch nur mit einem Worte moniert wurde, gehandelt. Hat man uns früher keine Beachtung geschenkt, so sind wir daran unschuldig, jedenfalls konnten wir aber nach dem Schweigen unserer Prinzipienwächter annehmen, daß wir keinen Verrat an unseren Prinzipien oder unserer Taktik begehen. Mindestens können wir darüber auf mildere Umstände für uns plädieren. Was zunächst die Mannigfaltigkeit der Kompromisse anlangt, so sind wir, gewiß nicht zu unserem Vergnügen, auf solche immer noch angewiesen. Es ist schon oft genug von uns als Unienwahrheit ausgesprochen worden, daß unsere Gegner ohne Ausnahme brutal in der Befolgung der städtischen Verwaltung verfahren. Bei uns scheidet sich diese Befolgung in dem größeren Teile der Gemeinden je nach der Religion. Wir haben Gemeinden, wie beispielsweise Dürkheim, das seit Menschengedenk grundsätzlich keinen Katholiken wählt, in anderen wiederum ist es umgekehrt; daß man in solchen Gemeinden eine besondere Vorliebe für die scheuen Augen der Sozialdemokraten hätte, haben wir bis jetzt noch nicht wahrgenommen, es war deshalb ganz selbstverständlich, daß wir uns, die wir in der Regel mit unserer Stimmenzahl in der erdrückenden Minderheit waren, mit der Partei verbinden mußten, die gleich uns unterdrückt war. Daraus erklärt sich, daß wir das Rezept, das uns von einem unserer Organe gegeben wurde, „wir hätten wenigstens nur mit einer Partei Kompromisse zu schließen“, nicht anwenden konnten. In ihrem Haß gegen die Sozialdemokratie macht die bürgerliche Gesellschaft keinen Unterschied, das lesen wir täglich in unserer Presse und ich stimme dem zu. Wenn dem so ist, dann wäre es doch sonderbar, wenn wir uns, um etwas zu erreichen, auf eine bestimmte gegnerische Partei beschränken sollten. Gerade in Rücksicht darauf haben wir in der Pfalz von jeder die Ueberzeugung propagiert, daß unsere Gegner uns alle gleich sind. Man hat uns auf das Klassenbewußte Vorgehen der Genossen von Frankfurt, Offenbach etc. (man könnte auch Berlin hinzusetzen) verwiesen. Auch wir freuen uns über deren Erfolge von ganzem Herzen und treten ihnen gewiß nicht zu nahe, wenn wir in aller Weisheit darauf verzichten, daß eben unsere gesetzlichen Vorbedingungen zur Wahlbeteiligung ganz andere sind und deshalb auch eine andere Taktik bedingen. Wäre es so leicht, hierin zu generalisieren, so hätte sicherlich schon längst einer unserer Parteitage dahin resoliert, da solches aber noch nicht geschah, so befinden wir uns in der gewiß nicht angenehmen Lage, uns selbst nach bestem Wissen und Parteigewissen zu helfen. Mögen die Genossen allerwärts unsere Tätigkeit verfolgen, so werden sie die Ueberzeugung gewinnen, daß das Gros der Pfälzer Genossen an Ueberzeugungstreue hinter anderen Genossen nicht zurücksteht. Allerdings das eine muß ich gestehen, im großen ganzen hat man bei uns die Ueberzeugung, daß der Wahlkampf nicht alleiniger Zweck unserer Beteiligung an den Gemeindevahlen ist, sondern daß man sich in der Gemeinde in unserem und damit dem Interesse der Arbeiterschaft praktisch an der Gemeindeverwaltung beteiligen will, zu was würde man sich sonst schon seit vielen Jahren in unseren Reihen die Köpfe über ein unseren Grundfragen entsprechendes Gemeindeprogramm zerbrechen? Dasselbe zu verwirklichen muß unsere Aufgabe sein, da kann es sich nicht darum handeln zu warten bis wir durch eigene Kraft in eine Körperschaft gelangen, denn in diesem Falle würden unsere Gegner uns schon einen schweren Regal vorsetzen. Aber selbst wenn wir uns so lange gedulden und schließlich die ganze Vertretung besetzen, so wären uns immer noch in unserem Vorgehen enge Grenzen gezogen, denn noch hat die herrschende Klasse das Heft in Händen, mit dem Kopf durch die Wand kann man auch in der Pfalz nicht.

Gewiß gab es in unserem Wahlkampf Gemeinden in der Pfalz, in denen das Vorgehen unserer Genossen kein einwandfreies war, aber ich kann konstatieren, daß dabei kein Material gegen den Revisionismus oder Millerandismus herauszufinden ist. Nun zu den Verhältnissen in Ludwigshafen, die ja meist angezogen wurden. Man macht uns zum Vorwurf, daß wir uns mit 11 Kandidaten begnügten und prophezeite, daß diese von den Gegnern nicht gewählt werden würden. Zum Glück für uns traf nun letzteres nicht zu. Auch ist nicht richtig, daß das Kompromiß eine geringe Wahlbeteiligung zur Folge habe. 80 Prozent haben gewählt, das ist sicher kein schlechtes Resultat. Nun die Wahl vollzogen wird behauptet, das sei der Beweis, daß wir die Majorität hatten und unsere Taktik hätten darauf zuschneiden müssen. Nach den Wahlen wissen wir immer mehr als vorher, aber die Möglichkeit habe auch ich in meinem Artikel in der „Kommunalen Praxis“ im voraus angegeben. Trotzdem ich Anspruch darauf mache, die Verhältnisse zu kennen, kann ich die optimistische Ansicht von unserer so sicheren Majorität nicht teilen. Es ist doch ein gewaltiger Unterschied zwischen der Beteiligung an einer Reichs- oder Landtagswahl, in der nur ein Kandidat gewählt wird, oder einer Gemeindevahl, in der 38 Namen aufzustellen sind. Der sicherste Gradmesser für die Stärke unserer sicheren Stimmen, d. h. solcher, die mit uns durch die Wand gehen, sind jedenfalls unsere politisch organisierten Genossen. Von den etwa 2000 Mitgliedern dürften aber kaum 600 das Wahlrecht besitzen. Das ist doch nur ein geringer Teil von den 5000 Wahlberechtigten. Wenn auch ein großer Teil der übrigen Wähler für uns stimmen mag, so sind diese nicht unter allen Umständen zuverlässig. Es ist aber auch unrichtig anzunehmen, daß die auf unsere niedere bestimmten Kandidaten gefallenen Stimmen unsere Stärke darstellen, denn auch ein Teil der Gegner hat sie gewählt, wie wir die ihren gewählt haben. Sicher ist dagegen, daß, wenn wir uns in der vorherigen Weise weiter entwickeln, wir in der nächsten Periode die Majorität gewinnen werden. Ob wir dann eine reine ganze Kandidatenliste aufstellen werden, ist heute zu besprechen eine mäßige Frage.

Daß es leichter ist, eine Situation zu erobern, als sie dauernd zu erhalten, hat uns gerade unsere letzte Gemeindevahl gezeigt. Neben dem taktischen Standpunkt kommt aber auch noch in Betracht, ob wir über die nötigen geeigneten Kräfte zur ganzen Befolgung der Liste verfügen. Meine in der „Kommunalen Praxis“ diesbezüglich gemachten Äußerungen wurden vom „Vorwärts“ als übertrieben und als ängstliche Unterwürfung bezeichnet. Jedenfalls haben wir Genossen genug, die die nötige Intelligenz besitzen, aber nicht genug solcher, die solch große Opfer bringen können, wöchentlich tagelang sich ohne Entschädigung der Stadthaushaltigkeit widmen zu können. Würden wir den ganzen Stadtrat übernehmen, so müßten wir sämtliche mehr als ein Dutzend Kommissionen besetzen und die ganze Arbeit allein leisten, denn mit dem Beschließen im Plenum allein wäre es in diesem Falle nicht abgehan, da nach der Gemeinde-Ordnung alle Gegenstände erst in einer Kommission vorberaten werden müssen. Solcher Kommissionsbesetzungen haben im letzten Jahre nahezu 400 stattgefunden. Es kommt auch in Betracht, daß Ludwigshafen eine Fabrikstadt ist mit einer stark fluktuierenden Bevölkerung. Daß wir einen besoldeten Bürgermeister haben, ändert an der Sache nichts zu unseren Gunsten.

Es kommt aber noch ein wesentlicher Faktor in Betracht. Wie in allen Städten, so ist es auch in Ludwigshafen und der Pfalz, daß die ganze Arbeit stets einer bestimmten kleinen Anzahl Genossen aufgebürdet wird. Um die ganze Verwaltung zu übernehmen, müßten wir — immer vorausgesetzt, daß auch die Wähler damit einverstanden wären — unsere gesamten besten Kräfte auf dem Stadthaus festnageln, wir würden damit unsere sonstige Agitation aber auch lähmen. Es ist nicht jede Stadt in der glücklichen Lage, über so viele unabhängige opferbereite Genossen verfügen zu können, wie Berlin, Leipzig oder Dortmund. Wir werden uns deshalb auch nach dieser Richtung vorläufig noch nach unserer Rede strecken müssen.

Wir haben vor fünf Jahren unter Mithilfe des Kleinbürgertums das erbeigefessene großkapitalistische Regiment der Anisinfabrik und Pfalzbahn gestürzt, der darauf gewählte Stadtrat stand unter sozialistischer Führung; man war im allgemeinen, unsere Genossen unbegriffen, mit dessen Tätigkeit einverstanden, deshalb wurde der größere Teil auch von unseren Genossen wiedergewählt.

Wir sind nun als härteste Fraktion an die erste Stelle gerückt und beanspruchen damit einen der beiden Adjunkten. Damit wird die Regierung, da ihr das Befähigungsrecht zusteht, auf eine ganz interessante Probe gestellt.

Auch diese Frage haben die Genossen eingehend beraten und fast einstimmig beschlossen, von ihrem Recht Gebrauch zu machen.

Parlamentarisches.

Die Petitionskommission des Reichstages beschloß in ihrer am Mittwoch abgehaltenen Sitzung, eine Petition betreffend Einführung der zwölfstündigen Arbeitszeit für alle im Gastwirtschafts- und Angestellten dem Reichslanzler als Material zu überweisen. Derselbe Beschluß wurde gefaßt bezüglich einer Petition betreffend Unterstellung des in Handelsgärtnerien beschäftigten Personals unter die Gewerbe-Ordnung. Ferner beschloß die Kommission, den Reichslanzler zu erlauben, gesetzliche Bestimmungen zu treffen betreffend Abgrenzung der Handelsgärtnerien von den landwirtschaftlichen Gärtnereibetrieben.

Aus kaufmännischen Kreisen wird petitioniert, daß in allen kaufmännischen Betrieben, die nicht zum Kleinhandel gehören, die vollständige Sonntagsruhe gesetzlich eingeführt und bis zur Erreichung dieses Zieles der Ladenschluß an Sonntagen spätestens um 12 Uhr mittags zu erfolgen habe; daß ferner die Sonntage vor Weihnachten, an denen die Läden länger als fünf Stunden geöffnet sein dürfen, möglichst eingeschränkt und vor den anderen hohen Festtagen die Ausnahmebestimmungen für die Zulassung längerer Sonntagsarbeit nicht mehr zur Anwendung kommen dürfen. Weiter wird gewünscht, daß die Höchstarbeitszeit in Kontoren auf neun Stunden bei zwölfstündiger Mittagspause festgelegt werde. Diese Petitionen beschloß die Kommission dem Reichslanzler zur Erwägung zu überweisen. Weiter wird petitioniert um Einführung von Inspektionen für das Handelsgewerbe in derselben Weise, wie solche für die Fabriken bestehen. Diese Forderung soll dem Reichslanzler zur Berücksichtigung überwiehen werden. Ueber eine weitere Forderung: einen Sommerurlaub von mindestens 14 Tagen den Handelsangestellten gesetzlich zu sichern, wurde Uebergang zur Tagesordnung beschlossen.

Eine Petition betreffend Einführung des obligatorischen Fortbildungsschulunterrichts für alle unter 18 Jahre alten Handelsangestellten beschloß die Kommission, dem Reichslanzler als Material zu überweisen.

Ein Freiseur petitioniert um völlige Schließung der Freisurläden an Sonntagen. Zigarrenhändler bitten um gesetzliche Festlegung der Ausnahmetage, an denen Ladengeschäfte länger geöffnet sein dürfen, sowie um das Verbot des Schaustellens und Verlaufs von Zigaretten in Schaustellungen, Barbierläden etc. während der Stunden, an denen die Zigarettengeschäfte geschlossen sein müssen. Wädrmeister endlich wünschen, daß ihnen gestattet werde, mit dem Verkauf von Badwaren schon vor 5 Uhr morgens zu beginnen. Alle diese Wünsche sollen dem Reichslanzler als Material überwiehen werden.

Partei-Nachrichten.

Byzantinische Geschmacklosigkeit.

Die sächsischen Behörden hatten eine Anzahl Arbeiter auf Staatskosten unter Führung des Regierungsrats Kunze aus Chemnitz nach Charlottenburg in die Anstalt für Arbeiterwohlfahrt geschickt. Diese Arbeiter, 59 an der Zahl, wurden vom sächsischen Bundesratsbediensteten, Geheimrat Fischer, in seine Wohnung zum Essen geladen und dort wurden sie zu einem Ergebnistelegramm an den sächsischen König mißbraucht. Die Angelegenheit, an sich ziemlich gleichgültig, obwohl sie von der bürgerlichen Presse als äußerst wichtig behandelt wird, verdient deshalb Erwähnung, weil sich unter diesen Arbeitern auch einige Parteigenossen befanden. Die „Sächsische Arbeiterzeitung“ erhält über den Vorgang von einem Teilnehmer folgende Mitteilung:

„Ueber das Zustandekommen dieser Ergebnistelegramme wird uns mitgeteilt: Die Arbeiter wurden lediglich in höflicher Weise zu einem Essen eingeladen und unsere Genossen schloßen sich verpflichtet, diese Höflichkeit durch höfliche Annahme zu erwidern, da sie als selbstverständlich ansehnen, da es sich um eine ganz neutrale Veranstaltung handeln werde, und daß die Rücksicht auf die Gäste — es war ja den Herren Regierungsvertretern bekannt, daß sich unter den Teilnehmern eine ganze Anzahl Sozialdemokraten befand — die Wahrung dieser Neutralität zur Anforderung machen werde. Daß Herr Fischer in einer Ansprache den verstorbenen und den jetzigen König feierte und unsere Genossen genötigt waren, sich beim obligaten Hoch zu erheben, mag noch eben hingehen, zumal die Genossen dergleichen bei der offiziellen Veranstaltung schon über sich hatten ergehen lassen müssen. Plötzlich aber erhob sich der Regierungsrat Kunze, der der Gesellschaft als Führer beigegeben war, und teilte mit, daß tags vorher am Wiertische unter einigen Teilnehmern angeregt worden sei, ein Dankschreiben an den König zu senden. Er habe also eins aufgesetzt, das er verlesen werde. Und nach der Verlesung sagte der Herr sodann: „Wer damit nicht einverstanden ist, der möge sich erheben“. Unsere Genossen sahen sich nun in eine sehr peinliche Situation versetzt. Sie waren empört über diesen Mißbrauch der Zusammenkunft, über diese einer Ueberumpelung wie ein Ei dem anderen gleichende Art und Weise des Vorgehens, über die grobe Taktlosigkeit, einen erheblichen Teil der

geladenen Gäste vor die Alternative zu stellen, entweder ihre Namen mißbrauchen zu lassen, oder einen Mann, der sie höflich eingeladen hatte, zu verletzen und eine peinliche Szene zu veranstalten.

Eine schnelle Verständigung war nicht möglich, da die Sozialdemokraten nicht zusammenstehen, sondern unter der ganzen Gesellschaft verteilt waren und zudem das Essen in zwei Zimmern stattfand. In dem peinlichen Konflikt der Pflichten zwischen politischer Ueberzeugung und der Rücksicht auf den Gastgeber, in den sie ganz unvorbereitet versetzt worden, haben sich die Genossen passiv verhalten und so konnte Herr Kunze das Telegamm im Namen der 58 Arbeiter absenden. Daß er nicht 59 schreiben durfte, ist einem Genossen zu danken, der sich in seiner Wähe befand und der sich unter ausdrücklichem Protest erhob, zum großen Entsetzen der Herren Fischer und Kunze sowie des Grafen Hohenthal. Die Genossen, die das nicht über sich gebracht haben, denken natürlich nicht daran, ihre politische Ueberzeugung zu ändern und werden aus dem ärgerlichen Vorkommnis die Lehre ziehen, ähnlichen Einladungen künftig nicht mehr zu folgen.

Diese Lehre mag jeder Parteigenosse beherzigen. Gewünscht hätten wir allerdings, daß die Parteigenossen die Pflicht der Höflichkeit nicht über die Ueberzeugung gestellt hätten; das konnten sie um so eher, als ja der Urheber des Zwischenfalles selbst nur Gast war. Hatte er aber diese Geschmacklosigkeit mit Wissen des Gastgebers begangen, dann wären die sozialdemokratischen Gäste auch gedeckt. Die Unhöflichkeit fiel ganz auf den Gastgeber zurück.

Im übrigen ist es ja nicht neu, daß gewisse Leute keinen Schanfer mehr tun können, ohne den Monarchen ihrer Ergebenheit zu versichern. Wenn sie es unter sich tun und glauben, daß das zur Stärkung ihres monarchischen Bewußtseins notwendig ist, so kann man über sie und ihr armes stützungsbedürftiges monarchisches Bewußtsein lächeln; versuchen sie es, andere Leute unter der Spekulation auf deren Höflichkeit mit vor ihren monarchischen Wagen zu spannen, so müssen sie sich gefallen lassen, daß man ihnen auf die Hüften tritt. Dabei man auch dafür noch ein Lächeln übrig haben kann, daß die Leute auf eine so zustande gekommene Ergebenheitsklärung irgend welchen Wert legen.

Der sächsische Provinzial-Partei-tag, der am Sonntag in Dignitz tagte, nahm einen Antrag auf Verringerung der Provinzialorganisation an. Danach wird Schlesien in die vier Agitationsbezirke Breslau, Langenbielau, Görlitz und Rattowitz eingeteilt. Die Angelegenheiten der Provinz werden durch eine Provinzialkommission erledigt, die sich aus Vertretern der Bezirkskommissionen zusammensetzt.

Es wurde weiter beschlossen, den Parteivorstand um Anstellung von zwei Parteisekretären für Schlesien zu ersuchen, einen für Niederschlesien und einen für Mittelschlesien. Sollte nur einer bewilligt werden, dann soll Niederschlesien bevorzugt werden. Genosse Mollenbuhr hatte als Vertreter des Parteivorstandes vorher ausgesprochen, daß an den Vorstand jetzt sehr viel Gedanke um Anstellung von Parteisekretären kämen. Der Parteivorstand müsse jedoch sehr vorsichtig vorgehen, da nicht immer so gute Abschlüsse zu erwarten seien wie der letzte war. Er werde daher für Schlesien wohl nur einen Sekretär bewilligen können.

Es wurde noch mitgeteilt, daß die „Dresdener Volkswacht“ jetzt 13 300 Abonnenten habe.

Gewerkschaftliches.

Scharfmacher und Tarifverträge.

Gegen die „Arbeitgeber-Zeitung“, die behauptet, Tarifverträge seien für die Unternehmerr schädlich und für die Selbstmetall-Industrie vollends unmöglich, polemisiert gegenwärtig ein Unternehmer-Organ, das „Zentralblatt für das deutsche Baugewerbe“. Dieses Organ kritisiert in seiner Nummer vom 7. Dezember den Standpunkt der Arbeitgeber-Zeitung“, die in einem Artikel behauptete, daß Tarifverträge, wie sie von den streikenden Bürkern und Drückern gefordert werden, „ohne jedweden dauernden Vorteil“ eine große Menge nachteiliger Wirkungen zeitigen. An der Hand eines reichen Materials weist das „Zentralblatt“ die völlige Unrichtigkeit der Behauptungen der „Arbeitgeber-Ztg.“ nach und zitiert eine Reihe Arbeitgeber-Verbände, die sich über den Wert von Tarifverträgen durchaus günstig äußern, so aus Berlin, Breslau, Kassel, Köln, Kottbus, Hannover, Königsberg, Landsberg a. W., Leipzig, Wissa, Magdeburg, Posen, Regensburg, Stade, Stettin, Waden-Baden, Darmstadt, Altenburg, Greiz, Ratib u. s. w. Wörtlich heißt es dann weiter:

„Damit ist eigentlich der Artikel der „Arbeitgeber-Zeitung“ schon genügend abgetan; wir wollen aber noch einige der schreiendsten Behauptungen durch Hinweise auf die Praxis kurz widerlegen.

An einer Stelle wird sehr schön eingewandt, daß den Kollektivverträgen das „Stigma der Gleichmacherei“ anhaftet. Wo ist dieses Verstandmal in unserer modernen Arbeiterbewegung und den damit in Verbindung stehenden Verhältnissen aber nicht zu finden? Hastet es etwa den Generalausperrungen, die oft den Tarifgemeinschaften als besseres Streikabwehrmittel an die Seite gestellt sind, nicht ebenso an? Wenn ja, soll dann etwa ein vorurteilsfreier Arbeitgeber nicht den Friedensschluß der Unterdrückung unter Umständen vorziehen? Diese Umstände brauchen keineswegs in schwerer Not zu bestehen, wie die „Arbeitgeber-Zeitung“ meint.

Gerade die Tatsache, daß die früher von schweren gewerblichen Kämpfen mit am meisten heimgefügten Buchdrucker- und Baugewerbe die in höchster Not abgeschlossenen Tarifverträge später freiwillig und wiederholt ohne vorausgegangenen Streik erneuert und verlängert haben, beweisen das Gegenteil. Gäbe es daher auch ein anderes Mittel, die Streiks zu bekämpfen, so würde damit noch lange nicht den Tarifgemeinschaften das Lebenslicht ausgeblasen sein, da die meisten Verträge keineswegs gezwungen abgeschlossen werden, sondern in der wohlverstandenen Erkenntnis ihres nicht nur volkswirtschaftlichen, sondern auch sozialpolitischen Nutzens für die manchmal wirtschaftlich wirklich schwächeren Arbeitgeber.

Der vorbildliche, nationale Buchdrucker-Tarif mit seinen 8264 Arbeitsbedingungen (? Red. d. V.), den verschiedenen Zuschlägen usw. beweist ferner, daß trotz aller Verschiedenheit der Produktionsverhältnisse, die im Buchdrucker-Gewerbe reichlich, so wie z. B. in der Selbstmetall-Industrie, vorhanden sind, bei einigermaßen gutem Willen sich einheitliche Grundlagen für eine Tarifgemeinschaft finden lassen.

Jetzt hören es die Scharfmacher in der Berliner Selbstmetall-Industrie sogar aus dem Munde ihrer eigenen Unternehmerfreunde mit ungeschminkter Deutlichkeit, daß ihr Widerstand gegen den von den Streikenden geforderten Tarifvertrag einem ebenso unflugen wie veralteten Herrenstandpunkt entsprang. Bei nur „einigermaßen gutem Willen“ der Unternehmer läßt sich mit Leichtigkeit ein Tarifvertrag schaffen. Die von den Scharfmachern jetzt so empfohlene und mehrfach zur Durchführung gebrachte Ausperrungstaktik mit all ihren schweren Nachteilen für die Industrie wäre überflüssig, wenn sie in der Tat nur der Abneigung

gegen die geforderten Tarifverträge entspringen sollte. Wir sind aber der Ueberzeugung, daß die Furcht der „Arbeitgeber-Zeitung“ und ihrer Hintermänner vor den Tarifverträgen nicht größer ist, als die des „Zentralblattes für das Baugewerbe“: man harrt eine Abneigung gegen die Tarifverträge, um eine Parole im Kampf gegen die sie fordernden Gewerkschaften zu haben!

### Berlin und Umgegend.

#### Die Aussperrung in der Gelbmetall-Industrie.

Schon vor Wochen erklärten die Fabrikanten, es sei ihnen an der Beendigung des Streiks nichts mehr gelegen, da ihnen durch das hartnäckige Weiterstreiken der Arbeiter die Weihnachtssaison nun doch einmal verdohten sei. Wie wenig Wert derartigen Erklärungen beizumessen ist, beweist am besten die Tatsache, daß sich die Fabrikanten unter Anwendung enormer Geldkosten unausgesetzt nach Arbeitswilligen bemühen und nach wie vor versuchen, Streikarbeit in anderen Orten anfertigen zu lassen. So sind der Streikleitung erst wieder in den letzten Tagen Nachrichten aus Magdeburg, Halle, Braunschweig usw. zugegangen, wonach den dortigen Arbeitern Berliner Streikarbeit angeboten wurde, deren Anfertigung sie indessen abgelehnt haben. Einige Firmen, unter andern die Firma Grimm in der Ritterstraße, haben ihre Fabrikräume zu regelrechten Streikfabriken umgewandelt, ob mit oder ohne Konzession, konnte natürlich nicht festgestellt werden. Unter solchen Umständen werden die Annoncen, wonach Arbeitswillige zu Wochenlöhnen von 40 Mark und darüber bei unentgeltlicher Schlafgelegenheit gesucht werden, immer verständlicher. Sie zeigen aber auch die ganze Verlegenheit der Arbeitgeber.

Wie in der gestrigen Streikversammlung konstatiert wurde, gelangt es den Streikposten in den weitaus meisten Fällen, die hergelassenen Arbeitswilligen, selbst wenn sie schon tags- und wochenlang in irgend einem bestreikten Betriebe gearbeitet haben, zum Verlassen der Arbeit zu überreden. So vollzieht sich denn ein ständiger Wechsel der paar Arbeitswilligen, wodurch die schon auf das bescheidenste Maß reduzierte Produktionstätigkeit in den einzelnen Fabriken gewiß nicht erhöht wird. In Anbetracht dessen, daß längst in der Generalversammlung die Verdoppelung der Beiträge beschlossen wurde, sieht sich die Streikleitung nunmehr in der Lage, nicht nur den unorganisierten Ausgesperrten, sondern auch den aus den Betrieben herausgeholtten Arbeitswilligen eine größere materielle Unterstützung wie bisher zukommen zu lassen, was jedenfalls in noch erhöhtem Maße dazu beitragen dürfte, die Arbeitssuchen von der Verdrängung von Arbeitswilligen abzuhalten.

In der Versammlung wurde auch wieder ein origineller Vorfall erwähnt, der ein recht bezeichnendes Schlaglicht auf unsere Polizeizustände wirft. Am 6. Dezember lieferte die Firma Trompa in der Feilnerstraße Streikarbeit für die Firma Schäffer u. Hauschner in der Friedrichstraße. Zwei Wagen waren vollgepackt, ein vierrädriger und ein zweirädriger. Diese Wagen wurden nun von vier Schulgeulanten eskortiert, weil Herr Trompa bei der Polizei um „Schutz“ ersucht hatte unter dem Vorwande, daß die Streikenden ihm die abzurückende Arbeit in öglicher Weise gewaltsam vernichten könnten. (1) Der sonderbare Zug bewegte sich dann durch die Feilner-, Linden-, Junter-, Margrafen-, Bessel- und Friedrichstraße und retour, überall das größte Aufsehen erregend. Während die Polizei Sorge trug, daß die Streikarbeit unbehindert abgeliefert wurde, war natürlich auch ohne den „Beamtenhahn“ in aller Gemütslichkeit hätte geschehen können, — bedenklich die Streikposten die Schleifer bei Trompa, mit ihnen jetzt gemeinsame Sache zu machen, was diese bereitwillig taten. — Im Anschluß an dieses Vorkommis meinte der Referent Cohen, es würde in Berlin wohl noch schließlich soweit kommen, daß die Schulgeulanten selbst in die Fabriken geschickt würden, um dort als Arbeitswillige tätig zu sein.

#### Zur Aussperrung in der Holzindustrie.

Der Verband der Möbelpolierer hielt am Mittwoch eine außerordentliche Generalversammlung ab. Ueber die Verteilung der Polierer an der Aussperrung und dem Streik der Tischler wurde mitgeteilt, daß seit der letzten Versammlung am 17. November 89 Polierer aus 25 Betrieben ausgesperrt beziehungsweise in den Streik getreten sind. Insgesamt waren bis jetzt 380 Polierer an der Aussperrung und am Streik beteiligt. Davon sind 53 in Arbeit getreten, so daß noch 327 Aussperrte und Streikende zu unterstützen sind. Außerdem sind 121 Arbeitslose vorhanden. — Die Versammlung stimmte einem Antrage des Vorstandes zu, wonach die Unterstützung der Arbeitslosen mit Rücksicht auf die gegenwärtige Situation verbessert wird. Während bisher nach einer Mitgliedschaft von 52 Wochen Arbeitslosenunterstützung gezahlt wurde, tritt die Bezugsberechtigung jetzt schon nach 26 Wochen ein und zwar mit 0,75 Mark pro Tag. Der 52. Wochen Mitglied ist, rückt in die höhere Klasse der Unterstützungskasse ein. Außer den statutenmäßigen Unterstützungen erhält jeder Arbeitslose eine Extraauszahlung von 3 Mark pro Woche. Dieser Beschluß tritt sofort in Kraft. — Da der Verband der Möbelpolierer nach seinem Austritt aus dem Gewerkschaftsverband sich der Gewerkschaftskommission angeschlossen hat, so wählte die Versammlung Barenthin und Weder als Delegierte zu derselben.

Die Zahlstelle Charlottenburg des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes beschloß in einer sehr gut besuchten außerordentlichen Mitgliederversammlung, den wöchentlichen Beitrag zur Stärkung der Kasse schon jetzt auf eine Mark zu erhöhen. Die Abstimmung erfolgte, um jeden Kollegen ohne jede Beeinträchtigung seine Meinung zum Ausdruck bringen zu lassen, per Stimmzettel. Einstimmig wurde sodann der Antrag angenommen, diesen erhöhten Beitrag von der zweiten Woche im Dezember ab zu zahlen. Gegen zwei Stimmen gelangte außerdem ein Antrag des Vorstandes, die ledigen Kollegen haben, sobald sie ausgesperrt werden, den Ort zu verlassen, zur Annahme, nachdem dieselben einmütig erklärt hatten, dies freiwillig zu tun. Ein Antrag Groß, den arbeitslosen Kollegen Weihnächten eine Extra-Unterstützung zukommen zu lassen, wurde dem Vorstande zur Berücksichtigung überwiesen.

Ueber die Einführung eines Tarifs für Jalousie-Arbeiter verhandelte eine Branchenversammlung, welche am 7. Dezember im Gewerkschaftshause tagte. Den Verhandlungen lag der vor etwa anderthalb Jahren ausgearbeitete Tarifentwurf zu Grunde, welcher bisher nicht durchgeführt worden ist. Alle Redner erachteten es für notwendig, daß zu geeigneter Zeit die Einführung eines Tarifs erstrebt werde, und sprachen sich auch ziemlich übereinstimmend dahin aus, daß jener Tarifentwurf im großen und ganzen als Forderung beibehalten werde. Die Versammlung beschloß einstimmig, daß ein Tarif einzuführen sei. Dann wurden die einzelnen Positionen erörtert und über jede für sich abgestimmt. Das Resultat war die Annahme des vorhandenen Tarifentwurfes mit einigen Abänderungen. So wurde die Forderung des Minimallohnes für Anschläger von 80 Mark auf 36 Mark erhöht. Die anderen Änderungen bestanden in der Hauptfache in einer genaueren Spezialisierung. Für Werkstattdarbeiter (Tischler) wird ein Mindestlohn von 80 Mark (bisher 27 Mark) eingeführt. Aufschläge erfolgten auch bei den einzelnen Affordpositionen für Maler. Der Mindestlohn für diese soll 30 Mark bleiben, wie ihn der Tarifentwurf schon vorschlug. Für Reparaturmacher sollen 88 Mark, für Maschinenarbeiter 80 Mark Minimallohn gefordert werden. Die Arbeitszeit soll wöchentlich 52 Stunden betragen. Wo höhere Löhne oder Affordpreise gezahlt werden und wo eine kürzere Arbeitszeit herrscht als die tarifmäßige, dürfen Verringerungen zu Ungunsten der Arbeiter nicht vorgenommen werden. Ueberstunden werden verworfen. Der Tarif soll vorläufig auf ein Jahr abgeschlossen werden und nach einem einstimmig gefaßten Beschlusse am 1. März in Kraft treten.

### Tarifdifferenzen im Buchbindergewerbe.

Die Berliner Buchbinderzunft haben den Versuch gemacht, eine neue Formberechnung zur Festsetzung von Affordpreisen einzuführen, die ihnen großen Vorteil — allerdings wohl nur vorübergehend, da infolge der gegenseitigen Konkurrenz die Preise, die sie erhalten, jedenfalls den Lohnherabsetzungen gemäß sinken würden — bringen würde, den Arbeitern aber und namentlich auch den Arbeiterinnen nicht minder großen Schaden. Es soll nämlich plötzlich bei Berechnung der Vorarbeiten nicht mehr die Größe des gefalzten Bogens sondern die Deckelgröße des gebundenen Buches, bei Prospekturen eine fixierte Deckelgröße, maßgebend sein. Diese sonderbare Berechnungsart, die sich nicht nach der Größe der wirklichen Arbeitsleistung der Falzerinnen und Vorarbeiter richtet, sondern nach dem, was nach dem Beschneiden davon übrig bleibt oder bleiben würde, besieht allerdings in Stuttgart und Leipzig, wäre für Berlin jedoch eine Neuerung, die für die Falzerinnen allein einen jährlichen Lohnausfall von circa 56 000 Mark, für alle in Betracht kommenden Arbeiterinnen und Arbeiter aber Hunderttausende ausmachen würde. Eine Klage, die über diese Sache beim Tarifamt für das Buchbindergewerbe eingereicht wurde, ist von dem Stellvertreter des derzeit in America weilenden Vorsitzenden mit dem Hinweis auf die in Stuttgart und Leipzig übliche Berechnungsart zurückgewiesen worden. — Am Mittwoch besaßte sich nun eine Mitgliederversammlung der Berliner Zahlstelle des Buchbinderverbandes mit dieser Tariffrage. Der Verbandsvorsitzende Emil Klotz, der das Referat hielt und auch die allgemeinen Mängel des Tarifamtes kritisierte, forderte die Mitglieder auf, sich auf keinen Fall mit den Lohnherabsetzungen, die als ein Tarifbruch bezeichnet werden müßten, einverstanden zu erklären. Der Verbandsvorstand werde alles aufbieten, um die Berliner in einem Kampf für Aufrechterhaltung ihres Tarifes zu unterstützen. — Ebenso entschieden sprachen sich die folgenden Redner gegen das Vorgehen der Prinzipale aus. Die Versammlung nahm einstimmig folgende Resolution an:

„Die heutige Mitgliederversammlung erklärt in bezug auf den Berliner Sondertarif, daß bei allen darin ausgeführten Affordarbeiten nicht die Deckelgröße, sondern die Bogengröße als Grundlage der Preisberechnung zu gelten hat. Daß diese Auffassung die richtige ist, ist allein schon dadurch bewiesen, daß seit vier Jahren in allen maßgebenden hiesigen Buchbinderereien die Affordberechnung nach diesem Grundsatz erfolgt ist. Die Versammlung hat die Auffassung, daß das Tarifamt kompetent ist zu entscheiden in Streitfällen, die sich aus dem hiesigen Sondertarif entwickeln. Das Tarifamt darf sich jedoch dabei nicht nach der für den allgemeinen Tarif in Leipzig und Stuttgart üblichen Auslegung leiten lassen, sondern muß nach Geist und Uebung des Berliner Sondertarifes entscheiden. Einen Versuch der Prinzipale, in der Berechnung der Affordarbeiten von den bisherigen Gepflogenheiten abzuweichen, sieht die Versammlung als Tarifbruch an, der seitens des Verbandes mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln abgewehrt werden muß.“

Die Versammlung beriet sodann über ein Reglement zu dem Extrafonds der Zahlstelle. Der hierzu von Wytomski und dem Vorstand vorgelegte Entwurf, wonach den Mitgliedern für die Erhöhung des Lokalbeitrages von 2½ auf 5 Pf. pro Woche ein Zuschlag zur Arbeitslosen-Unterstützung von 25 Pf. pro Tag gewährt werden soll, wurde gegen eine Stimme angenommen. — Zu dem am 8. Januar in Rudowwalde stattfindenden Gantag wurden Dr. u. S., Brückner und Hante als Delegierte gewählt. Schließlich beschloß die Versammlung noch mit einem Antrag, den seit dem Lutzpapierverein-Streit arbeitslosen und gemahregelsten Prärgern die höhere Streikunterstützung mindestens noch bis Weihnächten zu zahlen. Der Antrag wurde dem Vorstand überwiesen. — Die Versammlung beschloß außerdem, den Arbeitslosen, die zu Weihnächten seit mindestens acht Tagen arbeitslos sind und mindestens dreizehn Wochen dem Verband angehören, 5 Mark Weihnächtsgratifikation zu gewähren.

**Achtung, Lagerhalter!** Bezugnehmend auf die Annonce vom 7. d. M., daß „Rabatt-Spar-Verein S. B. D.“ Lagerhalter sucht, machen wir darauf aufmerksam, daß unsere Kollegen wegen Differenzen betreffs ihrer Verträge und plötzlicher Kündigung eines Kollegen sich genötigt sahen, ihre Stellen zu kündigen. Wir bitten daher im Interesse unserer Sache, von diesem Angebot keinen Gebrauch zu machen. Die Ortsverwaltung Berlin des Verbandes der Lagerhalter Deutschlands.

### Deutsches Reich.

**Achtung, Metallarbeiter!** In Brandenburg a. O. ist es in einer Fahrradfabrik zu einer Aussperrung gekommen und erlauben wir deshalb, den Zugang von dort fernzuhalten. — Desgleichen erlauben wir, den Zugang von Stettin fernzuhalten wegen Streik in der Stöwerischen Fabrik. Deutscher Metallarbeiter-Verband. Ortsverwaltung Berlin.

**Die über die Genossen Hecht, Schiller und Rothe in Crimmitschau verhängte Briefsperrung** besteht nach unserem Juidauer Parteiblatte immer noch fort. — Was in aller Welt bezweckt die Staatsanwaltschaft damit. Wenn ihr das genügende Material für ihre Anlage fehlt, mag sie die Angekludigten laufen lassen!

Sendungen für den Legalarbeiter-Verband wolle man nicht an die Adresse eines der obengenannten Genossen senden, damit sie nicht überflüssigerweise erst das Bureau der Staatsanwaltschaft passieren müssen.

### Ausland.

**Streik finnischer Arbeiter wegen eines deutschen Werkmeisters.** Wie Stockholm „Sozialdemokraten“ aus Finnland geschrieben wird, befinden sich die 800 Arbeiter und Arbeiterinnen der Papierfabrik zu Voila bei Riborg seit Anfang November im Streik. Sie haben keinerlei Lohnforderungen gestellt, sondern verlangen nur, daß ein aus Deutschland stammender Werkführer Ramens Smih wegen sittlicher Verfehlungen gegen vier Arbeiterinnen entlassen werde. Aus gleichem Grunde streikten 20 Arbeiterinnen bereits seit dem 20. Juni. Wiederholt haben die Arbeiter Versuche zur Beilegung des Konflikts gemacht, es war aber alles vergebens. Die Polizei unterstützt den Unternehmer. Gleich nach Erklärung des allgemeinen Streiks wurden zwei Arbeiter verhaftet. Es wird den Streikenden unmöglich gemacht, sich zu versammeln, sogar der Wald ist für sie gesperrt. Keulich ist es ihnen jedoch geglückt, im benachbarten Regierungsbetriebe eine Versammlung abzuhalten. Die Kasse ihres Fachvereins mit einem Bestand von 3000 finnischen Mark ist von der Behörde in Beschlag genommen worden. Obgleich über die Berechtigung dieses Streiks kein Zweifel obwalten kann und die Streikenden sich musterhaft benehmen, sucht die bürgerliche Presse in Finnland die Ansicht zu verbreiten, daß unter den Arbeitern in Voila „Anarchie“ herrsche, behauptet gleichsam die russischen Gen darmen, die sie sonst verurteilt, auf die Streikenden. Nur sehr wenige Leute aus dem Bürgertum vertreten eine andere Meinung. Von finnischen Studenten war am 22. November eine Protestversammlung gegen das Verhalten des Unternehmertums bei dem Streik in Voila einberufen worden, zu der 1100 Personen erschienen. Angehörige der besonders eingeladenen Bürgerklasse waren allerdings nur sehr wenige anwesend. Der Professor Jaose Mitala sprach darüber sein Bedauern aus und beklagte auch, daß die Oberklasse die Klust zwischen sich und den Arbeitern erweitere. Wollten die Finnen als eine einzige Nation bestehen, was doch unter den gegenwärtigen Verhältnissen notwendig sei, so müßten die bestehenden Klassen sich mehr für das Streben der Arbeiter interessieren. Wenn je ein Streik berechtigt wäre, so sei es der in Voila, wo die Arbeiter forderten, daß die Ehre der Frauen nicht beschmüht werde.

### Soziales.

#### Ein Beamten-Haushalt.

Ein Beamter, der zu der Klasse der besser besoldeten Unterbeamten gehört, stellt uns sein Haushaltsbuch zur Verfügung mit der Bitte, einmal öffentlich darzulegen, wie auch eine Familie

mit einem Einkommen, das diesen als reichlich erscheint, schwer mit der Not des Lebens zu kämpfen hat und zu einer äußerst notwendigen Lebenshaltung genötigt ist, sobald die Familie etwas größer ist. Wir kommen dem Wunsche gern nach und greifen aus den Aufstellungen, die sorgsam gemacht sind und auf eine äußerst solide Lebensführung schließen lassen, das Jahr 1903 als letztes vollständig abgeschlossenes heraus. Der Mann hat ein Jahresgehalt von 3000 Mark. Die Familie besteht aus Mann, Frau und sechs Kindern im Alter von zwei bis zwölf Jahren. Vier Kinder besuchen die Schule, zwei davon eine höhere Schule. Die Familie hat eine Wohnung von drei Zimmern (im Vorort), was für acht Köpfe sicher keinen besonderen Komfort bedeutet. Vorausgeschickt sei noch, daß natürlich kein Dienstmädchen gehalten wird. Die Frau besorgt den Haushalt ganz allein und näht auch alle Wäsche sowie ihre eigene und die Kinderkleidung vollständig selbst. Es entstanden nun neben der Ernährung folgende Jahresausgaben (die Prozentangaben haben wir überall abgerundet):

Wohnungsmiete	650 Mark	Hebertrag	1399 Mark
Fahrtgeld	75 „	Wäschereimung u. sonst.	
Steuern	99 „	kleine Wirtschaftsausgaben	95 „
Versicherungsklassen	78 „	Schuhmacher	120 „
Vereinsbeiträge	7 „	Kleidung für den Mann	50 „
Schulgeld	290 „	„ die Frau	38 „
Schulbücher und Hefen	90 „	„ Kinder	90 „
Kochgas	65 „	Taschengeld f. d. Mann	120 „
Beleuchtung	30 „	Arzt	6 „
Heizung	60 „		
Wäsche-Ertrag	30 „		
	1899 Mark		1899 Mark

Es verbleiben demnach 1155 Mark zur Ernährung. Es bleibt der Kunst der Hausfrau überlassen, damit acht Personen zu ernähren. Auf den Tag entfallen rund 3,25 Mark. Das Haushaltsbuch gibt auch darüber Auskunft, wie die Frau ihre Ausgabe gelöst hat. Wir wollen uns in diese Einzelheiten nicht einlassen. Jede Hausfrau wird sich das ungefähr vorstellen können. Brot und Kartoffeln und trockene Gemüse spielen die Hauptrolle. Uebrig geblieben ist von dem Gehalt nichts. Ausgaben für Wäcker, für Erholung und Vergnügen existieren in dem Budget nicht. Was soll aber werden, sagt der Einseher mit Recht, wenn einmal ungewöhnliche Ausgaben nötig werden, etwa längere Krankheit eines Familienmitgliedes, gar ein Todesfall, Ertrag eines Möbelstückes; und was soll werden, wenn die heranwachsenden Kinder etwas lernen sollen, wenn ihre Kleidungsbedürfnisse steigen, bevor sie Geld verdienen?

Es ist richtig, es handelt sich um eine starke Familie; weshalb hat der Mann sechs Kinder. Was geht es den Arbeitgeber an, daß sich ein Mann mit sechs Kindern belastet. Dreitausend Mark im Jahre ist doch eine schöne Summe Geldes. Hätte sich der Unselige nicht die große Familie aufgeladen, dann könnte er doch ganz gut leben. So rühmt wohl die kapitalistische Moral, während die Wissenschaft dieses selben Kapitalismus die Fruchtbarkeit unseres Volkes rühmend hervorhebt als wichtigsten Faktor seiner hervorragenden Stellung unter den Naturvölkern. Wir wissen, daß die Arbeiter, auch wenn sie selbst vielfach in noch unglücklicheren Verhältnissen leben, sich diese Moral nicht zu eigen machen. Sie sehen auch in diesem besser bezahlten Proletariat der Massenangehörigen, der ein Anrecht auf ein menschenwürdigeres Dasein hat.

**Ein paritätischer Kreis-Arbeitsnachweis für den Kreis Offenbach-Dieburg** wird am 1. Januar in Offenbach a./M. ins Leben treten. Die Institution ist folgendermaßen gedacht: Eine paritätische Verwaltungskommission, bestehend aus je einem Gewerbegelehrten-Beisitzer der Arbeiternehmer der Stadt und des Landes, je einem der Arbeitgeber und dem Kreisrat als Vorsitzenden, wählt einen Verwaltungsbeamten. Vier Gewerkschaften (komplizierter Verufe (Vorfesweiller, Holzarbeiter, Metallarbeiter und Schuhmacher) wählen aus ihren Reihen je einen Arbeits-Bermittler, welche täglich zu einer bestimmten Stunde eingelaufene Stellen ihrer Branche vermitteln. Abends soll in den Räumen dieses Arbeitsnachweises an die bezugsberechtigten, reisenden Gewerkschaftsmitglieder die Reiseunterstützung, allwöchentlich an einem Nachmittage (Sonntags) an bezugsberechtigte arbeitslose Mitglieder Arbeitslosenunterstützung ausgezahlt werden. Mit der Arbeitsvermittlung soll eine Auskunftsstelle für Angelegenheiten, die im Zusammenhang mit dem Arbeitsverhältnis stehen, verbunden werden.

Die Zentralstelle ist zwecks Arbeitsvermittlung mit allen Bürgermeistereien des Kreises telegraphisch verbunden. Sämtliche entstehenden Kosten, auch die Bezahlung der von den Gewerkschaften bestimmten Hilfs-Arbeitsvermittlern, trägt die Kreisasse.

Der § 7 des Statuts für den Kreis-Arbeitsnachweis ist für die Gewerkschaften von großer Bedeutung, weil nach diesem Paragraphen bei ausbrechenden Differenzen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern das Einigungsamt angerufen werden muß. Der Wortlaut des § 7 lautet:

Der Kreis-Arbeitsnachweis stellt denjenigen Arbeitgebern und Arbeitnehmern gegenüber seine Tätigkeit ein, welche sich weigern, im Falle von Streiks oder Aussperrungen das zuständige Gewerbegericht als Einigungsamt anzurufen.

Wird das Gewerbegericht als Einigungsamt zwar angerufen, indessen eine Einigung nicht erzielt, so wird die Stellungnahme des Kreis-Arbeitsnachweises den streitenden Parteien gegenüber durch die Verwaltungskommission auf Grund der einschlägigen Akten und des im Streitfalle abgegebenen Schiedspruches des Gewerbegerichts bestimmt.

Desgleichen findet denjenigen Arbeitgebern, welche ihren Arbeitern gegenüber, und denjenigen Arbeitnehmern, welche ihren Arbeitgebern gegenüber notorisch ihre Pflicht verletzen, keinerlei Vermittlung seitens des Kreis-Arbeitsnachweises statt.

Hierbei ist unter notorischer Pflichtverletzung insbesondere zu verstehen:

- a) bei Arbeitgebern:
  1. Unterlassung der Lohnzahlung oder unberechtigte Kürzung des vereinbarten Lohnsages.
  2. Nichtabführung der von den Arbeitern erhobenen Beiträge der Kranken- und Invalidenversicherung an die hierfür zuständige Kasse;
- b) bei Arbeitnehmern:
  1. grundloser Nichtertritt in eine vermittelte Stelle.
  2. grundloses Verlassen einer vermittelten Stelle.Außerdem werden solche Personen zu der ferneren Bemittlung des Kreis-Arbeitsnachweises nicht mehr zugelassen, die im Wiederholungsfalle sich Verhöfe gegen die Geschäfts- und Hausordnung des Instituts haben zu schulden kommen lassen.

### Briefkasten der Redaktion.

#### Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7½ bis 9½ Uhr abends statt. Gebühren: 7 Mark.

**§ 100. 1.** Der 1500 Mark übersteigende Jahreslohn ist pflanzbar. Das 1500 Mark übersteigende Dienstentkommen der Offiziere, Beamten, Geistlichen, Verräte und der Redner an öffentlichen Anlässen ist nur zum dritten Teil pflanzbar. 2. Wer trotz gerichtlichen Pfändungsbeschlusses den gepfändeten Lohn zahlt, legt sich der Gefahr doppelter Zahlung aus. — **§ 1. Berlin 61.** 1. Jahre Locher braucht seinen neuen Vah zu haben so lange sie in Frankreich lebt. 2. Berlins Einwohnervah befragt nach der letzten Volkszählung am 1. Dezember 1900 1 888 848. Die nähere Gruppierung der Einwohnerzahl nach Geschlecht, Alter, Familienstand usw. können Sie aus dem alljährlich erscheinenden statistischen Jahrbuch für Berlin und aus dem Tabellenwert die Ergebnisse der letzten Volkszählung in Berlin erfahren. Beide Bücher sind in den öffentlichen Bibliotheken einzusehen. Das statistische Amt Berlins berechnet allwöchentlich Zu- und Abgang auf Grund der ihm gemeldeten Meldungen, und schätzt allwöchentlich nach einer Methode, die möglichst die Resultate der allgemeinen wöchentlichen Volkszählung zu erweisen läßt, die Einwohnerzahl. Danach befragt die Einwohnerzahl Berlins am 13. November 1 904 742. — **§ 1. M. 1. Rein.** — **§ 76.** Das vom Amtsgericht erlassene Urteil aus Zahlung des Gelobtes ist rechtskräftig geworden, weil es vom Landgericht bestätigt ist. Eine Aufhebung dieses Urteils ist nur im Wiedererwählungs-Berfahren möglich.

falls Gründe zur Wiederaufnahme des Verfahrens vorliegen. Ob Sie mit einer neuen Klage (Schadenersatz) Aussicht auf Erfolg haben oder ob dieser das frühere Urteil entgegen steht, ist ohne Kenntnis der Akten unmöglich zu beurteilen. Ihr Anwalt wird die Sache am besten beurteilen können. — **N. R. 13.** Im Arbeiterrecht S. 291—297 finden Sie die Darstellung der Rechtsverhältnisse von Betriebsleitern, Betriebsbeamten usw. die in einem gewerblichen Arbeitsverhältnis gültig sind. Ebendort S. 240—242 ist dargestellt, welche Rechte aus dem Recht zum Aufsuchen einer neuen Arbeitsstelle folgen. Gegen feste Bezüge (also nicht gegen Akkordlohn) angestellte Betriebsleiter haben in der Regel eine schwebendende Kündigungsfrist zum Quartalsersten. Ob Ihre Beschäftigung als die eines Betriebsleiters rechtlich

anzusehen ist, erhebt aus Ihrer Anfrage nicht, weil Sie nicht darlegen, welche Aufgaben Ihnen zufallen. Es scheint, daß Ihre Stellung die eines gewerblichen Arbeiters ist, da Sie von einem „Betriebsleiter usw.“ neben sich sprechen. Reagen Sie möglichst eingehend Ihre Beschäftigung, Ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen dar und wiederholen Sie Ihre Anfrage oder sprechen Sie in der juristischen Sprechstunde vor, die jedem Abonnenten offen steht. Es ist unmöglich, allgemeine Anfragen zu beantworten, ohne den Raum des gesamten „Bericht“ in Anspruch zu nehmen. — **Rotterdamer E. B.** Rotterdamer Statuten bedürfen keiner behördlichen Genehmigung. Welche Rechte den einzelnen Mitgliedern zustehen, ist ohne Einsicht in das Statut nicht zu entscheiden. — **E. B. 1896.** Rein.

— **182 Rathenow.** Sie sind unterhaltspflichtig. Ob Ihnen ein Anrecht auf Armenunterstützung zugunsten Ihres Kindes zusteht, hängt davon ab, ob Sie unterhaltungsbedürftig sind. Sind Sie es, so ist Ihnen Armenunterstützung zu zahlen. Gleichzeitig verlieren Sie für die Dauer des Bezuges Ihr Wahlrecht. Ist Ihnen dasselbe bislang gelassen, so beruht dies auf einem Versehen. Sind Sie Angestellter in einem Konsumverein, so wird eine etwaige Beschwerde Ihrerseits gegen die Ablehnung der Unterstützung schwerlich Erfolg haben. — **W. S.** Strafbaren Diebstahl zu vollziehen kennt das Gesetz nicht. Wohl aber sind die Helfer des Diebstahls strafbar. Dem Bestohlenen steht es frei, sein Eigentum zurückzunehmen oder auf Rückgabe zu klagen. — **C. S. Rein.**

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

Freitag, 9. Dezember.  
Anfang 7 Uhr:  
**Cyberhaus.** Die Nefterfinger von Nürnberg.  
**Neues.** Die Kronpräsidenten.  
Anfang 7 1/2 Uhr:  
**Neues k. u. k. Opern-Theater.** Ohnes und sein King.  
**Deutsches.** Helben.  
**Berliner.** Alt-Heidelberg.  
**Veitling.** Traumulus.  
**Wespen.** Die Negermaus.  
**Thalia.** Der Weiberkönig.  
**National.** Die Millionenbraut.  
Anfang 8 Uhr:  
**Welle Alliance.** Karte u. Co.  
**Schiller O.** (Wagner-Theater). Heimg'unden.  
**Schiller N.** (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater). Die Haubenlerehe.  
**Aleines.** Die stillen Stuben.  
**Zentral.** Die Negermaus.  
**Freiburg.** Eine Hochzeitsnacht.  
**Carl Welt.** Die Diamanten des Sultans.  
**Spektakelhaus.** Der Familientag.  
**Luken.** Julius Caesar.  
**Trionon.** Bakens Frauen.  
**Deutsch-Amerikanisches.** New-York.  
**Metropol.** Die Herren von Maxim.  
**Kaffee.** In Vertretung.  
**Apollo.** Berliner Luft.  
**Palast.** Spezialitäten.  
**Gerrards-Theater.** Prinz Levy in Ahlbeck.  
**Passage-Theater.** Die Gefangene.  
Spezialitäten. Anf. 5 Uhr.  
**Wintergarten.** Spezialitäten.  
**Reichshallen.** Stettiner Sänger.  
**Urania.** Taubenstraße 48/49.  
Um 8 Uhr abends: Frühlingstage an der Riviera.  
Im Hofsaal: Dr. v. Unruh: Die Edelmetalle.  
**Jubaldenstr. 57/62.** Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.  
Im Hofsaal: Tierleben in der Wildnis.

**National-Theater**  
Reinbergsweg 12a—13b.  
Freitag, den 9. Dezember 1904:  
**Gastspiel Fritz Werner.**  
**Die Millionenbraut.**  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Sonntags Gastspiel: **Fedora.**

**Zentral-Theater**  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Die Fledermaus.**  
Operette in 3 Akten v. Joh. Strauß.  
Sonntags nachmittags 4 Uhr:  
Kinder-Vorstellung.  
Halbe Preise, ein Kind 1/2 Billett.  
**Däumelinchen.**  
Abends: Die Puppe.  
Sonntag nachm.: Die Fledermaus.  
Abends: Die Geisha.

**Luisen-Theater.**  
Abends 8 Uhr.  
**Julius Cäsar.**  
Sonntags: Die Reise durch Berlin in 90 Stunden.  
Sonntag nachm.: Julius Cäsar.  
Abends: Die Reise durch Berlin in 90 Stunden.  
Montag: Tochter d. Hrn. Fabricius.  
**Deutsch-Amerikanisches Theater.**  
Köpenickerstr. 67/68. Stat. Jannowitz.  
Heute u. jed. folgenden Abend 8 Uhr:  
Gastspiel **Adolf Philipp**

**NEW-YORK**  
5 Bilder m. Gesang u. d. Nachtob. einer Weltstadt, Text und Musik von **ADOLF PHILIPP.**  
Sonntag nachmittags 3 Uhr!!  
**HALBE PREISE**  
**TEICH.**  
Was der „VORWÄRTS“ sagt: Kein großes Probenium lenkt das Auge von der Bühne ab, sondern langsam regt das fette Braugrün zum Betrachten an und verweilt behagen.

**Trianon-Theater.**  
Heute und folgende Tage:  
**Gastons Frauen.**  
Anfang 8 Uhr.

**Etablissement Bugenhagen**  
Moritzplatz.  
Täglich von 12—4 Uhr: Mittagsisch.  
In den unteren Sälen jeden Abend 8 Uhr:  
**Militär-Konzert.**  
Diensttag, Donnerstag, Sonnabend, Sonntag:  
**Fritz Steidl-Sänger.**  
Nach jeder Vorstellung im Kaiseraal **Tanz.**

**Urania, Taubenstr. 48/49.**  
Um 8 Uhr im Theater:  
Frühlingstage an der Riviera.  
Hofsaal Dr. v. Unruh:  
„Die Edelmetalle.“

**Sternwarte** Invalidenstr. 57/62.  
Hofsaal:  
**Tierleben in der Wildnis.**

**P. GASTAN'S PANOPTICUM.**  
Friedrichstr. 165.  
**Achmet Effendi**  
mit sein. sprechenden Puppen.  
**Abdul Chan,**  
der geheimnisvolle Zauberer aus Bagdad.  
Orientalische Märchenwelt.

**Apollo-Theater.**  
Täglich! Die sensationellen amerikan. Novitäten des phänomenalen Dezember-Programms.  
Vorher 8 Uhr:  
**Berliner Luft.**  
Musik von **Paul Lincke.**  
Sonntag, 11. Dezember, nachm. 3 Uhr: Ermäßigste Preise:  
Frühlingluft und Spezialitäten.

**Metropol-Theater**  
**Die Herren von Maxim.**  
Große Ausstattungssposse mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von **Julius Freund.**  
Musik von **Viktor Hollaender.**  
Inszeniert vom Direktor **Richard Schultz.**  
**Henry Bender. Josef Giampietro. Josef Josephi. Anton Grünfeld. Frid Frid. Fritz Massary.**  
Das Fest des Lichts. (Ballett.)  
Rauchen gestattet. Anf. 8 Uhr.

**Passage-Theater.**  
Anfang d. Abendvorst. 8 Uhr.  
Anf. nachm. Wochent. 5 Uhr.  
Sonntags 3 Uhr.  
**Ludolf Waldmann**  
Berlins populärster Lieder-Komponist.  
**Carla Lingen**  
in ihrer Szene  
„Die Gefangene.“  
Ein Drama im Kerkerhof.  
14 neue erstklassige Nummern.

**Kasino-Theater**  
Lothringersstraße 37 (Köpenicker Tor).  
Täglich 8 Uhr, Sonnt. 7 1/2—8 Konz.ort.  
**In Vertretung.**  
Militärchor in 3 Akten von Gordon.  
Sonntag nachm. 4 Uhr (H. Preise):  
**Wildes Blut.**

**Residenz-Theater.**  
Dir.: **Richard Alexander.**  
Heute Freitag abends 8 Uhr:  
**Eine Hochzeitsnacht.**  
Kinstl. Duofel: **Richard Alexander.**  
Sonntagsabend 3. erstmalig: **Herkulespellen.**  
Sonntag nachm. 3 Uhr: **Nora.**

**Carl Weiß-Theater.**  
Große Frankfurter Straße Nr. 132.  
Direktion **M. Ed. Fischer.**  
**Senta Wolfsburg.**  
Anfang 8 Uhr.  
Morgen: **Senta Wolfsburg.**  
Sonntags nachm. 4 Uhr: Kinder-Vorstellung. H. Preise: **Dornröschen.**  
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr: **Die Diamanten des Sultans.** Parfett 60 Pf.

**W. Noacks Theater.**  
Direktion: **Rob. Oll.** Brunnstr. 16.  
**Die Cameliendame.**  
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.  
Sonntags: **Extravortstellung.**  
**Der Wilddieb.**  
Weihnachts-Rohheit v. Fritz Bremer.

**Skala-Theater.**  
Platenstr. 132 (a. d. Friedrichstr.)  
**Sensationelles Programm!**  
Moderne Sensationellen.  
Hoffe mit Gesang in einem Akt, sowie  
**30 international. Spezialitäten.**  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Vor der Vorstellung: **Konzert.**

**Schiller-Theater.**  
**Schiller-Theater O.** (Wagner-Theater).  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Heimg'unden.**  
Weihnachtskomödie in 6 Bildern von **Ludwig Angengruher.**  
Sonntags abends 8 Uhr:  
**Heimg'unden.**  
Sonntag, nachm. 3 Uhr:  
**Die Kreuzelschreiber.**  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Krieg im Frieden.**

**Kleines Theater** Vereinigte Bühnen unter der Leitung von **Max Reinhardt.**  
Anfang 8 Uhr.  
**Die stillen Stuben.**  
Sonntags: **Der grüne Kakadu.**  
Vorher: **Abschiedsoper.**  
Sonntag: **Die stillen Stuben.**

**Zirkus Schumann.**  
Heute Freitag, den 9. d. M., abends 7 1/2 Uhr: Noch nie dagewesener Erfolg des neuen Programms. U. a.: Die größte Sensation der Gegenwart:  
**Der Sprung in den Mond**  
mit dem **Moto-Cycle**  
ausgeführt von der tollkühnen **Fräulein Mänstedts** reizende **Der unübertreffliche Agathe Gudkow** Dichtgängerin sowie die großartigen Dezember-Spezialitäten:  
**Der Kurier des Zaren.**  
Sonntag 2 Vorstellungen. Nachm. 3 1/2 Uhr ein Kind frei. In beiden Vorstellungen: **Der Sprung in den Mond. Mänstedts Kolibri u. Nachm. zum Schluß: Maroffo.** Hr. Anhaltungsphantome. Abends: **Der Kurier des Zaren.**

**Mlle. Helene Liliputaner.**  
Der unübertreffliche **Agathe Gudkow** Dichtgängerin sowie die großartigen Dezember-Spezialitäten:  
**Der Kurier des Zaren.**  
Sonntag 2 Vorstellungen. Nachm. 3 1/2 Uhr ein Kind frei. In beiden Vorstellungen: **Der Sprung in den Mond. Mänstedts Kolibri u. Nachm. zum Schluß: Maroffo.** Hr. Anhaltungsphantome. Abends: **Der Kurier des Zaren.**

**Bernhard Rose-Theater**  
Schindlerstr. 58.  
Die Gastspielvorstellungen finden in folgenden Etablissements statt:  
**Bernh. Rose-Theater. Stadt-Theater. Moabit. Fröhels Allertal-Theater. Neue Welt.**  
Anfang 8 Uhr.  
Entree 30 Pf. Rum-Platz 50 Pf.

**Palast-Theater**  
Burgstr. 22. früher Keen-Palast.  
Große Elite-Vorstellung.  
**Das Schloß am Meer.**  
Schauspiel in 4 Akten von **Walter Meppen: Das phänomenale Dezember-Spezialitäten-Program.**  
**Ludwig Grammer,** der bayerische Hercules, zählt 1000 M. demjenigen, der seine Leistungen nachmacht.  
**9 Gingeschneit.** 9 Uhr.  
Weihnachtsstück in 4 Akten.  
Ehren- u. Vorzugsk. haben Gültigkeit.  
Anfang 8 Uhr. Kassenöffnung 7 Uhr.  
Entree 50 Pf.

**Otto Pritzkwitz**  
**Abnormitäten - Ausstellung**  
Münzstraße 16.  
Täglich Vorstellung  
**lebender Kuriositäten!**  
**Medizinische Rätsel, anatomische Wunder. Riesen! Zwerge!**

**Sanssouci.**  
Kottbuser Tor — Stat. der Hochbahn.  
Sonntag, Montag, Donnerstag:  
**Hoffmanns Norddeutsche Sänger u. Tanzkränzchen.**  
Zum Schluß:  
**Landwehmanns Weihnachten.**

**WINTERGARTEN**  
Täglich  
**Wettrennen**  
zwischen dem amerikanischen Ruffahrer **Walthour** und **1. Berliner Rennfahrern, 2. dem amerikanischen Rennpferd „Dolly“**, geritten vom Jockey **Kremer.**  
Das Dezember-Programm enthält 15 hervorragende Nummern.

**Herabgesetzte Weihnachts-Preise Plüsch-Portieren,**  
gestickt, alle Farben, a Garnitur, bestehend aus 2 Shawis und einem Lambrequin **10 M.**  
Tuch-Portieren, gestickt, a Garnitur **25, 12 bis 6 M.**  
Wollene Portieren, gestickt a Garnitur **12.50, 9 bis 7 M.**  
Gewebe Portieren, a Stück **6, 4, 3, 2 bis 1 M.**  
Velvet-Portieren, mit Tuch appliziert, sehr preiswert.  
Vorjährige Muster und Restbestände jetzt fast für die Hälfte des Preises.  
**Teppich-Haus**  
**B. Hurwitz, Roles Schloß,**  
vis-à-vis dem National-Denkmal. 12672\*  
Telephon Amt I, 8311.

**Joselli Cigaretten**  
Erstklassige deutsche Fabrikate

**Prosit! Böhmisches Brauhaus. BERLIN.**  
  
**Empfehlen unser helles u. dunkles Tafelbier:**  
**Gambrinusbräu (Münchener)**  
**Nepomukbräu (Pilsener)**  
**Böhmisches Brauhaus NO.**  
Fass-Abteilung: **Landsberger Allee 11/13.** T. VII. 5088.  
Flaschen- „ **Frieden-Strasse 93.** T. VII. 1670.  
Unsere **Original-Abzug-Flaschenbiere** in fast allen **Kolonialwaren-Handlungen.** 6221\*

**Wo kaufen Sie Ihren Sonntagsanzug?**  
Und Ihre Arbeitsachen? Bei **Herrmann Schlesinger!**  
Wo kauft der Metzger? Bei **Herrmann Schlesinger!**  
Und der Straßenbahner? Bei **Herrmann Schlesinger!**  
Wo kauft der Raser? Bei **Herrmann Schlesinger!**  
Und der Maurer? Nur bei **Schlesinger!**  
Wo kauft der Kutscher? Auch bei **Schlesinger!**  
Und der Zimmerer? Erst recht bei **Schlesinger!**  
Freier und Konditor. Sogar bei **Schlesinger!**  
Wo wohnt denn **Schlesinger?** Kaufen auch bei **Schlesinger!**  
Weshalb kauft man bei **Schlesinger?** Turnstraße 85.  
Weil man bei ihm gut kauft.

Herrenfragen, rein Wein. 47. beste Qualität. D. M. 3 u. 3.50.  
Manfchetten, prima, 4 fach 1/2 D. M. 1.80 und 2.25.  
Servietten, größte Auswahl Stück von 30 Pf. an.  
Krawatten, Handschuhe, Hosenträger, Taschentücher, Strümpfe etc.  
Detailverkauf zu Engros-Preisen.  
**Ernst Marcuse**  
23. Münzstrasse 23.

**Lachsschinken**  
per Pfund 1,15 M.  
**Blasenschinken**  
per Pfund 95 Pf.  
empfehlen 12062\*

**Anton Fehlau,**  
47 Andrastraße 47.  
100. Landsbergerstraße 100.  
**Pianino** Schwedisch, zu perf. Pflückerstr. 121 d. 2341.  
**Berliner Ulk-Trio.**  
Felix Schauer **U** **S** **U**  
Sternenstraße 1.

# Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgiesser.

Den verehr. Mitgliedern bringen wir hiermit zur Kenntnis, daß die Vereinsversammlung vom 7. Dezember betreffs Beihilfe zur Weihnachts-Unterstützung für konditionslose Mitglieder den Beschluß gefaßt hat, am **Sonnabend, den 17. Dezember cr.**, eine **Extrasteuer von 20 Pfennigen** zu erheben. Die Steuer ist auf den Beitragslisten unter „Bemerkungen“ dicht hinter der Rubrik „Eintrittsgelder“ zu vermerken und am Schluß summarisch aufzurechnen.

Die Vereinsboten nehmen gleich den Beitragsgeldern die Extrasteuer in Empfang, und ersuchen wir die Herren Druckereifassierer, unseren Mitgliedern dies in geeigneter Form bekanntgeben zu wollen.

Für den Gauvorstand:  
**Albert Massini**, Vorsitzender.

26/17

**Wilhelm Ebener**  
Usedom-Str. 17.  
Magazin für Haus- und Küchengeräte.  
Glas und Porzellan. 1887L\*  
Größte Auswahl in  
Spielwaren, gekleidete Puppen u. Kindermöbel  
Lieferant des Rabatt-Sparvereins Norden.

**Apfel**  
Udemärkte sind wieder frisch eingetroffen und werden in Posten und Einzelverkauf abgegeben. Zentner schon von 6 M. an.  
**Fritz Wilke**, Brunnenstr. 188, Hof rechts.

**Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein.**  
Mitglied des Bundes „Solidarität“.  
Sonntag, den 11. Dezember, vormittags 11 Uhr nach Mühlentoch-Wollsdorf (Ab. Baerich). Start: Schietplatz. NB. Sonnabend 9 Uhr nach Nowawes. Start: Kampe, Bölowstraße 59. — Boranzenge: 3. Abteilung: Sonnabend 31. Dezbr.: Silberster-Fest. Heute abend: Radwärt-Dienung.

Heute Freitag:  
**Frische Blut- u. Leber-Wurst**  
in bekannter tadelloser Qualität.  
**Rich. Augustin**, Lindenstr. 60, Hof parterre. Fleisch- und Wurstgeschäft. Sitzungszimmer. Tel. Amt IV, 8729.

Ziehung 30. und 31. Dezbr. zu Baden-Baden.  
**Badische Lose & 1 M.**  
11 Lose 10 M. Porto und Liste 20 Pf. Pferdewagen, günstig verkauflich geg.  
**Baar-Geld.**  
4565 Gewinne Gesamtwert Mark  
**100 000**  
10 000  
5 000  
4 000  
2 & 3000 = 6000  
5 & 2000 = 10 000  
5 Gewinne zus. = 5 000  
50 Gew. zus. = 30 000  
1500 & 10 = 15 000  
3000 & 5 = 15 000  
Badische Lose versendet: General-Debit  
**Lud. Müller & Co.**  
Berlin, Breitestr. 5. Tel.-Adr.: Glockenstraße

Charlottenburg.  
**F. Kunstmann**  
nur Wallstr. 1  
Uhren und Goldwaren.  
Grosses Lager  
Billige Preise. 9812\*  
Reparatur schnell und billig.

1898L\*  
**Sofastoffe**  
Riesenauswahl aller Qualitäten.  
Wolle, Reste! Macquettas, Plüsch, Sattelfaschen.  
Muster b. näher. Angabe franko.  
**Emil Lefèvre**, Berlin, 158  
Oranienstr.

# Moabit! VI. Kreis. Moabit!

Freitag, den 9. Dezember, abends 8 Uhr:  
**Volks-Versammlung**  
im Moabiter Gesellschaftshaus, Wicléstr. 24, Emdenerstr. 34/35.  
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten G. Ledebour über: Die Krisis des zarischen Absolutismus und das Erwachen des russischen Volkes. 2. Diskussion. 220/9  
Zu zahlreichem Besuch ladet ein  
Der Vertrauensmann.

## Rabatt-Spar- und Konsumverein „Süd-Ost“.

Freitag, 9. Dezember, abends 8 Uhr, im Lokal „Neue Welt“, Hasenheide 108/114:  
**Mitglieder-Versammlung.**  
Tages-Ordnung: Der Stand unseres Vereins.  
128/15\*  
Zu Beachtung! Nur die ausgegebenen Auszahlungsbillets berechtigen zum Eintritt zu dieser Versammlung.  
Der Vorstand.

## VI. Wahlkreis.

**Achtung! Schönhauser Vorstadt. Achtung!**  
Sonntag, den 11. Dezember, abends 5 Uhr, im Jägerhaus, Schönhauser Allee 103:  
**Volks-Versammlung für Männer und Frauen.**  
Tages-Ordnung: 220/101  
1. Vortrag des Genossen W. G. Darge über: „Bibel und Vabel“. — 2. Diskussion.  
Nach der Versammlung: **Gemütliches Beisammensein.** Zu zahlreichem Besuch ladet ein  
Der Vertrauensmann.

**Statt besonderer Meldung.**  
Allen Freunden und Kollegen die traurige Nachricht, daß mein innigstgeliebter Mann  
**Adolf Kiepert**  
nach längerem, schweren Leiden am 7. d. Mts., vormittags 10 1/2 Uhr, durch den Tod nach achtmonatlicher glücklicher Ehe entrissen wurde.  
Um stillen Beileid bitte  
Die trauernde Witwe  
**Franziska Kiepert**, geb. Schmidt.  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 11. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Himmelfahrts-Kirchhofes in Nieder-Schönhausen aus statt. 565b

Nach langen, schweren Leiden entschlief am Donnerstag, den 8. Dezember, früh 4 1/2 Uhr, mein innig geliebter Mann, unser Bergschützer, fürsorglicher Vater, der Tischlermeister  
**Franz Berndt**  
im noch nicht vollendeten 44. Lebensjahre. Dies geliebt hinterläßt mit der Bitte um stille Teilnahme an  
**Marie Berndt**, geb. Jatzky, nebst Kindern.  
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 10. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des St. Georgen-Kirchhofes, Landsberger Allee, aus statt. 572b

**Nachruf.**  
Am Donnerstag, den 8. Dezember, früh 4 1/2 Uhr, entschlief nach langen, schweren Leiden der Tischlermeister  
**Franz Berndt**  
im noch nicht vollendeten 44. Lebensjahre. 571b  
Wir verlieren in demselben nicht nur einen liebevollen Ehe- und Arbeitsgeber, sondern auch einen treuen Berater und jederzeit hilfsbereiten Nächsten, dessen edler Menschlichkeit und unermüdbare Tätigkeit uns über das Grab hinaus stets ein leuchtendes Vorbild sein wird.  
Ohre seinem Andenken!  
Das Kontor-Personal, die Obermeister und Meister der Firma M. & Franz Berndt, Möbelfabrik, S. U.: Horwitz, Geschäftsführer.

**Zentral-Verband d. Zimmerer Deutschlands**  
Zahlstelle Berlin u. Umgegend.  
Am Dienstag verstarb unser treues Mitglied  
**Wilhelm Volmerg**  
Ohre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 10. d. Mts., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in Bich aus statt.  
Um rege Beteiligung bitte!  
255/14  
Der Vorstand.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann und unser fürsorglicher Vater  
**Gustav Dautz**  
nach kurzem schwerem Krankenlager am Mittwoch früh 3 1/2 Uhr sanft entschlafen ist.  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 11. Dezember cr., nachm. 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jakobikirchhofes, Hermannstraße, aus statt. 561b  
Dies zeigen Respekt an  
Im Namen der Hinterbliebenen:  
**Anna Dautz** nebst Tochter.

Allen Verwandten, Bekannten und Freunden die traurige Nachricht, daß unser lieber Bruder, Schwager und Onkel, der Tischler  
**Oskar Strauch**  
nach langem schwerem Krankenlager im Alter von 42 Jahren sanft entschlafen ist.  
Die Beerdigung findet am Sonnabend, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des St. Thomas-Kirchhofes aus statt.  
Die trauernden Hinterbliebenen.

**Dankjagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die vielen Franzosen bei der Beerdigung unseres lieben guten Vaters, des Tischlers  
**Robert Adler**  
sagen wir allen Kollegen vom Zentralverband der Tischler und dem Wahlverein zu Bisdorf hiermit unseren herzlichsten Dank.  
564b  
Die trauernden Hinterbliebenen.

Restaurant  
**Wihl. Burg**, Lindenstr. 3,  
empfehlen sich 11972\*  
**Großes Vereinszimmer**  
(bis 120 Personen) für Geschäfts-Versammlungen und Vereine. Verschiedene Speisen und Getränke.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 9679. Arbeitsnachweis Zimmer 34. Amt IV, 3353.  
Sonntag, den 11. Dezember, vormittags 10 Uhr:  
**Versammlung der Bananschlager**  
in den Andreas-Gehälen (oberer Saal), Andreasstraße 21.  
Tages-Ordnung:  
1. Beschlussfassung über die Aufhebung der Arbeitsnachweise in den Restaurants. 2. Verbands-Angelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Sonntag, den 11. Dezember, vormittags 10 Uhr:  
**Versammlung d. Hobler, Bohrer, Stoßer u. Fraiser**  
im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c:  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verbands-Angelegenheiten.

Sonntag, den 11. Dezember, vormittags 9 1/2 Uhr:  
**Bezirks-Versammlung für Rummelsburg**  
im Lokale von G. Tempel, Alt-Borghagen 56.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Kollegen Busse über: Koalitionsrecht. 2. Diskussion. 3. Neuwahl des 1. Bezirksleiters. 4. Verbands-Angelegenheiten. NB. Der wichtigen Tagesordnung halber werden die Kollegen ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.  
192/15  
Die Ortsverwaltung.

**Tischler-Verein zu Berlin. E. H. 60.**  
Sonnabend, den 10. Dezember, abends 8 1/2 Uhr,  
Melchior-Strasse 15:  
**Versammlung.**  
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn O. Krille über: Die materielle Lage der Tischler. 2. Diskussion. 3. Ein Unterstützungsgesuch. — Aufnahme neuer Mitglieder und Ausgabe der Billets zur Soiree am 1. Feiertag in den Industrie-Gehälen. 199/14  
Gäste, auch Damen, haben Zutritt.  
Der Vorstand.

**Verband der Bau-, Erd- u. gewerbli. Hilfsarbeiter Deutschl.**  
Zahlstelle Berlin und Umgegend.  
Freitag, den 9. Dezember 1904, abends 8 Uhr,  
im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (Saal 7):  
**Baudeputierten-Versammlung.**  
Tages-Ordnung: 1. Die Pflichten der Baudeputierten in der beitragsfreien Zeit. Referent: Kollege G. Heinemann. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Jeder Kollege Sorge dafür, daß seine Arbeitsstätte vertreten ist.

**Sektion der Töpfer-Träger.**  
Sonntag, den 11. Dezember 1904, vormittags 10 Uhr,  
im Rosenthaler Vereinshaus, Rosenthaler-Str. 57:  
**Sektions-Versammlung.**  
Tages-Ordnung: 1. Die Kontrolle in der beitragsfreien Zeit. 2. Die Vertreter-Erhörung. 3. Aufstellung der Kandidaten zur Wahl der Ortsverwaltung. 4. Verschiedenes. 35/4  
Zurück ist die Versammlung im „Bauhilfsarbeiter“ zum Montag, den 12. Dezember bekannt gegeben. Sie findet jedoch am Sonntag, den 11. d. Mts. statt.  
Zahlreichem Besuch erwartet  
Die Ortsverwaltung.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:  
**Sitzung der Ortsverwaltung.**

**Achtung! Einsetzer. Achtung!**  
Sonntag, den 11. Dezember, vormittags 10 Uhr, finden in den bekannten Lokalen die  
**Bezirks-Sitzungen**  
statt. — Es sind überall Vorschläge zu der im Januar stattfindenden Neuwahl der Gesamtkommission zu machen.

Montag, den 12. Dezember, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (Saal II):  
**Kommissions-Sitzung.**  
Der Obmann.

Sonntag, den 11. Dezember, vormittags 9 1/2 Uhr, im Lokal von P. Pfeiffer, Rosenthalerstr. 57, Hof part.  
**Branchen-Versammlung der Bürsten- und Pinselmacher.**  
Tages-Ordnung:  
Bericht über unsere Statistik.  
Bericht der Kommission und Neuwahl derselben.  
Branchen-Angelegenheiten.  
Es ladet hierzu dringend ein  
Die Branchen-Kommission.

## Verband der Sattler.

Ortsverwaltung Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Branchen-Versammlungen an folgenden Tagen stattfinden:  
**Militär- und Dreibriemen-Branche:** Sonnabend, den 10.  
**Geschirre-Branche, Linoleumleger und Teppichleger:** Montag, den 12.  
**Eisenmöbel-Polsterer und Sektion Charlottenburg:** Dienstag, den 13.  
**Taschen-, Koffer- und Galanterie-Branche und Wagen-Branche:** Donnerstag, den 15. Dezbr. 1904.  
**Achtung!** Wir richten an die Mitglieder das dringende Gesuchen, diese Versammlungen zu besuchen. Des weitern bitten wir die Mitglieder, sich tatkräftig an der Sammlung zur Veranstaltung einer Weihnachtsfeier für die Kinder der ausgebehrten und streikenden Retardarbeiter, Holzarbeiter und Manierarbeiter zu beteiligen. **Sammelstellen** sind im Bureau, Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Zimmer 22 zu haben.  
157/17  
Die Ortsverwaltung.

Montag, den 26. Dezember 1904, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:  
**Großes Weihnachts-Vergnügen**  
unter Mitwirkung der  
**Berliner Volkssänger-Gesellschaft Lewandowsky.**  
Eröffnung 4 1/2 Uhr. Anfang 5 1/2 Uhr. Entree inkl. Programm 20 Pf.  
Herren, die am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Das Vergnügungskomitee.

**Bevor Sie kaufen**  
beachten Sie bitte meine Riesen-Auswahl in  
**Uhren, Brillanten, Gold- und Silberwaren**  
in den neuesten und modernsten Mustern und zu ganz auffallend billigen Preisen.  
**Rud. Plunz**, Brunnenstr. 112  
vis-à-vis der Lortzingstrasse.  
1892L\*

Berliner Partei-Angelegenheiten.

G. Kreis (Mosby). Heute abend 8 Uhr findet im Roabitzer Gesellschaftshaus, Wielestr. 34/35, eine Volksversammlung statt. Reichstags-Abgeordneter Genosse Ledebour spricht über: „Die Krisis des zarischen Absolutismus und das Erwachen des russischen Volkes“. Es ladet zu recht zahlreichem Besuch ein Der Vertrauensmann.

Lokales.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

Zu Beginn der gestrigen Sitzung wurde unserem Genossen Freudenberg, den wir am Donnerstag zu Grabe geleitet haben, vom Vorsitzenden Langerhans ein freundliches Gedächtnis gewidmet. Langerhans bekannte, daß Freudenberg, trotz aller Gegnerschaft, ihm Achtung abgenötigt habe.

Die Sitzung war diesmal kürzer, als man es seit langem bei der Stadtverordneten-Versammlung gewöhnt ist. An Arbeit fehlte es nicht, aber einige der wichtigsten Beratungsgegenstände wurden von der Tagesordnung abgesetzt. Der Streikposten-Antrag, den die sozialdemokratische Fraktion eingebracht hat, um endlich einmal die städtischen Behörden gegen die Willkür der Polizei aufzurufen, verfiel dem Schicksal der Vertagung, nachdem vorher eine höchst bemerkenswerte Debatte darüber geführt worden war, ob über ihn überhaupt verhandelt werden dürfe. Herr Langerhans war nämlich der Ansicht, daß der Gegenstand des Antrages „etwas Politisches“ sei und daß daher die Versammlung nach den Bestimmungen der Städte-Ordnung gar nicht in eine Beratung eintreten dürfe. Er beantragte Uebergang zur Tagesordnung! Die Begründung, die er vorbrachte, war so sonderbar, daß sie geradezu peinlich wirken mußte. Herr Langerhans meinte, man solle von der Berliner Stadtverordneten-Versammlung nicht sagen dürfen, sie könne nicht selber die Ordnung bei sich aufrecht erhalten. Könne sie das nicht und lasse sie es zu einem Einspruch der staatlichen Aufsichtsbehörde kommen, so sei das „eigentlich nicht eine Selbstzerstörung, sondern eher das Gegenteil“, und sie werde dann nicht mehr die Achtung der Welt genießen. Unserem Genossen Stadthagen war es ein Leichtes, diese wunderbar verschrobene Beweisführung zu zerpfücken. Er wies in schlagender Beweisführung nach, daß nach den Erkenntnissen oberster Gerichtshöfe die Straßen und Plätze als „Gemeinde-Anstalten“ zu gelten haben. Da aber jeder Bürger zur Benutzung der Gemeinde-Anstalten berechtigt ist, so ist der Einspruch gegen die polizeiliche Beschränkung dieses Rechtes eine Gemeinde-Angelegenheit, über die zu verhandeln die städtischen Behörden sogar die Pflicht haben. Stadthagen erklärte rund heraus, daß wir gerade dann die „Achtung der Welt“ verschmerzen, wenn wir uns nicht zur Wehr setzen.

Für und wider den Antrag auf Tagesordnung konnte nur je ein Redner sprechen. Aber Genosse Singer stellte in einer Bemerkung zur Geschäftsordnung fest, daß der Streikposten-Antrag, einmal auf die Tagesordnung gesetzt, auch beraten werden muß. Im übrigen sei der Vorleser, so sagte Singer hinzu, oberpräsidialer als der Oberpräsident, der gegen die Vertagung des schon vor Wochen bekannt gewordenen Antrages keinen Einspruch versucht habe. Singers Vorschlag, Herr Langerhans möge seinen Antrag auf Tagesordnung zurückziehen, wurde auch von den Führern anderer Fraktionen unterstützt. Als hier Herr Langerhans endlich meinte, daß er sich doch verdammt habe, deutete er in bewegtem Ton an, daß er wohl das Vertrauen der Versammlung nicht mehr besitze. Dem Konflikt, der da auszubrechen drohte und unermesslich zur Niederlegung des Vorsitzes hätten führen müssen, beugte Herr Cassel geschickt vor, indem er Vertagung beantragte. Das fand allgemeine Zustimmung, und so hat Herr Langerhans die Möglichkeit, bis zum nächsten Donnerstag sich eines anderen und besseren zu bestimmen.

Aus dem Akt der Sitzung sind noch zwei Punkte bemerkenswert. Zu der Vorlage über den weiteren Ausbau des Kaiser Friedrich-Kinder-Krankenhaus wies Genosse Behl darauf hin, wie langsam und bedächtig die städtischen Behörden dabei vorgehen. Er erinnerte auch an den in Berlin herrschenden Mangel an Kinder-Krankbetten und fragte an, wie es mit dem beabsichtigten Bau eines neuen städtischen Kinder-Krankenhaus stehe. Stadtrat Straßmann versicherte, man arbeite schon an den Plänen. Wann mögen sie fertig werden? Zu Rückschlüssen ist man im Rathause rascher bereit als zu Fortschritten. Ein Beispiel hierfür ist der Eifer, mit dem der Magistrat sich eine neuere Entscheidung des Reichs-Versicherungsamtes zu nütze zu machen sucht, um das Ruhegehalt der städtischen Arbeiter, dessen endliche Gewährung der Freisinn so gern als eine große soziale Tat hinstellt, nachträglich zu schmälern. Die Arbeiter, die im Dienste der Stadt alt und arbeitsunfähig geworden sind, können ja am Ende noch im Ruhestand zu fett werden! Genosse Schubert zeigte, daß die vom Magistrat beabsichtigte Aenderung manchem Ruhegeldempfänger eine Kürzung seiner Bezüge um 100 Mark bringen würde. Ob das nur ein Besessen, eine Art „falscher Jungensschlag“ sei, fragte Schubert mit gelungenerm Spott. Seine Kritik dieses Verschlechterungsplanes wurde auch von den Sozial-Fortschrittlichen, für die Stadtv. Ulstein sprach, als berechtigt anerkannt. Schuberts dankenswerter Antrag, die Sache noch einem Ausschuss zu überweisen, wurde angenommen. Dort wird man hoffentlich dem rückwärts schreitenden Magistrat ein Halt gebieten.

Unser Parteigenosse Curt Freudenberg

Ist gestern mittag von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes in Friedrichsfelde aus zur letzten Ruhe bestattet worden. Zahlreich hatten sich die engeren Freunde des Verstorbenen eingefunden, zahlreich waren auch vor allem seine Berufskollegen zur Erfüllung der letzten Ehrenpflicht erschienen. Für eine Beteiligung der Arbeiterschaft lagen Tag und Stunde aber nicht günstig; die Tagesfron vereint sich schlecht mit Pietätspflichten. Um so mehr will es besagen, daß auch aus den weiten Reihen der Genossen und Genossinnen sich Laufende eingefunden hatten, um den Mann zu ehren, der im Dienste des arbeitenden Volkes sich aufgeopfert hat. Aus der Frankfurter Chaussee strömten dichte Scharen herbei; und als die schlichte Beerdigung in der Friedhofshalle begann, hatte nur ein winziger Bruchteil der Leidtragenden dort Platz finden können. Die Wissenschaft und die Arbeit standen vereint an der Bahre unseres Freundes. Das Banner der Freien wissenschaftlichen Vereinigung an der Berliner Universität, der Freudenberg angehört hatte, senkte sich über den Sarg und die drei Endierenden, die als Abgeordnete

erschienen waren, gaben in ihrem Schmuck der Feier ein Bild, wie Arbeiter es bei solchen Gelegenheiten wohl selten sehen. Nachdem das von einem Arbeiter-Gesangverein gesungene Lied „Ein Sohn des Volkes“ verklungen war, hielt Herr Dr. Adler als alter Herr der Freien wissenschaftlichen Vereinigung und als einer der nächsten Freunde des Verstorbenen eine ergreifende Grabrede. Er pries ihn mit Recht als den Mann, an dem sich die Forderung Virchows, daß der Arzt der Armut der Armen sein solle, erfüllt habe; auch auf ihn passe das stolze Wort: „Patrias inserviendo consumor“. Im Dienste der Gesamtheit habe ich mich aufgeopfert. Dann widmete Herr Dr. Munter im Namen des Vereins der freigewählten Kassenärzte dem Toten einen von Herzen kommenden Nachruf, worauf Stadtverordneter Borgmann im Namen der Partei im allgemeinen und der sozialdemokratischen Stadtverordneten-Fraktion im besonderen der Selbstlosigkeit und Opferwilligkeit gedachte, mit der Freudenberg für das Proletariat, für die Verwirklichung seiner politischen Ideale eingetreten ist. Zum Schluß stiftete Kassenrentant Albert Cohn namens der Zentralkommission der Krankenkassen dem Toten den schuldigen Dank ab, daß er ganz besonders dieser Organisation der Helfer war, der die Pflichterfüllung für die Gesamtheit höher stellte als die Rücksicht auf sich selbst, auf seine durch Ueberarbeitung schwer bedrängte Gesundheit. Abermals ertönte ein Lied, worauf der Trauerzug dem Grabe zuschritt. Hier wurden die Leidtragenden daran erinnert, daß noch viel zu tun bleibt, um Preußen im bescheidensten Sinne zum Kulturstaat zu machen. Während in der Friedhofshalle der Berliner Magistrat das Hausrecht ausübt, hat am offenen Grabe ein Amtsvorsteher und ein Landrat darüber zu bestimmen, ob einem Toten eine Grabrede gewidmet werden darf. Es beliebe den ertönten Herren nicht, solches zu gestatten, und so wurden denn an der Grube, während ein Trauergefang erklang, nur die zahlreichen Kranzspenden niedergelegt, welche die Arbeiterschaft Berlins einem Manne gewidmet hatte, der sein Leben für nichts achtete, wo es galt, dem unterdrückten Teil des Volkes den Weg zur Freiheit zu bahnen.

Die Bäcker-Zunungen Germania und Concordia ersuchen und um Veröffentlichung des Nachstehenden: Auf ministerielle Anordnung haben die Polizeibehörden Berlin und der Vororte unter dem 12. November bestimmt, daß vom 1. Feiertag früh 9 1/2 Uhr bis 2. Feiertag abends 9 1/2 Uhr Arbeiter in der Bäckerei nicht beschäftigt werden dürfen. Frische, knusprige Knüppel, Hörnchen, Milchbrote etc. müssen nun die Berliner am zweiten Feiertage entbehren. Dieses Gebot, das in fast allen Vädereien zu jeder Tageszeit frisch zu haben ist und sich großer Beliebtheit erfreut, wird am 2. Feiertag schmerzlich vernichtet werden, insbesondere in besseren Restaurants. Da alte Brötchen zähe und schmacklos sind, so werden die Gastwirte für entsprechendes Quantum Roggenbrot sorgen müssen, welches sich einige Tage schmackhaft hält und von den Berliner Bädereien in vorzüglicher Güte geliefert wird, und zwar bestelle man nur Brote a 50 Pf., da letzteres schnell trocknet und schmacklos wird. Es empfiehlt sich, daß das Publikum seinen Bedarf für die beiden Feiertage rechtzeitig bestellt und am ersten Feiertage abnimmt. Vorzuziehen werden die Bäckermeister am zweiten Feiertage die Geschäftslotale nur kurze Zeit oder gar nicht öffnen, weil frische Ware nicht gebaden und daher nicht zu verkaufen ist. Den Bäckermeistern, die immer bestrebt sind, ihre Kundschaft zu befriedigen, wolle man diese kleine Störung nicht zur Last legen. Bei den Lohnbewegungen 1900 und 1904 war eine Freinacht an den drei Hauptfesten eine derjenigen Geisellenforderungen, deren Verechtigung von der Meisterschaft nicht in Abrede gestellt werden konnte. Im Wege der freien Vereinbarung dies auszuführen, war unmöglich. Nun hat die Behörde dies angeordnet und Publikum und Bäckermeister müssen sich fügen.

Der Nachruf der Bäckermeister erinnert uns an ein Begehrtes, das die „Vossische Zeitung“ erhob, als vor drei Jahren der Reumahr-Laden schloß eingeführt wurde. Damals malte das Leitblatt des Berliner Pflasterers eine Infolge der erwähnten Mahnahme verhungerte Bürgerfamilie an die Wand. Wie dies Opfer des Reumahr-Schlusses zum Bedauern aller auf Unglücksfälle wartenden Reporter nicht in die Erscheinung getreten ist, so wird auch die anscheinend herbeigesetzte Brötchen-Entziehung auf sich warten lassen.

Die Beiträge zu den Kosten für die Handwerkerkammer zu Berlin, welche von der Stadtgemeinde für das Etatsjahr 1904 geleistet wurden, sollen nebst den aus den Vorjahren übernommenen Ausfällen durch Umlage auf die hiesigen Handwerksbetriebe zur Wieder-einzahlung gelangen. Jeder Betriebinhaber hat für das Jahr 1904 einen einmaligen Beitrag zu zahlen und zwar für sich selbst 45 Pf., für jeden Gesellen 23 Pf. und für jeden Lehrling 11 Pf. Als Gesellen gelten auch Werkführer, Gehilfen, Gehilfinnen, Zuschneider, Zuschnneiderinnen, Heimarbeiter und sonstige erwachsene technische Hilfspersonen beiderlei Geschlechts. Unter der Bezeichnung Lehrlinge sind auch Lehrlinginnen und Arbeitsbuben zu verstehen. Familienangehörige gelten ebenfalls als Gesellen oder Lehrlinge, wenn sie an Stelle solcher beschäftigt werden.

Umlagepflichtig ist jeder Inhaber eines hiesigen Handwerksbetriebes ohne Rücksicht auf den Umfang des letzteren, darunter auch Hausgewerbetreibende, sowie solche Personen, die neben einem kaufmännischen Betrieb noch einen handwerksmäßigen unterhalten, auch wenn nur eine Reparaturwerkstatt mit dem kaufmännischen Betrieb verbunden ist.

Die Kataster, aus denen die umlagepflichtigen Betriebinhaber und die von ihnen zu entrichtenden Beiträge zu ersehen sind, liegen in der Zeit bis 19. Dezember d. J. während der Dienststunden von vormittags 9 bis nachmittags 1 Uhr (mit Ausnahme der Sonntage) im Bureau der Gewerbedeputation des Magistrats, Stralauerstr. 3/6, Hof links 1 Treppe, Zimmer 17, offen aus. Einsprüche gegen die Richtigkeit der Kataster sind dafelbst schriftlich anzubringen.

Die Einziehung der Beiträge erfolgt durch die städtischen Steuererheber im Vierteljahr Januar-März 1905. Geheue um Schandung sind nur an die Steuer-Deputation des Magistrats, Abt. III, zu richten.

Im Arbeitshause zu Rummelsburg und seiner Filiale in Reinickendorf wurden im letzten Verwaltungsjahre (1. April 1903 bis 31. März 1904) nach dem Verwaltungsbericht des Magistrats 2038 männliche und 100 weibliche Korrigenden neu aufgenommen. Am 1. April 1903 hatte die Anstalt einen Bestand von 1479 männlichen und 117 weiblichen Korrigenden. Mit hin betrug die Gesamtzahl der im Berichtsjahre in der Anstalt verpflegten Korrigenden 3792 (3515 männliche, 277 weibliche). Entlassen wurden 1778 Männer und 138 Weiber, gestorben sind 16 Männer und 2 Weiber. Es verblieb sonach am 31. März 1904 in der Anstalt ein Bestand von 1721 männlichen und 137 weiblichen Korrigenden, das sind 242 Männer und 20 Weiber mehr als am gleichen Tage des Vorjahres.

Das Hospital des Arbeitshaus hatte am 31. März dieses Jahres einen Bestand von 683 Hospitalisten, 587 männliche und 126 weibliche (gegen 458 männliche und 125 weibliche im Vorjahre).

Weit über die Hälfte der männlichen arbeitsfähigen Korrigenden wurde mit Beschäftigungen auf den städtischen Rieselplätzen beschäftigt. Die Deputation für die Rieselfelder zahlt an Arbeitslöhnen und

Kosten für die mit landwirtschaftlichen Arbeiten beschäftigten Häuslinge in den sieben Monaten April bis Oktober pro Tag 40 Pf. Arbeitslohn und 10 Pf. den Häuslingen gutzuschreibenden Ueberverdienst; für die in den für die Häuslinge errichteten Baracken beschäftigten Köche und Arbeiter aber keinen Arbeitslohn, sondern nur 10 Pf. Ueberverdienst pro Tag während des ganzen Jahres. In den fünf Monaten November bis März wird auch den mit landwirtschaftlichen Arbeiten beschäftigten Häuslingen der Ueberverdienst von 10 Pf. gutgeschrieben, während die 40 Pf. Arbeitslohn fortfallen.

Die auf den Rieselplätzen geleistete Häuslingsarbeit befristete sich während der sieben Monate April bis Oktober auf 181 823, während der fünf Wintermonate auf 137 630 Arbeitstage. Mit landwirtschaftlichen Arbeiten auf den Rieselplätzen werden insgesamt 1016 Häuslinge beschäftigt. Für die eigene Landwirtschaft der Anstalt werden fünf Männer beschäftigt; für die eigene Hauswirtschaft 271 Männer 94 Weiber, und zwar 113 Handwerker, 4 Gärtner, 42 Arbeiter in den Küchen, 112 für häusliche Zwecke, 61 Köchinnen und Köchinnen, 16 Bäckerinnen und 14 Arbeiterinnen zu häuslichen Zwecken; in 6 Barackenküchen auf den Rieselplätzen 51 Männer. Zu Arbeiten für andere städtische Verwaltungen wurden 142 männliche und 7 weibliche Korrigenden verwendet. 1 Korrigendin wurde mit dem Reinigen der Wäsche für das Polizeigefängnis, 21 Männer mit Arbeiten für Anstaltsbeamte, 43 mit Federreihen und Zaunspießen für Fremde und einer mit Umzugsarbeiten für Fremde beschäftigt. Insgesamt wurden 1680 männliche und 102 weibliche Korrigenden zu Arbeiten verwendet.

Fürsorge-Erziehung. Zwei Erscheinungen wiederholen sich mit erschreckender Regelmäßigkeit im lokalen Leben der Reichshauptstadt: Im Reiche des Herrn Bubbe die Erlösungen von Eisenbahn-Arbeitern, auf dem Gebiete der Fürsorge-Erziehung die Entweichungen aus den Erziehungsanstalten. Gestern mittag sind abermals aus der Anstalt Bethabara in Weizensee zwei Mädchen entlaufen, die seit kurzem dort interniert waren. Soweit bisher festgestellt werden konnte, sind die beiden Flüchtigen in der Anstaltskleidung über die Gärten an der Albertinenstraße gestiegen, wobei sie von einem jungen Manne unterstützt worden sind. Die drei Personen bestiegen dann den Transportwagen einer Holzbearbeitungsfabrik, dessen Kutscher sie durch Drohungen zwangen, sie nach Berlin mitzunehmen. Als der Kutscher auf der Straße einen Gendarm bemerkte, nahm er dessen Hilfe in Anspruch. Die Flüchtlinge sprangen vom Wagen ab, liefen quer übers Feld nach der Laubenkolonie, woselbst es ihnen gelang, zu entkommen.

In Jehlendorf ist ein Beispiel gegeben, wie man verwaarloste junge Menschen erziehen kann, ohne daß sie ständig daran denken, sich aus der Gewalt ihrer Erzieher um jeden Preis zu erlösen. Ist es so schwer, daß ein gutes Beispiel auch anderswo Nachahmung findet?

Die armen Reichen. Das höchste Vermögen in Berlin betrug nach der Einschätzung zur Ergänzungsteuer von 1902 etwa 35 Millionen. Es gibt aber auch eine ganz Anzahl von Leuten, die wohl ein großes Vermögen, aber wenigstens ihrer Angabe nach, nur wenig Einkommen haben. Acht Personen beziehen sogar bei einem Vermögen von mehr als einer halben Million noch nicht einmal 3000 M. Einkommen. Der reichste „Arme“ unter ihnen hat ein Vermögen von mehr als 1 700 000 M. und ist mit 894,20 M. zur Ergänzungsteuer herangezogen, während seine Einkommensteuer noch nicht 60 M. beträgt. Der arme Reiche sollte eigentlich wegen schlechten Wirtschaftens unter Skrutel gestellt werden.

Die Obduktion der Frauenseiche, die am Börlinger Ufer aus dem Landwehrkanal gelandet wurde, hat die Gewißheit gebracht, daß an der Frau kein Verdor verübt worden ist. Prof. Dr. Straßmann und Gerichtsarzt Dr. Störmer führten sie gestern nachmittag von 2 bis 5 Uhr aus. Ihr Ergebnis bestätigte durchaus das auf Grund der ärztlichen Befestigungen der Leiche abgegebene Gutachten. Die Frau ist ertrunken. Alle Verletzungen sind erst nach ihrem Tode entstanden. Die Wunden sind sämtlich rauhrandig, rühren nicht von scharfen Instrumenten her. Auch die kleinen Verletzungen am Kopfe sind rauh. Das Genick ist gebrochen. Die Leiche ist wahrscheinlich mit dem Kopf zwischen Schraube und Schraubenlasten eines Dampfes eingeklemmt gewesen. Die Person der Toten ist noch immer unbekannt. Es wurde ermittelt, daß am 7. August und am 8. September in jener Gegend Frauen in den Kanal gesprungen sind. Diese konnten aber nicht in Betracht. Die Leiche ist photographiert worden. Das Bild wird im Polizeipräsidium unter den Bildern der Vermissten und Unbekannten ausgehängt werden.

Ein Halsabschneider ist hier festgenommen worden. Es handelt sich um den aus Ungarn stammenden 24jährigen Jibor Perls, der angeblich einen Juwelenhandel betrieb, nebenbei aber Geldgeschäfte machte und zwar in einer Weise, durch welche die Geldnehmer in hohem Maße betäubert wurden. Perls war bereits einmal verhaftet worden, mußte aber wieder freigelassen werden. Den Anstoß zu der neuerlichen Verhaftung gab wieder eine böse Bucherzählung, in die der Sohn des Geheimrats Ende verwickelt ist. Das ist indessen nicht der einzige Fall, mit dem das Konto des „steis halbschneidenden Geldgegners“ belastet ist. Er soll auch eine Reihe inzwischen verabschiedeter Offiziere auf dem Gewissen haben. Das Verfahren bei den „Geschäften“ war das übliche. Die Geldbedürftigen mußten Wechsel unterschreiben, bekamen dann nach längerer Zeit entweder gar nichts oder nur einen geringen Teil des abgepfänderten Betrages, oder sie erhielten Juwelen, die dann veräußert wurden. Perls operierte auch in einem Fall mit einem Automobil, das zum Zwecke der Geldbeschaffung verpfändet wurde. Mit Perls sind auch noch einige andere Halsabschneider verhaftet worden.

Vermißt wird seit Ende vorigen Monats der 26 Jahre alte Architekt Hans Fenz aus der Lindenstr. 5, der erst vor acht Wochen nach Berlin kam, um hier eine Stellung zu suchen. Fenz kam seit dem 20. v. M. nicht mehr nach Hause und ließ auch in Wien, wo seine Frau mit einem kleinen Kinde noch weilt, nichts mehr von sich hören. Seine Frau sandte erst gestern eine Karte hierher, um sich nach seinem Befinden zu erkundigen und anzufragen, weshalb er gar nicht schreibe. Es wird befürchtet, daß sich der Verschwindende, der oft sehr verstimmt war, ein Leid angetan habe. — In Prenzlau vermißt man, wie hierher mitgeteilt wird, seit dem 3. v. M. einen 32 Jahre alten Handelsmann August Weße, einen geisteskranken Mann, der 700 M. von Hause mitgenommen hat.

Von einer Lokomotive erfaßt und schwer verletzt wurde in der vorletzten Nacht der 44 Jahre alte Arbeiter Schäfer aus Köpenick, welcher auf dem Schlessischen Bahnhof beschäftigt war. Er, welcher neben dem Schienenstrang stand, bemerkte nicht das Herannahen einer rangierenden Lokomotive, wurde von dieser erfaßt und zu Boden geworfen. Der Verunglückte erlitt hierbei schwere Quetschungen am Oberkörper und an den Beinen, so daß er nach einem Krankenhause geschafft werden mußte.

Der „Untergang“ des Rabatt-Sparvereins „Südbst“ wird in einigen Blättern als „sicher bevorstehend“ angekündigt. Infolge der Verluste, die der Verein durch die von ihm eingerichteten eigenen Geschäfte erlitten habe, müsse man jetzt den Sparern von ihrem Guthaben 40 Proz. abziehen, und das veranlasse viele Mitglieder zum Austritt.

Die Mitteilung, daß 40 Proz. abgezogen werden müssen, trifft leider zu. Im Hinblick auf die zahlreichen kleinen Leute, die gerade jetzt vor Weihnachten auf die paar Spargrößen gerechnet hatten, wird jedermann das aufs lebhafteste bedauern. Ob aber nun gleich ein „Massenaustritt“ von Mitgliedern erfolgt ist und der „Untergang“ des Vereins zu erwarten ist, das entzieht sich unserer Kenntnis. Die Gewerbetreibenden des Südbost sehen es allerdings sehr gern, wenn jetzt ihr eigener Sparverein, der sich „Hand in Hand“ nennt, von dem Mißgeschick des Rabatt-Sparvereins „Südbst“

profitieren und recht viele seiner Mitglieder für sich einfangen könnten.

Unsere Leser wissen, wie wir über das Rabatt-Spartwesen denken. Wir halten alle diese Sparvereine für überflüssig — gleichgültig, ob sie von den Handel- und Gewerbetreibenden oder von den Konsumenten gegründet sind und geleitet werden. Im eigentlichen Sinne „gespart“ wird dabei nichts. Die Geschäftsinhaber werden den sogenannten Rabatt, den sie gewähren müssen, in der Regel durch höhere Preisberechnung oder minder reichliches Gewicht wieder herauszuschlagen suchen.

Der Verein „Südost“ hatte im Interesse der Konsumenten den Versuch gemacht, durch Einrichtung eigener Geschäfte die Konsumenten davor zu bewahren, daß ihnen der Rabatt durch die Geschäftsleute hinten herum wieder abgeknappst wird. Der Versuch ist bei den Geschäftstheorien mißglückt; sie haben sich nicht rentiert, und der Verlust muß nun statutenmäßig aus dem Guthaben der Sparer gedeckt werden.

Das Endziel war, den Sparverein einmal in einen Konsumverein umzuwandeln, um die Gewinne den Konsumenten direkt zuführen zu können.

Geldschrank-Eindrehen stifteten in der vergangenen Nacht einer Goldwarenfabrik im Südosten der Stadt einen erfolglosen Versuch ab. Das Gold und Silber, das zu Fassungen von Edelsteinen usw. nicht verarbeitet ist, wird abends im Kontor in feuerfeste Schränke gelegt. Drei Eindrehen versuchten mit allen möglichen Werkzeugen, zu diesen Schränken zu gelangen. Schwierigkeiten machten ihnen die eisenbeschlagenen Türen zur Fabrik und zum Kontor. Mit Hebeln und Sägen gelangten sie aber durch. Im Kontor rückten sie die Geldschränke von der Wand, um sie von der Mauerseite anzugreifen. Es gelang ihnen auch, die äußere Schutzwand zu durchbrechen. Die inneren Stahleinlagen aber leisteten allen ihren Werkzeugen Widerstand. Als sie die Auslösemechanik ihrer Bemühungen einsehen, zertrümmerten sie alles, was sie an zerbrechlichen Sachen fanden, und verließen dann wieder die Räume und das Grundstück. Einen Bohrer und Papier, in das in Eisenhandlungen solche Waren eingewickelt zu werden pflegen, vergaßen sie mitzunehmen.

**Central-Theater.** „Däumelchen“ (Märchenstück von Konstantin Pohl) hielt die Kinder vorstellung am Mittwoch nachmittags. Das kleine Volk konnte den Beginn des Weihnachtstückes gar nicht abwarten. Unruhig rüdte und rüdte es auf seinen Plätzen hin und her, bis das Glockenzeichen ertönte und sich der Vorhang hob. Dann laulose Stille. Das bunte Leben da oben auf der Bühne war auch zu interessant. Es brachte die Geschichte zur Darstellung, wie Däumelchen mit noch sieben anderen kleinen Kindern in das Haus des Waldhüters gebracht wurde — und zwar vom Kapplertrupp selbst. Die gute Blumenfee und die böse Eisprinzessin haben nun beide ein Auge auf Däumelchen geworfen. Jede möchte das gute Kind an sich fesseln. Den Sieg aber trägt — wie dies ja in Märchen immer so sein muß — schließlich die Blumenfee davon, die dem Kinde Glück und Segen für sein ganzes Leben schenkt.

Mit gespanntester Aufmerksamkeit lauschten die kleinen Zuschauer dem Gang des Spieles. Ihren besonderen Beifall fanden die mitwirkenden Tiere: der „junge Ose“, der Storch, die Maitäfer, die Fische und schließlich auch noch der tanzende Schneemann. Die einfacheselnde Musik des Kapellmeisters Arthur Pfeiffer, sowie die prächtige, nicht überladene, dafür aber dem Verständnis der Kinder vorzüglich angepaßte Ausstattung des Ganzen, halfen dem hübschen Märchenstück zu dem vollen, wohlverdienten Erfolg.

## Aus den Nachbarorten.

### Teltow-Kanal und Grundsteuer.

Der Landrat des Kreises Teltow, v. Studentau, hat in einer der letzten Sitzungen des Kreisrates die überraschende Mitteilung gemacht, daß dem Abgeordnetenhaus eine Vorlage über Einführung der Grundsteuer zugehen werde. Darauf werde es möglich sein, den Grundbesitz, der durch den Teltow-Kanal eine erhebliche Wertsteigerung erfahren hat, zu den Kosten des Teltow-Kanals heranzuziehen. In der Tat ist durch diese kulturelle Veranstaltung eine bedeutende Erhöhung der Bodenpreise im Kanalgebiete eingetreten. Dies gilt insbesondere auch für die Kreisstadt Teltow und deren Umgebung. Das kleine Städtchen, das bisher sich einer idyllischen Ruhe erfreute und nur durch seine landwirtschaftlichen Produkte speziell seine „Rübchen“ über einige Postionen hinaus einen gewissen Ruf besaß, wird aller Wahrscheinlichkeit nach innerhalb weniger Jahre zu einem bemerkenswerten Industrieort werden. Heute bereits sind zwei große industrielle Establishments, die voraussichtlich tausende von Arbeitern beschäftigen werden, dort entstanden: die große Elberfelder Papierfabrik und die „Berliner Porzellan-Manufaktur“.

Der Bau einer Maschinenfabrik und Eisengießerei wird in Kürze folgen. Es braucht wohl nicht weiter betont zu werden, daß die Terrainsgesellschaften, die juristischen Organisationen des Grundstücksbüchlers, sich in den Besitz des größten Teiles des Kanalgebietes gesetzt haben und ungeheure Profite einheimen werden. Da ist zunächst die Zehlendorf-Klein-Machnower Gesellschaft, die zwischen Zehlendorf und Klein-Machnow sich häuslich niedergelassen hat. Mit zahllosen Prospektien überflutet sie gegenwärtig das Berliner und das Vorort-Publikum und empfiehlt Villen-Terrain „schon zum Preise von 100 M. a n pro Quadratrute“. Immerhin ein respektable Preis für ein Terrain, auf dem nur landhausmäßige Bebauung gestattet ist. Das Gebiet zwischen Stahnsdorf-Teltow hat eine Gesellschaft gleichen Namens mit Beschlag belegt, während jenes zwischen Teltow und Ruhlsdorf von der „Vorort-Terrain-Gesellschaft“ beherrscht wird. Die letztere wird aller Voraussicht nach den Löwenanteil an der Beute erhalten. Das Dreieck Teltow-Ruhlsdorf-Stahnsdorf wird seiner ganzen Lage nach das eigentliche Industriegebiet werden und die ermöglichte Ausnutzung des Grund und Bodens durch die Errichtung von Mietskasernen wird die Profit-Rate der Gesellschaften um ein Erkleckliches erhöhen. Heute schon kostet der Morgen Land am Ruhlsdorfer Platz in Teltow und an der Stahnsdorfer Chaussee 10 000 M., an der südlichen Teltower-Gemeindegrenze, unmittelbar an der Gemeinde Ruhlsdorf 4000 M. Die Industrieproletarier, die in den kommenden Jahren sich in dieser Gegend niederlassen, werden auf neue den Segen des Privateigentums am Grund und Boden in Form hoher Mietspreise und schlechter Behausung empfinden, in dessen die bereicherten Bodenspekulanten den Schauplatz ihrer bisherigen ethisch-sozialen Tätigkeit verlassen und ausziehen zu weiteren ergiebigen Beutezügen.

### Schöneberg.

Eine Stadtverordneten-Extrawahl hat gestern in Schöneberg stattgefunden. In der II. Abteilung des 8. Bezirks hatte der bisherige Vertreter, Stadtv. Ernst Treugebrodt sein Mandat, welches nur bis Ende kommenden Jahres lief, niedergelegt und dafür eine Reuwahl im 2. Bezirk (Friedenauer Ortsteil) angenommen. Es mußte daher für das freigewordene Mandat im 8. Bezirk eine Reu-befugung erfolgen. In der gestrigen Extrawahl standen sich Parteimeister Frölich (Hausbesitzer) und Kaufmann Buchholz (Wiederpartier) gegenüber. Gewählt wurde Frölich mit 146 Stimmen. Auf den Gegenkandidaten entfielen 84 Stimmen.

Die Einwohnerzahl unseres Ortes betrug am 1. Oktober 126 226 Personen, ist mithin gegen den Vormonat um 800 gestiegen, neben der Zunahme im April die höchste dieses Jahres. Der Geburtsüberschuß stellte sich auf 138 Personen (263 bezw. 125), 4174 Fortzügen standen 4706 Zugzüge gegenüber.

Auf dem städtischen Arbeitsnachweis war im September die Zahl der eingeschriebenen Gesuche etwas größer als im Vormonat; sie betrug 1411 (847 männliche, 764 weibliche); davon wurden erledigt durch Einstellung resp. Streichung 940 (408 männliche, 532 weibliche). Arbeitsangebote waren gemeldet 1903 (471 männliche, 1432 weibliche).

Dem Gewerbegericht lagen im September 59 Streitfachen vor, von denen erledigt wurden durch Zurücknahme 2, Vergleich 14, rechtskräftiges Verurteilungsurteil 6, anderes Endergebnis 18 und auf andere Weise 2; unerledigt blieben 17 Sachen.

Der Armenpflege unterlagen im September 935 Personen (276 männliche, 659 weibliche). An Unterbringungen wurden gezahlt 13 127 M., 1000 M. weniger als im vorhergehenden Monat.

Die Bautätigkeit war im Berichtsmonat eine regere als im August. 17 Bauerlaubnissen stehen 21 fertig gestellte Neubauten gegenüber mit 420 Wohnungen bezw. 1258 Zimmern (im Vormonat 171 resp. 851). Der Grundbesitzwechsel erstreckt sich auf 18 bebaut und 8 unbebaute Grundstücke mit einem Gesamtumfang von 3 462 500 bezw. 886 274 M.

Die städtische Sparkasse verfügte im September bei 38 000 ausgegebenen Büchern über einen Bestand von 21 373 864 M.

### Adlershof.

Die Konsumgenossenschaft von Adlershof und Umgegend hat auch in ihrem vierten Geschäftsjahre einen bedeutenden Aufschwung genommen. Sie war in dem verflochtenen Jahre in der Lage, ihre dritte Verkaufsstelle in Grünau zu eröffnen und es hob sich der Umsatz von 124 778 M. im letzten Jahre auf 133 810 M. in diesem Jahre. In diesem Umsatz waren beteiligt: Adlershof mit 75 958 M., Alt-Ostende mit 44 429 M. und Grünau in 3 1/2 Monaten mit 13 422 M. Der Durchschnittsumsatz des einzelnen Mitgliedes betrug 293 M. Nege Unterstützung fand auch die „Großeinkaufs-Gesellschaft Hamburg“, indem von ihr für 35 100 M. Ware bezogen wurde. 6228 M. sind dem Privatkapital als Gewinn entzogen worden, wovon 5910 M. den Mitgliedern rückvergütet und 317 M. dem Reservefonds zugeschrieben wurden. Die Mitgliederzahl stieg trotz der großen Fluktuation der Bevölkerung von 492 auf 569. Der Geschäftsbericht läßt erkennen, daß die Verwaltung eifrigt bemüht ist, den Genossenschaftsgedanken in immer weitere Kreise zu tragen.

### Charlottenburg.

Die Lysofvergiftungen häufen sich in letzter Zeit in unheimlicher Weise. So suchte sich am Mittwoch nachmittags hier in der Wilmersdorferstraße 111 eine Frau mit ihren zwei Kindern mit dieser Flüssigkeit zu vergiften. Ueber den ausförenden Vorfall erfahren wir folgende Einzelheiten: Die in der Potsdamerstraße zu Berlin wohnende Restaurateurfrau Franziska D. war Mittwoch vormittags hier in der Wilmersdorferstraße 111 mit ihrem 13jährigen Sohn und ihrer 17jährigen Tochter zu ihren Verwandten, der Schuhmachereifamilie Sch., auf Besuch gekommen. Frau D. war sehr erregt und erzählte, daß ihr Mann sie fortgesetzt mißhandele. Höre dies nicht auf, so werde sie sich mit ihren Kindern das Leben nehmen. Die Familie Sch. glaubte dieser Drohung selbstverständlich nicht, sollte jedoch bald eines besseren belehrt werden. Als Frau D. mit ihren beiden Kindern in einem Zimmer allein war, machte sie den Vorschlag, gemeinsam zu sterben und hielt den Kindern einen Becher mit Lysof hin. Der Knabe weigerte sich jedoch, das dargebotene Gift zu nehmen und lief weg. Dagegen trank die Tochter Frieda das Gift zur Hälfte aus, während die Mutter den Rest nahm. Beide wurden bewußtlos sofort nach einer Unfallsstation gebracht, wo die Nergie Gegenmittel anwandten und den Vergifteten den Magen auspumpten. Da ihr Zustand aber äußerst bedenklich war, so schaffte man beide nach dem Besonderen Krankenhaus, wo in ihrem Befinden jetzt bereits eine kleine Besserung eingetreten ist, so daß die Nergie sie am Leben zu erhalten hoffen.

### Spandau.

Durch den Einsturz eines Erdschachtes bei Kanalarbeiten in Spandau sind drei Arbeiter verschüttet worden: ein Mann kam mit leichten Verletzungen davon, der zweite ist schwer verletzt, und der dritte, der 45jährige verheiratete August Paustian, wurde als Leiche unter den Erdmassen hervorgezogen. Sein Tod war infolge Senkbruchs eingetreten. Mangelhafte Absteifung der Erdburg wurde als Ursache des Unfalls angesehen. Die Staatsanwaltschaft hat die Untersuchung angeordnet.

## Gerichts-Zeitung.

Unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelte die 7. Strafkammer gestern gegen den Privatdozenten, Professor an der hiesigen Universität Dr. Martin Mendelsohn, die unverschämte Anna Jarotte und die unverschämte Marie Gahn wegen Anstiftung zur Rupperei. Der Angeklagte Professor M. ist schon seit einiger Zeit mit Rücksicht auf diesen Prozeß von seiner Lehrtätigkeit suspendiert. Der gestrigen Verhandlung wohnte der Universitätsrichter Geheimrat Regierungsrat Daube bei. Der Staatsanwalt beantragte gegen Professor Dr. Mendelsohn 6 Wochen, gegen die beiden Mitangeklagten je eine Woche Gefängnis. Die Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld, Leuzh. Friedmann, Dr. Löwenstein und Leop. Meher II beantragten die Freisprechung. Wie der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Kanow bei der Verhandlung des Urteils mitteilte, ist Professor Dr. M. auf die Anschulldigung des Verbrechens gegen die Sittlichkeit außer Verfolgung gesetzt worden, weil angenommen wurde, daß er vielleicht doch nicht gewußt habe, daß die beiden Mädchen, zu denen ihm die beiden Mitangeklagten den Verkehr vermittelt hatten, noch unter 14 Jahren alt waren. Der Gerichtshof hielt durch die Beweis-aufnahme für festgelegt, daß Professor Dr. M., obwohl verheiratet und Vater eines achtfährigen Kindes, ein Mann ist, der vielfach Verkehr mit 14-15jährigen Mädchen suchte. Vom moralischen Standpunkt aus könne dieses Verhalten eines Ehemannes, Vaters, Privatdozenten und Titularprofessors natürlich nicht gebilligt werden. Der Gerichtshof habe aber nur über die zur Anklage stehenden zwei Fälle zu befinden und da sei er nach langer Beratung wesentlich aus juristischen Gründen zur Freisprechung der Angeklagten gekommen. Demgemäß erkannte der Gerichtshof und beschloß gleichzeitig, auf Grund des § 56 die noch jugendliche Angeklagte Gahn ihrer Familie zu überweisen.

Die „öffentliche Versammlung“ im Restaurationsgarten. In Angermünde war es im Sommer dieses Jahres beim Steinschneiderei-Würger zu gewerkschaftlichen Differenzen gekommen, weil der Arbeitgeber zwei Steinschneider nach Meinung der Kollegen zu Unrecht entlassen hatte. Im Auftrage der übrigen Arbeiter der Firma hatte der dortige Präsesleiter des Steinschneider-Verbandes, Salow, den Verbandsvorsitzenden Anoll aus Berlin nach Angermünde kommen lassen, um, wenn möglich, die Differenz durch Mißsprache mit dem Meister auf gutlichem Wege zu erledigen. Um nun ihren Verbandsvorsitzenden über die Ursachen der Differenz zu informieren, setzten sich die Arbeiter mit diesem, nichts Böses ahnend, alles in allem etwa 10 Mann hoch, in den schattigen Garten des Restaurants „Stadipark“ und ergählten den Hergang der Dinge. Nach einiger Zeit erhielten aber Anoll sowohl wie Salow plötzlich einen gerichtlichen Strafbescheid über je 20 M. wegen Abhaltens einer nicht angemeldeten öffentlichen Versammlung, die Salow geleitet haben und in der Anoll als Referent aufgetreten sein sollte. Auf eingeleitete Verurteilung hat sich kürzlich das Schöffengericht zu Angermünde mit der Sache zu befassen. Die Beweisaufnahme ergab den Tatbestand so wie er hier geschildert ist. Da, die als Belastungszeugen geladenen Polizeibeamten befanden,

daß sie von der ganzen Geschichte überhaupt nichts wußten. Unter diesen Umständen erkannte das Gericht auf Antrag des Verteidigers Dr. Heinemann Verlin auf Freisprechung, weil es sich hier um eine einfache Werkstattbesprechung gehandelt habe und nicht um eine Versammlung, in der irgendwie öffentliche Angelegenheiten erörtert worden seien. Sowohl die Kosten des Verfahrens wie auch die den Angeklagten erwachsenen baren Auslagen wurden der Staatskasse auferlegt. — Auf dessen Veranlassung der sonderbare Strafbescheid erlassen war, blieb leider unausgeführt.

**Chronik der Streikpostenprozesse.** Vor einigen Tagen wurden von Berliner resp. Charlottenburger Gerichten wieder eine Anzahl Arbeiter wegen angeblicher Streikposten freigesprochen und zwar der Glasbleicher Sch., der Glaspolierer P., der Gürtler J., der Dreher G. und die Arbeiterin J. Die Sachen spielten sich mit längst gewohnter Regelmäßigkeit stets nach ein und derselben Schablone ab. In Ausübung ihres gesetzlich gewährleisteten Rechtes stehen die Leute Streikposten. Da kommen die Polizeibeamten und verbieten das Streikpostenstehen unter irgend einem Vorwande, der ihnen von ihren Vorgesetzten einstruiert worden ist. Natürlich weigern sich die Streikposten, der unberechtigten Aufforderung der Beamten, fortzugehen oder sich „wegzuziehen“, wie der polizeitechnische Ausdruck häufig lautet, Folge zu leisten. Es erfolgt die Sittierung mit all ihren ebenfalls polizeitechnischen „Armeheimschleichen“ und schließlich die Zustellung des Strafmandats. Auch in obigen Fällen mußten die als Belastungszeugen geladenen Schutzleute einfach zugeben, daß sich die angeklagten Streikposten keinerlei Geschwindigkeiten hatten zu verschulden kommen lassen und auch keine Befehle irgendwelcher Ausschreitungen vorlag. Infolgedessen nahmen die Gerichte wiederum an, daß die Angeklagten lediglich deshalb fortgewiesen waren, weil sie Streikposten gestanden hätten, eine Tätigkeit, die als Ausfluß des Koalitionsrechtes anzusehen sei und deshalb nicht verboden werden könne.

Wie oft werden die Gerichte noch ähnliche Entscheidungen fällen müssen, bis die Polizei von ihren geschwätzigen Schikanierungen der Streikposten endlich Abstand nimmt!

**Künstlervendungen und unbefugte Namensänderung.** Der Ballettmeister Jungschat vom Stadttheater in Bonn hat sich vor vielen Jahren den Namen Tomasi beigelegt und führte ihn seitdem unbehindert, nicht nur als Ballettmeister, sondern auch als Inhaber eines Tanzlehrinstituts, welches er nebenbei unterhielt. Er nannte sich Tomasi in Instrukten, worin er sich als Tanzlehrer empfahl, und auf Empfehlungskarten. Als er sich in einem Schriftstück, das an die Polizeibehörde gerichtet war, Jungschat-Tomasi nannte, wurde er wegen Verletzung eines ihm nicht zuzumehenden Namens angeklagt. Er machte dagegen geltend, er sei als Bühnenkünstler zur Führung eines Pseudonyms berechtigt. Das Landgericht als Berufungsgericht sprach den Angeklagten schon deshalb frei, weil er infolge der vielfährigen nicht behinderten Führung des Pseudonyms habe glauben können, die Führung des Namens sei unbeschränkt gestattet. — Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein. Das Kammergericht verwarf indes das Rechtsmittel mit folgender Begründung: Das Recht des Pseudonyms sei in verschiedenen neueren Gesetzen anerkannt worden, zum Beispiel im Gesetz über den unlauteren Wettbewerb und im Urheberrecht. Künstler pflegten sich gewohnheitsmäßig ein Pseudonym beizulegen. Soweit sich Angeklagter als ansünder Künstler Tomasi nannte, sei nichts dagegen einzuwenden. Er sei aber auch berechtigt gewesen, sich in Geschäften, die zu seinem Künstlerberuf in Beziehung stehen, das Pseudonym zu gebrauchen, also in seinem Falle auch bei den Geschäften, betreffend die Erteilung des Tanzunterrichts. Schauspieler, Ballettkünstler, Schriftsteller u. seien jedoch verpflichtet, Behörden gegenüber nur ihren wirklichen Namen zu gebrauchen. Angeklagter würde sich zu bestrafen sein, wenn er sich in Zukunft einer Behörde gegenüber wieder Jungschat-Tomasi nennen sollte. Im vorliegenden Falle sei er aber auch in dieser Beziehung mit Recht freigesprochen worden, weil ohne Rechtsirrtum der Mangel eines subjektiven Verschuldens festgelegt sei.

**Wegen Sittlichkeitsverbrechen, begangen an einer im Gefängnis sitzenden Kindesmörderin, hatte sich am Mittwoch vor der Potsdamer Strafkammer der Hülfsgelangen-Ausscher und Schuhmachereifabrikant August Mangelndorf aus Jüterbog zu verantworten.** Der Angeklagte ist 64 Jahre alt und betritt mit den Kriegsdienstjahren angetan die Anklagebank. Er hat bisher ein vorwurfsfreies Leben geführt und wurde in Jüterbog öfter auschüßsweise als Gefangenen-Ausscher demütigt, auch als solcher vereidigt, so daß er dann die Beamtenqualifikation hatte. In der Zeit vom 7. Mai bis 24. Juni d. J. hat sich M. wiederholt an weiblichen Gefangenen vergangen. Es sah damals im Jüterboger Gefängnis die 24jährige Dienstmagd Minna Wache wegen Kindesmordes, begangen am 1. April er. im Pfarrhause zu Weinsdorf, in Untersuchungshaft. Mit dieser machte sich nun der Angeklagte in unästhetischer Weise unter Einsetzung seiner Autorität als Gefangenen-Ausscher zu schaffen und näherte sich auch anderen weiblichen Gefangenen in unlauterer Weise. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Der Staatsanwalt beantragte gegen Mangelndorf zwei Jahre Gefängnis. Der Gerichtshof nahm drei Fälle von Sittlichkeitsverbrechen und einen Fall tätlicher Beleidigung als erwiesen an und erkannte auf ein Jahr vier Monate Gefängnis.

## Aus der Frauenbewegung.

Die Einführung des kommunalen Frauenwahlrechts forderte die sozialdemokratische Fraktion des württembergischen Landtags in einem Antrag zu dem Entwurf einer Gemeinde-Ordnungsreform. Das Bürgerrecht in der Gemeinde und damit das Recht, in die Kommunalvertretung zu wählen und in sie gewählt zu werden, wie die Befähigung zur Uebernahme unbesoldeter Ämter in der Kommunalverwaltung sollte danach auch jeder ledigen und verwitweten Einwohnerin zulehen, vorausgesetzt, daß sie deutsche Reichsangehörige sei, das 25. Lebensjahr zurückgelegt habe und seit einem Jahre in der Gemeinde wohne. Daraus läßt die „Gleichheit“ berechnete Kritik, indem sie schreibt:

Es springt in die Augen, daß der Antrag sich einer Halbheit und schweren Inkonsequenz schuldig machte. Er unterließ es, das volle Bürgerrecht in der Gemeinde auch für die verheiratete Frau zu heischen. Und dies angesichts der Tatsache, daß eine große und stetig steigende Zahl von verheirateten Frauen auf Grund ihrer Erwerbsarbeit wirtschaftlich unabhängig vom Manne, von der Familie ist und daher genau wie er wirtschaftlich zum Gedeihen und zu den Einkünften der Kommune beiträgt. Davon zu schweigen, daß das Birken der Frau als Hausmutter, als Pflegerin und Erzieherin der Kinder an sozialen Werte auch für die Gemeinde sicher nicht unter der Tätigkeit etwa eines fürstlichen Kammerdieners steht oder eines Polizeiers, der durch die Entdeckung der Verlehrsgefährlichkeit eines Streikpostens die „öffentliche Ordnung“ rettet. Zudem unsere Genossen im württembergischen Landtage ein beschränktes Frauenwahlrecht forderten, stellten sie sich in Gegensatz nicht bloß zu unserer grundsätzlichen Forderung vollen öffentlichen Rechtes für alle Gesellschaftsmitglieder und zu den Beschlüssen deutscher Parteitage wie internationaler Kongresse, sondern auch zu der musterghäligen Aktion der Sozialdemokratie gelegentlich der Beratung des bürgerlichen Gesetzbuches im deutschen Reichstage. Diese Aktion bezog sich in richtiger Würdigung des vollzogenen Umstümmunges in der wirtschaftlichen Stellung der Frau, das Mundium, die Vormundhaft des Ehemannes über die Ehefrau aus dem Familienrecht, dem bürgerlichen Recht zu beseitigen. Aber was die Sozialdemokratie ihrem Wesen und ihrer geschichtlichen Auffassung nach auf privatrechtlichem Gebiet bekämpft, das kann sie nun und nimmer auf öffentlich-rechtlichem Gebiet festlegen wollen. Bei einem Vorstoß zugunsten des Frauenwahlrechtes hätte die grundsätzliche Auffassung und Forderung der Sozialdemokratie maßgebend sein müssen und nicht der beschränkte Anlaß zur Gleichberechtigung der Geschlechter, den beschränkte konervative und liberale Bourgeoispolitiker in England und englischen

Kolonialländern geschaffen haben. Die Preisgabe der grundsätzlichen Stellung der Sozialdemokratie in der Frage des Frauenwahlrechtes kann sich nicht einmal auf einen kurzlebigen Schein „politischer Klugheit“ berufen, die durch „weisse Wähligung“ „positive Erfolge“ erbringen wollte. Die weitaus meisten bürgerlichen Gesetzgeber im württembergischen Landtag wie in allen deutschen Parlamenten stehen dem Frauenwahlrecht grundsätzlich ablehnend gegenüber. Bürgerliche Politiker erklären vor allem ein Wahlrecht „diskutabel“, das nach dem Geldbeutel, dem Besitz der Frauen beschränkt ist und nicht nach ihrem Zivilstand. Nur eine „weisse Wähligung“ würden sie zu schätzen wissen, welche mit einem Zensuswahlrecht der Frauen paßte. Es kam aber nie die Aufgabe der Sozialdemokratie sein, den Reaktionsären gegen eine Couleure mit der Forderung eines irgendwie beschränkten Wahlrechtes voranzugehen. Sie ist die Vorkämpferin für volle Demokratie.

Zum Schluß hebt die „Gleichheit“ jedoch hervor, daß die sozialdemokratischen Redner im Landtage, die Genossen Tauscher und Schildenbrand, den Fehler zugegeben und gut zu machen versucht haben, indem sie das Wahlrecht für alle Frauen forderten.

## Verfassungen.

### Das Warenhaus Wertheim als Arbeitgeber.

Eine stark besuchte öffentliche Versammlung der bei der Firma A. Wertheim Beschäftigten Hausdiener, Packer, Maler, Metall- und Holzarbeiter befand sich am Mittwoch in Duggenbogens Lokal sehr eingehend mit einer Reihe von Mißständen, unter denen diese Arbeiter in dem Wertheim zu leiden haben. Der Bevollmächtigte Werner vom Handels- und Arbeiter-Verbande sah sich auf Grund zahlreicher an ihn ergangener Beschwerden genötigt, eine scharfe Kritik an dem Verhalten der Wertheim'schen Geschäftsleitung den Arbeitern gegenüber zu üben. Besonders seien die Schaffner mit Arbeit überlastet, so daß sie häufig kaum Zeit haben, ihr Essen zu sich zu nehmen. Die Arbeitszeit werde fast ständig überschritten und nur in wenigen Ausnahmefällen erfolge eine Bezahlung der Ueberstunden. Vor allem habe aber die schlechte Behandlung den Unwillen der Arbeiter hervorgerufen. Die Firma habe nämlich zu Haus- resp. Hofinspektoren und Kontrolleuren entlassene Gendarmen, Schulleute, ja sogar einen früheren Unteroffizier der südafrikanischen Schütztruppe eingestellt, und diese Herrschaften verkehrten nur mit den Arbeitern in einem Tone, als wenn sie es auf dem Kasernenhofe mit Rekruten resp. mit Hereros oder Hottentotten zu tun hätten. Kurz, es handle sich um eine Fülle von Mißständen, die ihre Ursachen zumeist in dem bei der Firma eingebürgerten, zur höchsten Entwicklung gelangten „Antreiber- und Aufpasser-System“ sowie einer geradezu virtuos ausgeprägten „Lüsterwirtschaft“ hätten, unter der fast gleichmäßig alle Arbeiter zu leiden haben. Dies wurde nicht nur von dem Vertreter des Transportarbeiter-Verbandes, sondern auch von den Funktionären des Metall- und Holzarbeiter-Verbandes bestätigt. Bereits vor 14 Tagen habe sich nun eine Hausdiener-Versammlung mit diesen Zuständen befaßt und eine Kommission von 8 Mann aus allen Filialen und Berufsgruppen gewählt, mit dem Auftrage, bei der Geschäftsleitung um Abstellung der Mißstände vorstellig zu werden. Die Geschäftsleitung hätte aber den Empfang der gesamten Kommission verweigert. Nur zwei Mann habe sie gütigst anhören wollen, worauf die Gewählten aber nicht eingehen konnten. Die Erfahrung hätte ihnen gelehrt, daß ein oder zwei Beschwerdeführer noch regelmäßig nach einiger Zeit entlassen worden seien und dann könnten zwei Mann auch unmöglich die Wünsche und Beschwerden aller in den verschiedenen Resorts und Filialen beschäftigten Arbeiter in allen Einzelheiten genügend klarlegen und vertreten. Auf eine Anfrage der Verbandsleitung, ob die Geschäftsführer endgültig bei ihrer ablehnenden Haltung der Kommission gegenüber verharren wollten, hätten jene 8 Tage Bedenkzeit

gefordert. Nach Ablauf derselben erklärten sie schriftlich, es sei bei der Ablehnung. Bei der vorhergegangenen Aussprache mit der Kommission soll nun ein Mitglied der Geschäftsleitung, wie in der Versammlung mehrfach ausdrücklich betont wurde, erklärt haben: Die Arbeiter glaubten wohl, es sei jetzt noch so wie vor zehn Jahren, wo das Warenhaus vorwiegend auf Arbeiterkundschaft angewiesen war. Die Sachlage habe sich völlig verändert, denn jetzt hätten nicht nur die bürgerlichen Kreise ihre Vorurteile gegen das Warenhaus abgelegt, sondern es lauten dortselbst schon hohe und höchste Herrschaften in großer Zahl. Wenn also die Arbeiterschaft zum Vorstoß schreiten wolle, so würde die Firma sich daraus absolut nichts machen.

Die Versammlung nahm nach lebhafter Diskussion einstimmig folgende Resolution an:

„Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und spricht ihre tiefste Enttäuschung darüber aus, daß die Geschäftsleitung einer Firma, die ihren Wohlstand und ihre Größe in erster Linie der Berliner Arbeiterschaft zu verdanken hat, eine Kommission ihrer angestellten Arbeiter, die zwecks Abstellung zahlreicher vorhandener Mißstände in ihrem Arbeitsverhältnis vorstellig werden wollte, nicht gehört hat. Die Versammelten ersehen in diesem Verhalten der Geschäftsleitung und in dem Hinweis darauf, daß heute herbortragend „hohe und höchste“ Herrschaften bei Wertheim kaufen, eine offene Herausforderung der gesamten Arbeiterschaft. Die Anwesenden beauftragen deshalb das Bureau der Versammlung, dafür zu sorgen, daß, falls die Kommission bei nochmaliger Anmeldung nicht gehört werden sollte, gegenüber der Firma Wertheim seitens der organisierten Arbeiterschaft diejenigen Maßnahmen getroffen werden, die geeignet sind, den hier in Frage kommenden Arbeitern in Zukunft ihre Rechte zu wahren.“

In der humanitären Gemeinde, Niederwallstr. 12, in der Aula der Friedrichswerderschen Oberschule, hält am Sonntag vormittag 10<sup>1/2</sup> Uhr Herr Dr. Rudolf Benzig einen Vortrag über: „Das Selbst als Erlöser: VII. Das Selbst als Richter“. Damen und Herren haben freien Zutritt.

Veren ehemaliger Gütergänger zur Bekämpfung der Tuberkulose. Sonnabend, den 10. Dezember, abends 9 Uhr, im Musterhause, Kaiser-Wilhelmstraße 18 M.: Sitzung. Gäste willkommen.

Öffentliche Versammlung. Heute Freitag, abends 8 Uhr, im Neuen Klubhause, Kommandantenstr. 72: Vortrag von Fräulein Adele Schreiber: „Wie sind unsere Mädchen und Frauen vor der Prostitution zu bewahren?“ Diskussion. Eintritt frei für Männer und Frauen. Die Eindereserin.

## Vermischtes.

Allerhand Eisenbahnunfälle. Ein großes Eisenbahnunglück ereignete sich Dienstag abend zwischen 8 und 9 Uhr auf der Strecke Haldenberg—Kohlsdorf westlich von Ruhlend. Der gegen 8 Uhr von Ruhlend abgehende Güterzug stieß auf offener Strecke mit einer von Haldenberg kommenden Maschine in voller Fahrt zusammen. Beide Maschinen wurden zertrümmert und ein großer Teil der Güterzugswagen stark beschädigt. Leider sind auch Menschenverluste zu beklagen. Dem Führer der leerfahrenden Maschine Heizer Härtel wurde der Brustkorb eingedrückt; sein Zustand ist hoffnungslos. Sein Mitfahrer Hilfsheizer Kluge wurde sofort getötet. Der Lokomotivführer des Güterzuges, Rosenbaum, erlitt schwere Kopfverletzungen und einen Armbruch und liegt besinnungslos darnieder. Sein Heizer Richter, der zwar ohne äußere Verletzungen davongekommen ist, hat eine schwere Herberverwundung davongetragen. Alle Genannten sind Familienväter in Hohenverda. Das übrige Personal ist teils mit leichteren Verletzungen, teils mit dem bloßen Schrecken davongekommen. Wenn die Schuld an diesem beklagenswerten Unglück trifft, hat sich bisher noch nicht ermitteln lassen.

Wie aus Bamberg gemeldet wird, stürzte gestern abend in der Nähe des Bahnhofes Weitenhühbach ein eiserner Bahnübergang ein, wodurch der Verkehr auf beiden Gleisen die ganze Nacht hindurch gestört war. Die Störung wurde nach amtlicher Meldung

dadurch beseitigt, daß ein am Schluß eines Ferngüterzuges laufender Kranenwagen die Weitenhühbachbrücke verließ, daß beide Gleise gesperrt wurden. Ein eingeleiteter Verkehr wird durch Umleitung auf der Ordbahnstrecke Weitenhühbach—Naroldsweisach ermöglicht; der sonstige Verkehr wird zunächst durch Umparkieren aufrechterhalten.

Um einen Eisenbahnzug zur Entgleisung zu bringen, legten jüngst einige Schulkinder aus Leudamm unweit der Stadt elf große Schienenweiche, die bei Streckenarbeiten verwendet werden sollten, auf das Gleis. Als nun bald darauf ein Sonderzug von Müstlin sich näherte, bemerkte der Regierungsrat Schlonski, der sich auf dem Revisionswagen befand und die Strecke beobachtete, daß ein Gegenstand auf den Schienen lag. Nachdem der Zug zum Stehen gebracht war, ergriffen die auf den Erfolg ihrer Tat noch wartenden Jungen das Hasenpanier. Sie wurden aber eingeholt und ihre Namen festgestellt.

Mädchenraub bei hellem Tage. Am Sonntag wurde in dem Londoner Vororte Hadney ein 13jähriges Mädchen, das für ihr Alter sehr entwickelt war, aus dem zweigliedrigen Zuge der Schulkinder der „König Eduards-Schule für Mädchen“ auf dem Rückwege durch zwei Männer herausgerissen und in einen Wagen gehoben, der sich mit den Mäubern und ihrer Beute in schnellstem Laufe entfernte. Die Lehrerinnen hatten keine Zeit, einzuschreiten, und die aufgenommene Verfolgung blieb ergebnislos. Die Home-Office hat nunmehr genaueste Untersuchung eingeleitet. Man erfährt nachträglich aus den Erzählungen der Mitschülerinnen, daß die Geraubte sich ihnen, aber nicht den Lehrerinnen gegenüber verwundert darüber geäußert hatte, daß sie von Männern immer an derselben Straßenecke auf dem Wege zur Kirche durch Winke belästigt werde. Um eine Geldverpressung kann es sich in diesem Falle nicht handeln, da die Mädchen der genannten Schule nicht aus bemittelten Familien stammen. Nach Ansicht der „Daily News“ haben die Eltern des geraubten Mädchens ihre Hand mit im Spiele. Die genannte Schule nimmt nämlich nur Mädchen im Alter von 10 bis 14 Jahren auf, die sich auf der Straße unbetreiben. Die Polizei fragt angeblich die Eltern nicht um Erlaubnis, wenn sie die Mädchen dieser Schule zuführt. Die Schule verteidigt jede Aeußerung über die Verweggründe, die zu dem Raube geführt haben könnten, und auch die Polizei verhält sich schweigend.

Infolge heftigen Sturmes, der besonders heftig im westlichen Europa auftrat, sind in Charleroi vier im Bau begriffene Gebäude eingestürzt. In Zumeil stürzte ein Neubau von 60 Meter Länge und 12 Meter Breite ein.

Selbstmord eines Postens am Pulverschuppen. Der am Pulverschuppen in Flehe bei Düsseldorf als Wachtposten aufgestellte Jülicher Jersche vom Jülicherregiment Nr. 39 wurde am Vormittage erschossen aufgefunden. Wie die Untersuchung ergab, hat der Unglückliche, der noch kurze Zeit, bevor er die Tat ausgeführt hatte, revidiert worden war, den Schuß aus seinem Dienstgewehr auf sich abgefeuert. Das Motiv ist unbekannt.

Postraub. Wie aus Sundsvall in Schweden berichtet wird, sind auf der Fahrpoststrecke Langsle—Ramsle gestern 19 000 Kronen in barem Gelde und Wertfachen gestohlen worden. Eine Kiste mit 20 000 Kronen entging der Aufmerksamkeit der Diebe, von denen man bisher keine Spur hat.

Wasserstand am 7. Dezember. Elbe bei Hufsch + 0,08 Meter, bei Dresden — 1,17 Meter, bei Magdeburg + 1,13 Meter. — Unstrut bei Straußfurt — Meter. — Oder bei Rattibor + 1,25 Meter, bei Breslau Ober-Pegel + 5,10 Meter, bei Breslau Unter-Pegel — 0,44 Meter, bei Frankfurt + 1,78 Meter. — Weichsel bei Braubrunne + 2,68 Meter. — Warthe bei Posen + 0,82 Meter. — Reghe bei Ulf — Meter.

Wetter-Prognose für Freitag, den 9. Dezember 1904. Etwas kälter, gelbe Witter, vielfach neblig mit geringen Niederschlägen und mäßigen westlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Man beachte das gestrige und morgige Seiten-Insert in dieser Zeitung, betreffend „Bekanntmachung des Waren-Einkaufs-Vereins Berlin, Ges. m. b. H.“

**Eröffnung** der nachstehenden ersten 5 Hof-Verkaufsläger: (an der Strassenfront durch blaue Transparente kenntlich gemacht)



1. Leipziger Strasse 73-74, am Spittelmarkt, Hof
2. Chaussee-Strasse 1a, am Oranienburger Tor, Hof
3. Brunnen-Strasse 144, Hof
4. Gr. Frankfurter Strasse 94, an der Markusstrasse, Hof
5. Oranien-Strasse 60, am Moritzplatz, Hof

am Sonnabend, den 10. Dezember 1904, Nachm. 4 Uhr  
**Verkauf aller Lebensmittel etc.**

\* nur tadellose Qualitäten \*

**zu denkbar niedrigsten Preisen.**

Z. Bspl. 5<sup>1/2</sup> Pfd. Brot 0.50, Kochzucker Pfd. 0.20, gebr. Auslese Kaffee 0.60, Deutsches Büchsenfleisch Pfd. 0.85, ff. Weizenmehl 2 Pfd. 0.25. etc. Die Käufer erhalten Rabatt, Dividende, und sind Vergünstigungen für dieselben bei Einkäufen in Geschäften aller Branchen erwirkt. (Man verlange in allen Lägern kostenlos Mitgliedskarten ausgestellt.)

Näheres besagen auch die Prospekte, welche kostenlos in den obigen Verkaufslägern erhältlich sind.

**Waren-Einkaufs-Verein Berlin, Ges. m. b. H.**

Der Aufsichtsrat

gez. Dr. Remling, Rechtsanwalt,  
Vorsitzender.

Eugen Maother,  
stellvert. Vorsitzender.

H. Zimmermann,  
Schriftführer.

G. Weiohardt. H. Schmidt.

Der Vorstand

gez. Otto Profe, Direktor.  
gez. Der Generalsekretär E. von Hartmann,  
Hauptmann a. D.

